Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 8. Fernsprecher 901.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 M monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 590

Nr. 97. **Magdeburg, Freitag den 27. April 1906.** **17. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich des Romans „Die Kommune".

Der 1. Mai in Frankreich.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme" geschrieben:

Die organisierte Arbeiterschaft Frankreichs steht zurzeit unmittelbar vor einem Ereignis, das die Folge eines Beschlusses des letzten Gewerkschaftskongresses in Bourges im Jahre 1904 ist. Der Kongreß hatte beschlossen, in eine Bewegung zur Erringung des Achtstundentages vom 1. Mai 1906 ab einzutreten. Der Beschluß muß deutschen Gewerkschaftlern, wenn sie die Schwäche der französischen Organisationen berücksichtigen, unbegreiflich erscheinen. Ueber die tatsächliche Stärke der Gewerkschaften Frankreichs — das ist hier schon wiederholt betont worden — läßt sich ein genaues Zahlenmaterial nicht geben. Die optimistische Schätzung dürfte kaum eine halbe Million ergeben, wobei noch in Berücksichtigung gezogen werden muß, daß auch die Landarbeiter das Gewerkschaftsrecht haben und die Eisenbahnarbeiter eine verhältnismäßig starke Organisation besitzen. Auch den Staatsarbeitern, soweit man ihnen nicht direkt den Beamtencharakter zumißt, legt man nicht die Hindernisse in den Weg, wie das in Deutschland noch üblich ist. Nach den Aufstellungen für das Altersversicherungsgesetz kämen hierfür 12 000 000 Personen in Betracht, so daß also kaum 5 Proz. der organisationsfähigen Personen organisiert sind.

Selbst wenn alle Gewerkschaften einheitlich in der Achtstundenbewegung vorgingen — was nicht der Fall ist —, und wenn man selbst den revolutionären Elan der französischen Arbeiter hoch einschätzte, was man auch darf — bei Streiks sind durchschnittlich nie mehr wie ein Viertel der beteiligten Arbeiter organisiert —, so muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß es der winzigen Minorität der organisierten Arbeiter nicht gelingen kann, die großen indifferenten Massen mit sich fortzureißen! Es braucht nun keineswegs angenommen werden, daß die Mehrheit der Delegierten auf dem Kongreß zu Bourges, daß die Confederation du Travail, die französische Generalkommission der Gewerkschaften, aus Bösewichten oder Schwachsinnigen bestanden hätte oder bestehen würde; wir müssen also versuchen, den Ursachen dieses an sich unhaltbaren Beschlusses nachzugehen, um ihn zu begreifen.

Die Geschichte der letzten 120 Jahre in Frankreich ist eine ewige Wiederholung revolutionärer Putsche, die oft zu großen tragischen Revolutionen auswuchsen. Die Führer und Urheber dieser Revolutionen waren gewöhnlich nur eine Handvoll verwegener Idealisten, die Glück hatten, wenn sie den richtigen Augenblick erfaßten und eine augenblicklich unzufriedene Masse mit sich fortrissen. Die glücklichen Revolutionen — und hierher rechne ich nicht nur die geglückten, sondern alle die, wo es zum Aufstand einer großen Masse kam — blieben, obwohl sie nur die Ausnahme bildeten, doch das Vorbild aller großen Bewegungen, und so erklärt sich das fehlende Augenmaß im Handeln, die Kunst, die vorhandenen Kräfte mit dem zu erreichenden Ziel abzuschätzen. Fast stets klafft in Frankreich in der Arbeiterbewegung zwischen dem Wollen und dem Können eine breite Kluft, die wohl die Begeisterung zu überflügeln versucht, in die sie aber meist abstürzt. Frankreich ist das klassische Land des Blanquismus.

Als zweiter Faktor muß in Betracht gezogen werden, daß dem Franzosen alles Spekulative wesensfremd ist. Der Franzose geht nicht einer errungenen Erkenntnis in steter Beharrlichkeit Schritt für Schritt nach, sondern er will das, was er erkannt hat, auch sofort besitzen. Frankreich hat die meisten sozialistischen Theoretiker hervorgebracht, die alle ihr eignes System hatten. Sie waren aber nicht nur die Theoretiker, sondern sie oder ihre Schüler versuchten es auch, ihre Theorie sofort in die Praxis umzusetzen. Hatte der eine Versuch Schiffbruch gelitten, so machte sich bald ein neuer Theoretiker mit einem neuen System an einen neuen Versuch. Darauf sind auch zum Teil die bisher so zahlreichen sozialistischen Parteien zurückzuführen. Man mag diesem mehr völkerpsychologischen Moment nur eine geringe Bedeutung beimessen, immerhin muß es berücksichtigt werden, und ich glaube, wir, die Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung, sollten es nicht verlernen, auch die psychologische Triebkraft gebührend einzuschätzen.

Aus diesen beiden Gesichtspunkten geht in Frankreich die allgemein und ausnahmslos vertretene Auffassung hervor, daß es dort unmöglich sei, große Organisationen, nach Art der deutschen und englischen, zu bilden. Berücksichtigt man nun, daß, wie ich oben schon gesagt, bei Streiks stets nur eine kleine Minorität organisiert ist und die Streikenden trotzdem oft Wochen und Monate ohne jede wirksame Unterstützung ausharren, so wird man den Beschluß von Bourges schon eher begreifen können, ohne ihn deshalb zu billigen. Die Vertreter der Organisationen sagten sich, „wenn wir zwei Jahre lang für den Achtstundentag Propaganda machen, dann muß der Gedanke in die Köpfe der Arbeiter eindringen, und wenn er da einmal festsitzt, dann werden sie auch dafür kämpfen."

Die Rechnung stimmte ja so weit, doch kamen hier noch andre Faktoren in Betracht, die eben übersehen wurden. Der errungene Achtstundentag würde in Frankreich eine Revolution bedeuten, die ich an Tragweite der großen Revolution von 1789 gleichzustellen geneigt wäre. Revolutionen aber kann man nicht mit mathematischer Genauigkeit zwei Jahre vorher auf Tag und Stunde ansagen. Zweitens ist der Achtstundentag, welche Konsequenzen er auch nach sich ziehen würde, zunächst eine rein ökonomische Forderung, die sich auf das Arbeitsverhältnis allein bezieht. Da die Bewegung auch nur den reinen Gewerkschaftskampf als Mittel berücksichtigte und alle andern Mittel außer acht ließ, so mußte sie auch mit dem jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes rechnen. Der ist aber bekanntlich, je nach der Art der Industrie, verschieden. Im Gewerkschaftskampf muß, soll es zum Angriff gehen, stets der günstigste Moment gewählt werden, d. h. wenn die „gute Saison" beginnt. Die beginnt aber nur bei einem Teil der Industrie im Frühjahr. Als drittes der hauptsächlichsten Momente, muß in Betracht gezogen werden, daß die Arbeitszeit in Frankreich noch eine verhältnismäßig lange ist. Sie ist bedeutend länger als in England und selbst länger als heute in einzelnen Industrien Deutschlands. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat bei Lohnkämpfen bisher eine noch sehr untergeordnete Rolle gespielt. Der französische Arbeiter will vor allem viel verdienen — auch wenn er dafür noch Sonntags arbeitet.

Dies führte dazu, daß die Gewerkschaften notgedrungen zu dem Beschluß praktisch Stellung nahmen, und hier waren es gerade die starken Gewerkschaften — soweit von „starken Gewerkschaften" gesprochen werden kann —, die sich gegen den Beschluß erklärten. So die Eisenbahner (46 000 Mitglieder), die Handels- und Bureauangestellten (zirka 25 000 Mitglieder), die Textilarbeiter (25 000 Mitglieder) und die Buchdrucker (11 000 Mitglieder). Die Buchdrucker beschlossen jedoch, in eine Bewegung für den Neunstundentag einzutreten und schlugen die in deutschen Gewerkschaften übliche Taktik ein, indem sie für einen Kampffonds außerordentliche Beiträge erhoben und mit den Unternehmern in Unterhandlungen traten. Ein großer Teil der Unternehmer hat auch bereits bewilligt und es kann angenommen werden, daß die Buchdrucker, die gegenwärtig in Paris und in einigen Provinzstädten streiken, auf der ganzen Linie siegen werden.

Andrerseits haben sich die Metallarbeiter (16 000 Mitglieder), die Möbelarbeiter (2500 Mitglieder), die Glasarbeiter (?), die Landarbeiter des Südens (?) und noch einige kleinere Gewerkschaften für die Bewegung ausgesprochen. Die Former (7000 Mitglieder) faßten eine platonische und daher unwirksame Zustimmungsresolution.

Drittens ist ein Teil der Gewerkschaften, ohne direkt zu dem Beschluß Stellung zu nehmen, in die Bewegung eingetreten, wie die Maurer, Schneider und Lithographen, durchweg schwache Organisationen, oder sie sind stillschweigend über sie hinweggegangen, wie die Maschinenbauer (7—8000 Mitglieder), Gärtner und andre Organisationen. Eine andre Kategorie überließ den örtlichen Fachvereinen, zu dem Beschluß Stellung zu nehmen. Wieder andre Kategorien, die Bergarbeiter, die Arsenal-, Tabak- und andre in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter, kommen für die Bewegung überhaupt nicht in Betracht, teils, weil sie den gesetzlichen Achtstundentag errungen haben, teils weils sie ganz außerhalb der Bewegung stehen.

Fassen wir dies alles zusammen, so kann gesagt werden, daß der erste Mai 1906 den französischen Arbeitern nicht den Achtstundentag, aber erhebliche Kämpfe bringen wird, denen wir nicht teilnahmlos gegenüberstehen können, Kämpfe, die zum letzten Ende die Notwendigkeit starker Organisationen zeigen und also aufrüttelnd wirken werden.

Fr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. April 1906.

Vergeudete Tausende.

Der Reichstag beriet am Mittwoch zunächst die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1903. Die Abgg. Erzberger, Bachem und Kopsch wiesen auf die nahezu unglaublichen Etatsüberschreitungen hin, die in der Verwaltung der Kolonien und zumal in der von Kamerun an der Tagesordnung sind. Abg. Erzberger streifte die Verleihung eines württembergischen Ordens an Jesko von Puttkamer und Abg. Kopsch gab zu dieser Verleihung einen sehr erbaulichen Kommentar. Herr von Soden, zurzeit württembergische Minister, war seinerzeit lange mit Puttkamer in Afrika und erstattete auf Caprivis Aufforderung über den Sohn des Exministers Bericht, als dieser zum Gouverneur ausersehen war. Herr von Soden spricht in diesem Bericht von tiefgewurzelten Pump- und Spielneigungen Jeskos und warnt vor einer Ernennung so deutlich, wie es nur immer innerhalb der Schranken bureaukratischen Solidaritätsgefühls möglich war. Man ist dem Rate nicht gefolgt. Puttkamer junior ist Gouverneur von Kamerun geworden. Die Folgen sind nicht ausgeblieben.

Die Uebersicht ging nach allen diesen Erörterungen an die Rechnungskommission, während die Novelle zum Schutztruppengesetz, die den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete, an die Budgetkommission wanderte. Der eigentliche Zweck dieser Novelle ist, von hinten herum zu der abgelehnten weißen Schutztruppe für Ostafrika zu gelangen. Die Debatte war recht unerheblich.

Weit lebhafter ging es bei der dritten und letzten Vorlage vor, die in dieser Sitzung zur Verhandlung gelangte. Der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs soll eine Aenderung dahin erfahren, daß die Haftpflicht der Tierhalter so gut wie völlig aufgehoben wird. Alle Ableugnungsversuche des Staatssekretärs Dr. Nieberding vermochten nicht, die einleuchtende Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß es sich bei dieser Novelle wieder einmal um eine Liebesgabe an die Agrarier handelt. Aber nur die Genossen Stolle und Molkenbuhr hingen der Katze die Schelle an und nannten die agrarische Vorlage beim rechten Namen; die Nationalliberalen gingen mit, und selbst der süddeutsche Volksparteiler Storz sprach sich nach anfänglichem Wenns und Abers für die Vorlage aus, die in zweiter Lesung ebenso leider wie sicher angenommen werden wird.

Am Donnerstag Diätenvorlage. —

Darmstadt.

Am Mittwoch hat im hessischen Wahlkreise Darmstadt-Großgerau die Reichstagsersatzwahl stattgefunden. Die Wahl ist nötig geworden durch die Mandatsniederlegung, zu der sich Genosse Cramer-Darmstadt veranlaßt gesehen hat. Die Niederlegung des Mandats, das Cramer vor drei Jahren im ersten Wahlgang geholt hatte, war die Folge eines Versammlungsbeschlusses, der Cramer wegen seines Ganges zum hessischen Großherzog tadelte.

Es war klar und ist in einer Korrespondenz aus jenem Wahlkreise an dieser Stelle kürzlich auch betont worden, daß infolge dieser Vorkommnisse die Stellung der Sozialdemokratie recht ungünstig beeinflußt wurde. Erstens war der Tadel an Cramer nicht einstimmig ausgesprochen worden; es bestand also eine Differenz in den eignen Reihen. Zweitens boten bei der besonderen Lage in Hessen die Begleitumstände den Gegnern Stoff genug zu Angriffen auf die Partei, die wohl an überzeugten Genossen wirkungslos abprallten, die aber auf die nicht taktfesten Mitläufer wahrscheinlich ihren Eindruck nicht verfehlen würden und, wie das Wahlergebnis beweist, auch nicht verfehlt haben. An den Mitläufern hing aber höchstwahrscheinlich das Mandat, das am 16. Juni 1903 nur mit einer Mehrheit von 739 Stimmen über die Gesamtzahl der Gegner zum erstenmal im ersten Wahlgang erobert worden war. Nichsdestoweniger waren, wie in dem zitierten Bericht aus dem Wahlkreise hervorgehoben wurde, unsre dortigen Genossen guten Mutes. Sie erledigten die Wahlarbeiten in der Ueberzeugung, daß ihnen der glatte Sieg auch diesmal zufallen würde.

Sie haben sich getäuscht. Die Befürchtungen der Außenstehenden sind leider gerechtfertigt worden. Der Mittwoch hat keine Entscheidung gebracht; die Sozialdemokratie ist in die Stichwahl zurückgeworfen worden und zwar mit einem Mehr von 2293 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokratie statt des Weniger von 739 Stimmen vor drei Jahren.

Das heute vorliegende Ergebnis ist natürlich noch nicht amtlich geprüft. Die amtliche Zählung wird einige Irrtümer zweifellos feststellen. Aber von Einfluß können diese Korrekturen nicht sein, weder auf das vorläufige Resultat noch auf die Besprechung.

Es haben danach am 25. April erhalten: Genosse Berthold-Darmstadt 13 855, Stein (natl.) 10320 und Korell (freisinnig) 5828 Stimmen. Die entsprechenden Zahlen lauteten vor drei Jahren: Sozialdemokrat 14 144, Nationalliberaler 8659, Freisinniger 1997. Außerdem brachten damals noch der Bund der Landwirte 1845 und das Zentrum 900 Stimmen auf.

Zentrum sowohl wie Agrarier verzichteten diesmal auf Kandidaturen; sie unterstützten im ersten Wahlgang den

Nationalliberalen, einen Darmstädter Rechtsanwalt, der die genügenden reaktionären Garantien, wie Gegnerschaft gegen das Reichstagswahlrecht usw. mit Freuden bot. Die Mehrzahl der Zentrümler und Agrarier hat den Pakt gehalten; gegen 1000 Stimmen aber waren für den nationalliberalen Rückschrittsmann nicht zu haben; sie sind auf den entschiedenen Vertreter des Liberalismus, den Pfarrer Korell, der sich früher nationalsozial nannte, übergegangen.

Dieser Vertreter der liberalen Einigung nach Barthschem Muster hat aber nicht nur diese 1084 Stimmen gewonnen. Sein Mehr gegen 1903 beträgt sogar 3901 Stimmen. Er hat also außerdem noch einen Gewinn von rund 2800 Stimmen zu verzeichnen. In diesem Mehr stecken die 289 Stimmen, die die Sozialdemokratie weniger als vor drei Jahren erhalten; der Rest von 2400 Stimmen ist der stärkeren Wahlbeteiligung zuzuschreiben, von der also nur der freisinnige Kandidat profitiert hat.

Vor drei Jahren registrierte die Sozialdemokratie 739 Stimmen mehr als die bürgerlichen Parteien zusammengenommen; heute hat sie 2293 Stimmen weniger. Die bürgerlichen Parteien haben in den drei Jahren 2743 Stimmen gewonnen; die Sozialdemokratie hat in dem gleichen Zeitraum 289 Stimmen verloren.

Es wiederholt sich also in Darmstadt-Großgerau dieselbe Erscheinung, die leider schon in einer Reihe von Ersatzwahlen zu konstatieren war: die Sozialdemokratie bleibt stehen oder — meistens — geht sogar mehr oder weniger erheblich — zurück; die bürgerlichen Parteien vermögen trotz all ihrer reaktionären Taten und Reden ein beträchtliches Mehr von Wählern für sie an die Urnen zu bringen.

Den Ursachen dieser betrübenden Erscheinung im allgemeinen und den Gründen für den Darmstädter Ausfall im besonderen nachzugehen, ist heute nicht angebracht, wo unsre Genossen in jenem Wahlkreis noch im Kampfe stehen. Einem Kampfe, der nicht aussichtslos ist, der aber alle Kräfte bis zum Aeußersten anspannen wird. War nun einmal Stichwahl unabwendbar, so ist die Stichwahl mit dem Nationalliberalen Stein die aussichtsreichste, weil die Erwartung gehegt werden darf, daß er für manche freisinnigen Wähler als Stein des reaktionären Anstoßes empfunden und demgemäß gewertet werden darf. Allerdings wäre es in diesem Falle nötig, daß diese Elemente sich nicht damit begnügten, den nationalliberalen Rückschrittler nicht zu wählen, als vielmehr, daß sie ohne Schwanken auf die Seite der Sozialdemokratie träten.

Der Stichwahltag, der noch nicht festgesetzt worden ist, wird ja zeigen, wie viel Freisinn in den Freisinnigen des Wahlkreises Darmstadt-Großgerau wohnt. —

Der Schauspielhaus-Skandal.

Die offiziöse Presse hat [illegible] Veröffentlichungen über den Berliner Schauspielhausbau [illegible] zweimal vierundzwanzig Stunden verstreichen lassen, ohne auf die furchtbaren Anklagen auch nur mit einem Worte zu erwidern. Die konservativen Blätter, die erklärten, sie erwarteten bestimmt eine Richtigstellung durch die Behörden, finden sich durch dieses Schweigen in eine um so üblere Lage versetzt, als nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die freisinnige und die Zentrumspresse über jene skandalösen Enthüllungen recht ausführlich berichtet hat. So steht die preußische Regierung vor der ganzen Bevölkerung gebrandmarkt da, und sie rührt sich nicht — sie schweigt.

Das wadenstrümpflerische „Berliner Tageblatt" hält es für notwendig, ausdrücklich zu erklären, daß der Kaiser an der peinlichen Geschichte unschuldig sei. Der 21. März sei keineswegs auf Wunsch des Kaisers als Eröffnungstag angesetzt worden, vielmehr habe der Kaiser selbst Bedenken geäußert, ob das Haus noch vor dem Beginn seiner Marokko-Reise werde fertig werden können. Das ist ein plumper und überflüssiger Verteidigungsversuch, der der freisinnigen Zofe vermutlich von niemand gedankt werden wird. Daß Wilhelm 2. die doppelte Ausführung der Arbeiten erst in Stuck, dann im echten Material anbefohlen habe, hat kein Mensch behauptet, auch er ist von der Bauleitung getäuscht worden. Der Versuch des „B. T." aber, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser noch besonders zur Behutsamkeit gemahnt habe, bedeutet einen übereifrigen Verstoß gegen die Tatsachen. Wahr ist vielmehr, daß der Hoftheaterintendant v. Hülsen den Baurat Genzmer unter Berufung auf den Befehl des Kaisers zu raschester Fertigstellung der Arbeiten drängte. So kam es, daß man jenen grandiosen Schwindel aufführte, durch welchen dem Hofe — unter Aufwand märchenhafter Summen und unter Gefährdung von Menschenleben — der Anschein eines fertigen Baues vorgetäuscht wurde.

Im übrigen ergänzt das „B. T." das bisher Bekannte durch mancherlei interessante Einzelheiten. Danach haben jene Räume, die zur Benutzung des Hofes dienen — die Hofloge, ein Festsalon, ein Boudoir für die Kaiserin usw. — allein die artige Summe von mindestens 600 000 Mark verschlungen. Dabei muß immer die Tatsache festgehalten werden, daß der ganze Umbau überflüssig war, daß er die Schönheit und Bequemlichkeit des Hauses nicht vermehrte, sondern verminderte, daß der ganze kostspielige Plan nur auf übertriebenen Bedienteneifer, nicht aber auf irgend ein objektives Bedürfnis zurückzuführen ist.

Die Freisinnigen beabsichtigen, die Sache im Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen. Daß bei dergleichen nichts herauskommt, weiß man aus Erfahrung; denn das träge, stumpfe Haus kann durch keine Sensation der Welt aus seiner Ruhe aufgepeitscht werden. Und die zahmen Freisinnigen sind die letzten, die kraftvoll und entschieden der Regierung entgegentreten werden. Der schmähliche und schwächliche Verlauf der Wahlrechtsdebatte ist noch in aller Gedächtnis. —

Noch eine „liberale Einigung".

Welch sonderbare Blüten die „liberale Einigung" zu zeitigen imstande ist, zeigt ein Bericht, der uns aus Oldenburg zugeht:

Der Wahlkreis Oldenburg 1 wird gegenwärtig durch einen Freisinnigen weiblicher Linie, der Wahlkreis 2 durch einen solchen der männlichen Linie im Reichstag vertreten. Beide Vertreter sind trotz der winkenden Diäten parlamentsmüde. Aufrichtige Zungen behaupten, daß sie, die erst in der Stichwahl gegen unsern Genossen Hug gewählt wurden, deshalb nicht wieder kandidieren wollen, weil ihnen die Wiederwahl zu ungewiß ist. Im ersten Wahlkreis wurden 1903 abgegeben: 7352 sozialdemokratische, 4928 freisinnige, 4154 nationalsoziale, 2891 antisemitische und 2663 nationalliberale Stimmen; im zweiten Wahlkreis erhielten der Sozialdemokrat 7959, der Freisinnige 7732, der Nationalsoziale 1295 und der Antisemit 659 Stimmen.

Die Nationalsozialen, die 1903 bestimmt darauf gerechnet hatten, ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen und gewählt zu sehen, entfalten seitdem eine äußerst starke Rührigkeit. Als die ersten Töne von einer „liberalen Einigung für die nächsten Reichstagswahlen laut wurden, konstituierte sich der Nationalsoziale Wahlverein sofort zu dem „Wahlverein der Freisinnigen Vereinigung" und stellte bei der ersten „Einigungs"-Sitzung sofort einen gemeinsamen Kandidaten für den ersten Wahlkreis aus seiner Mitte auf. Der übrige „Freisinn" akzeptierte den betreffenden Herrn jedoch nicht und nominierte einen Oldenburger Regierungsassessor als Kandidaten. Nach gegenseitiger heftiger Anfeindung und gehöriger Ausnutzung der Eselswiese der hiesigen Presse legte schließlich auch der Regierungsassessor die Kandidatur nieder.

Am Sonntag fand nun in Varel ein Parteitag der Freisinnigen Volkspartei statt, der eine Lösung des Konflikts bringen sollte. Da man u. a. hierzu dem weiblich freisinnigen Bürgermeister von Delmenhorst ein Referat übertragen hatte, erklärte der Verein der Freisinnigen Volkspartei Oldenburg vorher, von der Entsendung der Delegierten dieserhalb abzusehen ev. die Absetzung des Referats von der Tagesordnung zu beantragen. Dem Bürgermeister blieb schließlich nichts übrig, als sein Referat zurückzuziehen und von seinem Erscheinen auf diesem Parteitag Abstand zu nehmen — nicht ohne vorher einen gepfefferten Artikel gegen seine Widersacher losgelassen zu haben. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit behandelte dann der Parteitag die ganze Angelegenheit. Bis heute ist wenig darüber laut geworden. Man kann sich aber von der Friedfertigkeit der Verhandlungen einen Begriff machen, wenn es heißt, daß von einem Ausschluß des Regierungsassessors T., des Ex-Kandidaten, und einer seiner Freunde wohl abgesehen, ihr Verhalten aber allgemein als „unsympathisch" bezeichnet wurde. Schließlich ließen die Volksparteiler die Kandidatenfrage für den ersten oldenburgischen Wahlkreis unerledigt, für den zweiten Wahlkreis mußte sich „des lieben Friedens halber" der jetzige Inhaber des Mandats, der 76jährige Justizrat und Dichter Träger, als Kandidat aufstellen lassen.

Die Presse Oldenburgs bespricht den Verlauf des Parteitags und die Kandidatenfrage, und ist, mit Ausnahme des „Norddeutschen Volksblattes", unsres Parteiblattes, von diesem Vorspiel zur nächsten Reichstagswahl ganz und gar nicht befriedigt. Sie muß zugeben, daß unter solchen Verhältnissen die Sozialdemokratie den größten Vorteil hat und ruft deshalb erneut mit vollen Backen: „Seid einig, einig, einig!" Bei der Zerfahrenheit des Liberalismus bleibt das zunächst ein Rufen in den Wind! —e.

Der Hamburger Wahlrechtskrawall.

Nachdruck verboten.] Hg. Hamburg, 9. April 1906.

Heute nahm vor dem Schwurgericht ein umfangreicher Aufruhrprozeß seinen Anfang, der den gerichtlichen Abschluß der Aufsehen erregenden Ausschreitungen bildet, die in Hamburg am 17. Januar, dem Tage der von der sozialdemokratischen Partei gegen die Wahlrechtsvorlage des Senats eingeleiteten Demonstrationen, verübt worden waren.

Bekanntlich hatte der Hamburger Senat eine Aenderung des Wahlrechts für die Bürgerschaft vorgeschlagen — sie ist inzwischen auch angenommen worden —, durch die die Position der sozialdemokratischen Wähler erheblich verschlechtert wurde. Hiergegen hatte die Hamburger Parteileitung zu einem entschiedenen Protest aufgefordert, und an dem Tage, an dem die Wahlrechtsvorlage beraten werden sollte — Mittwoch den 17. Januar —, acht große Volksversammlungen für nachmittags 4 Uhr einberufen. Gleichzeitig waren die Arbeiter durch ein Flugblatt aufgefordert worden, um diese Zeit die Arbeit niederzulegen, um rechtzeitig an den Versammlungen teilnehmen zu können. In der Tat fand auch eine allgemeine Arbeitseinstellung statt. Im Hafen ruhte alles, und von 2 Uhr an begann eine wahre Völkerwanderung durch die Straßen der Stadt. Den Rathausmarkt hatte die Polizei vollständig umstellt. Es waren auch das Hanseatische Infanterie-Regiment und die Wandsbecker Husaren konsigniert.

Während am Rathausmarkt und in den Hauptstraßen die Demonstration einen ruhigen Verlauf nahm, kam es um Mitternacht in dem berüchtigten Verbrecherviertel am Schopenstehl und in der Niedernstraße zu argen Ausschreitungen, namentlich am ersteren Orte. Hier hatte sich das in den verrufenen Spelunken heimische Verbrechertum das Fehlen der dort sonst ständig patrouillierenden Schutzmannsposten zunutze gemacht und eine allgemeine Plünderung vorgenommen. Es wurden Läden gestürmt und vollständig ausgeraubt, und als dann die Schutzmannschaft herbeikam, wurde dieser der heftigste Widerstand geleistet, so daß es zu blutigen Kämpfen kam, bei denen die Plündernden sich hinter Barrikaden auf der Straße verschanzt hatten.

Wegen dieser Ausschreitungen haben sich die Angeklagten Rittner und Genossen — es sind dreißig Personen angeklagt — vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch in Verbindung mit Aufruhr, Plünderei und Hehlerei. Es sind 113 Zeugen geladen. —

Unter den zahlreich erschienenen Zuhörern erblickte man viele „Schopenstehl"-Gestalten, Besucher der polizeilich geduldeten Verbrecherkeller. Für Ruhe und Ordnung war durch ein starkes Polizeiaufgebot Sorge getragen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Ewald, als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungieren die Staatsanwälte Irmann und Hollender. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Drez, F. Jacques, Pferdmenges, Schultzky, J. Heimann, Hübbe und Goldenberg.

Die Angeklagten.

Auf der Anklagebank nehmen Platz: 1. Zigarrenmacher Hermann Wilhelm Theodor Rittner, geb. 1847 zu Parchim; 2. Gipser Emil Jasper Johann Stange, geb. 1884 zu Theeberg, vorbestraft wegen Widerstands und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung; 3. Schauermann Peter Heinrich Rudolph, geboren 1881 zu Fedderingen; 4. Tagmädchen Elise Klara Marie Rudolph, geb. 1881 zu Berlin, vorbestraft wegen Betrugs und Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften; 5. Kommis Hermann Rocca, geb. 1871 zu Hamburg; 6. Hafenarbeiter Karl Julius Hermann Leeck, geb. 1874 zu Hamburg, vorbestraft zweimal wegen Diebstahls, Unterschlagung, viermal wegen Widerstands und achtmal wegen Bettelns; 7. Hausdiener Johannes Evangelist Bingieher, geb. 1886 zu Igerhausen; 8. Maurerarbeitsmann Stanislaus Rucks, geb. 1885 zu Slotwenty-Hauland; 9. Hafenarbeiter Wilhelm Otto Gustav Donath, geb. 1884 zu Armberg; 10. Bootsmann Friedrich Rudolf Kabner, geb. 1887 zu Aussig, vorbestraft dreimal wegen Diebstahls und Bettelns; 11. Kutscher Karl Alwin Kloodt, geb. 1888 zu Hamburg, vorbestraft wegen Körperverletzung; 12. Schmiedelehrling Fritz Ludwig Gustav Rehmers, 17 Jahre alt, vorbestraft dreimal wegen Diebstahls; 13. Hausknecht Karl Wilhelm Johannsen, geb. 1881 zu Hamburg; 14. Lagerarbeiter Emil Artur Korb, geb. 1887 zu Hamburg, vorbestraft zweimal wegen Diebstahls und einmal wegen Widerstands; 15. Hafenarbeiter Wilhelm Blum, geb. 1882 zu Hamburg; 16. Gewerführertagelöhner Karl Friedrich Ernst Jörn, geb. 1884 zu Hamburg; 17. Schiffsreiniger Wilhelm August Friedrich Karl Warnke, geb. 1875 zu Stralsund; 18. Kellner Emil August Heinrich Barwick, geb. 1878 zu Altona; 19. Bauarbeiter Christoph Jauszims, geb. 1886 zu Dumpen, vorbestraft zweimal wegen Diebstahls; 20. Telephonarbeiter Franz Gustav Georg Angelstorp, geb. 1886 zu Hamburg; 21. Speicherarbeiter Hermann Theodor Warnemünde, geb. 1885 zu Hamburg; 22. Laufbursche Friedrich Wilhelm Warnemünde, geb. 1889 zu Hamburg; 23. Arbeiter Johann Adolf Jakob Drewes, geb. 1886 zu Bremen, vorbestraft wegen Unterschlagung, Hausfriedensbruchs und Widerstands; 24. Getreidearbeiter Wilhelm Hermann Linne, geb. 1874 zu Nengershausen, vorbestraft wegen Unterschlagung, Diebstahls und Bettelns; 25. Kesselreiniger Hugo August Brand, geb. 1888 zu Karlsruhe; 26. Getreidearbeiter Hermann Max Heth, geb. 1885 zu Mainz, vorbestraft fünfmal wegen Diebstahls, Bettelns und Obdachlosigkeit; 27. Getreidearbeiter Paul Friedrich Ernst Schröder, geb. 1887 zu Neukahden, vorbestraft wegen Uebertretung; 28. Kornumstecher Karl Fritz Emil Bantin, geb. 1884 zu Dodow, vorbestraft wegen Uebertretung; 29. Bauarbeiter Johannes Johann Hinrich Hardekopf, geb. 1885 zu Bergedorf, und 30. Hausdiener Wilhelm Gustav Wrangel, geb. 1888 zu Kiel.

Ursprünglich betrug die Zahl der Verhafteten etwa 80, doch ist ein Teil außer Verfolgung gesetzt, ein andrer Teil bereits von den Schöffengerichten wegen einfacher Hehlerei abgeurteilt worden. Zwanzig zum größten Teil jugendliche Personen, die das volle strafmündige Alter noch nicht erreicht haben, werden sich demnächst wegen Aufruhrs und Widerstands vor der Strafkammer 1 des Landgerichts zu verantworten haben.

Eine Enttäuschung für die Scharfmacher.

Wie unsern Lesern bekannt sein dürfte, haben die Scharfmacherorgane, allen voran die „Hamb. Nachrichten", die Exzesse und Plünderungen am Schopenstehl als in direktem Zusammenhang mit der grandiosen Wahlrechtsdemonstration am Nachmittag des 17. Januar stehend bezeichnet. Die kompetentesten Beurteiler der Sachlage, die am Schopenstehl geschädigten Geschäftsleute, führen die wüsten Szenen auf die Entblößung des Kaschemmenviertels von polizeilichem Schutz zurück, wie sie das auch in ihrem Schadenersatzanspruch hervorheben. Die Hoffnung der Scharfmacher, daß recht viele politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter an den Exzessen und Räubereien beteiligt sein möchten, um dies für ihre Zwecke ausschlachten zu können, ist durch die Voruntersuchung grausam zerstört worden, denn von den 30 „Schopenstehlern" sollen, wie behauptet wird, ganze drei Mann einer Gewerkschaft angehören; die übrigen 27 gehören weder einer politischen noch gewerkschaftlichen Organisation an.

Ueber 200 Schutzleute.

In der Anklageschrift wird auf die am Nachmittag von der sozialdemokratischen Partei einberufenen acht Protestversammlungen hingewiesen, von denen gesagt wird, daß sie von 25 000 Personen besucht waren und vielleicht noch dem Zweck dienten, in letzter Stunde den Gang der Verhandlung der Hamburger Bürgerschaft durch Aufmarschieren der Massen vor dem Rathause zu beeinflussen. Die Versammlungen seien schon lange vor Eröffnung überfüllt gewesen; am Schlusse derselben hätten sich die Massen einzeln oder in kleinen Trupps in ruhiger Weise in der Richtung zum Rathause entfernt. Seitens der Polizeibehörde war, so heißt es weiter, zur Verhütung von Tumulten im Anschluß an die Protestversammlungen die gesamte Schutzmannschaft einschließlich der berittenen Schutzleute bereit gehalten. Nach Schilderung der Absperrungsmaßregeln in der Rathausgegend wird hervorgehoben, daß auf dem Rathausmarkt ein Kommando von 175 Schutzmännern, 25 Berittenen, 12 Wachtmeistern, 2 Oberwachtmeistern unter Führung des Polizeileutnants Niemann zusammengezogen waren und Reservekommandos in Bereitschaft standen.

Bei den Zusammenstößen mit der Polizei sind vier Beamte schwer, 16 weniger schwer und 40 leicht verletzt worden, hauptsächlich durch die von den sogenannten Halbstarken geschleuderten Steinwürfe.

Die meisten Angeklagten sind jugendliche, recht harmlos aussehende Personen. Der anscheinend von einem schweren Nervenleiden befallene Angeklagte Rocca ruft fortgesetzt: „Ich habe es nicht getan, ich bin unschuldig!" Ueber den Zustand des R. soll das Gutachten eines Nervenarztes eingeholt werden.

Die Taten der Angeklagten.

Der Angeklagte Stange, der als Rädelsführer bezeichnet wird, soll um 11 Uhr abends an der Spitze eines Trupps von etwa 50 Mann am Kattrepel gesehen worden sein und gerufen haben: „Es lebe die Anarchie! Nieder mit dem Senat! Drauf los! Nieder mit den Pickelhauben!" Auch er soll mit Steinen und Knütteln auf die Polizisten geworfen haben. Unter seiner Führung soll eine Menschenmenge die Schutzleute angegriffen haben. Als er eine Schaufensterscheibe zertrümmerte, wurde er verhaftet. Der Angeklagte stellt die ihm vorgehaltenen Dinge entschieden in Abrede und erklärt, daß er die Absicht hatte, an der Versammlung in Eimsbüttel teilzunehmen, doch sei er wegen Ueberfüllung des Lokals nicht mehr hineingekommen. Nachdem er in einer Wirtschaft gekneipt, sei er mit andern nach dem Rathaus gegangen, weil die andern auch diese Richtung einschlugen. Er arbeite regelmäßig und verdiene pro Stunde 90 Pf. Weshalb die Protestversammlungen einberufen wurden, vermöge er nicht zu sagen. Er gibt zu, gewerkschaftlich und politisch organisiert zu sein, doch lese er nur hin und wieder in Wirtschaften Zeitungen, weil er auf eine solche nicht abonniert sei. An den Ausschreitungen habe er sich nicht beteiligt, wohl aber habe er gehört, wie die Schutzleute sagten: „Euch roten Hunden wollen wir das austreiben!"

Der Angeklagte Heinrich Rudolph gehört keiner Organisation an und gibt die Erklärung ab, daß er sich um Politik und Gewerkschaft nicht kümmere; seine tägliche Lektüre sei das „Hamburger Fremdenblatt". Der Angeklagte soll in der Brandswiete Anführer eines Trupps von 50—100 Personen gewesen sein, denen er, mit einem Ziegelstein auf die Polizisten deutend, zugerufen haben soll: „Haut jetzt von hinten auf die Halunken!" Die Menge

soll darauf auf die Schutzleute geworfen haben. Ebenfalls soll Rudolph einen Stein nach dem Schutzmann Klein geschleudert haben. Als R. von einem Schutzmann gefaßt wurde, soll er diesen bei der Kehle gepackt haben. Er bestreitet diese Darstellung. Bis Mittag habe er bei der Amerika-Linie gearbeitet, habe dann auf Zureden seiner Kollegen Feierabend gemacht und habe sich am Nachmittag an der Versammlung bei Tütge beteiligen wollen. Das Lokal sei überfüllt gewesen, weshalb er nach Altona ging und später mehrere Wirtschaften besuchte. Auf die Kunde, daß in der Rathausgegend „etwas los" sei, habe er die Richtung nach dort eingeschlagen; in der Reichenstraße habe er von hinten einen Säbelhieb über den Kopf erhalten. Hierüber erregt, habe er einen Strauch ergriffen und damit geworfen. Einen Mauerstein habe er nicht in der Hand gehabt.

Die Angeklagte Rudolph hat ihre Jugend in Rußland verlebt, ist dann nach Deutschland gekommen und unter sittenpolizeiliche Kontrolle geraten. Sie soll in der Nähe der Kleinen Reichenstraße, wohin sie mit Rocca, den sie als ihren Verlobten bezeichnet, gegangen ist, einen Stein ergriffen und dem Schutzmann Bach an den Kopf geworfen haben, so daß der Helm verbeult wurde. Auch mit andern Gegenständen soll sie geworfen und zu der Menge gesagt haben: „Immer drauf, schmeißt die Hunde tot!" Sie soll auch, wie behauptet wird, an der Spitze halbwüchsiger Burschen gestanden und diese fortgesetzt ermuntert haben, die Schutzleute anzugreifen. Als sie verhaftet wurde, soll Rocca hinzugekommen sein und mit den Worten: „Lassen Sie die Frau los!" auf die Beamten eingeschlagen haben. Die R. erklärt, als Rocca sie verlassen wollte, habe sie aus Aerger einen Aschenimerdeckel ergriffen und damit nach R. geworfen, einen Beamten habe sie nicht gesehen. Auf der Wache sei sie zu Boden geworfen und mit „Sau" angeredet worden. Hierüber empört, habe sie zu den Beamten gesagt: „Eine solche Frechheit ist mir noch nicht vorgekommen."

Der Angeklagte Rocca ist seit elf Jahren bei einem Buchhändler als Kommis tätig; er ist verheiratet, Vater von vier Kindern und bisher noch unbestraft. Die Darstellung der Rudolph bestreitet er. Die Angaben der Schutzleute bezeichnet er als Lügengebilde, gegen das zu verteidigen er nicht nötig habe, da er anständig erzogen worden und noch nie mit den Gesetzen in Konflikt geraten sei. Seine Nervosität habe sich während der Untersuchungshaft bedeutend gesteigert. Staatsanwalt Irmann beantragt, den Fall Rocca abzutrennen und diesen, auf Anraten des Sachverständigen, in einer Anstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Rocca ist Mitglied des alten Handlungsgehilfenvereins von 1858, der für die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eintritt. Das Gericht gibt dem Antrage des Staatsanwalts statt.

Der Angeklage Leeck, der ein ständiger Besucher der Kaschemmen ist, soll sich bei den Krawallen am Schopenstehl mit Steinwerfen auf die Beamten hervorragend beteiligt haben. Auch soll er in den auf dem Schopenstehl herumliegenden Uhren herumgewühlt haben. Er erhielt einen Säbelhieb über den Kopf, worauf er mit einem Messer nach dem Beamten gestochen und dessen Rock zerfetzt haben soll. Er gehört keiner Organisation an und behauptet, er habe völlig unschuldig Säbelhiebe erhalten, als er sich nach seiner Herberge begeben wollte.

Der siebzehnjährige Angeklagte Wrangel, der sich selbst denunziert hat, ist, nachdem er aus einer Fürsorgeanstalt entlassen worden war, am 6. Januar 1906 nach Hamburg gekommen und hat am Abend des 17. Januar einen Stein in den Laden von Rosenbrock (Schopenstehl) geworfen. Er gibt zu, sechs Uhren aus dem Laden genommen und dieselben am Hafen an fremde Seeleute verkauft zu haben. In der Zwischenzeit ist er einige Tage in Kiel gewesen, weil ihm erzählt wurde, „dort gäbe es ebenfalls bald Krach". (Heiterkeit.)

Der 55jährige Angeklagte Rittner, bisher noch unbestraft, ist in der Nacht zum 18. Januar mit einem kleinen Päckchen unter dem Arme gesehen worden. Wie sich herausstellte, befanden sich in dem Paket einige Krawatten, die aus einem der geplünderten Läden stammen sollen. Der Angeklagte erklärt, die Sachen, die er zur Wache bringen wollte, gefunden zu haben. —

Die russische Revolution.

Gärung der Arbeitslosen.

Aus Petersburg wird bürgerlichen Blättern berichtet: Seit Dienstag nimmt die Haltung der vierzigtausend arbeitslosen Fabrikarbeiter einen drohenden Charakter an. Die Arbeitslosen haben der Stadt ein Ultimatum gestellt, ihnen sofort alle von der Stadt auszuführenden Erdarbeiten beim Umbau der elektrischen Bahn und alle technischen Arbeiten beim Brückenbau zu übergeben. Sollte die Stadt das Ultimatum ablehnen, was mehr als wahrscheinlich ist, weil Mittel und Kräfte dazu fehlen, so drohen sämtliche Arbeiter Petersburgs die Forderung der Arbeitslosen durch Generalstreik zu unterstützen, bis sie die gewünschte Arbeit erhalten. Die Regierung steht der Forderung der Arbeitslosen in alter Weise gegenüber: Kanonen und Bajonette sollen sie befriedigen. In allen Vorstädten sind so viel Truppen untergebracht, daß man annehmen könnte, Petersburg befinde sich im Kriegszustande.

Gapons Ende?

Der frühere Priester Georg Gapon, der Führer der unorgnisierten unbewaffneten Massen am 22. Januar 1905, ist spurlos verschwunden. Einige Blätter behaupten, daß er ein Opfer zarischer Schergen geworden ist, die ihn nach einem unbekannten Ort verschleppt hätten. Andre bürgerliche Blätter stellen die Gegenbehauptung auf, daß Revolutionäre ihn beseitigt hätten. Das „Berliner Tageblatt" weiß zum Beispiel zu melden:

Expriester Gapon, der vor wenigen Tagen aus Petersburg unter sonderbaren Umständen verschwand, soll in Kolpino in der Nähe von Petersburg ermordet und bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet sein. Der Leichnam wurde in einer Müllgrube aufgefunden, in der Tasche des Ermordeten fanden sich hundert Rubel vor, so daß ein Raubmord als ausgeschlossen gilt. Offenbar liegt ein politischer Racheakt der Arbeiter vor, weil Gapon sich durch Witte bestechen ließ.

Woher der Petersburger Korrespondent des liberalen Blattes diese Offenbarung bezogen, verrät er nicht. Daß Georg Gapon sich durch die blinkenden Rubel hat blenden lassen, scheint festzustehen. Er hat allerdings vor Wochen behauptet, nicht die Revolutionäre, sondern die zarischen Minister betrogen zu haben. —

Aus der Parteibewegung.

Maifeier. Wie in jedem Jahre hat auch dieses Mal die Hamburger Polizei den Maiumzug genehmigt. —

Das Strafverfahren gegen die Genossin Zietz, welches von der Staatsanwaltschaft in Erfurt auf Grund des § 130 angestrengt worden war, ist eingestellt. Also auch hier der Liebe Mühe umsonst. —

Mecklenburgische Justiz. Was die deutsche Rechtsprechung fertig bringt, beweist erneut ein Prozeß, den unser mecklenburgisches Parteiblatt zu bestehen hatte. Der Fabrikant Krug in Neubrandenburg fühlte sich beleidigt, weil unser Parteiblatt ihm vorgehalten hatte, daß er sein den Arbeitern gegebenes Ehrenwort gebrochen habe, das dahin ging, ehe Neueinstellungen erfolgen, von ihm früher Ausgesperrte in Arbeit zu nehmen und Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht vorzunehmen. Infolge des für Privatbeleidigungsklagen leider noch immer zulässigen „fliegenden Gerichtsstandes" der Presse verschleppte der Fabrikant den Verantwortlichen unsres Rostocker Parteiblattes nach Neubrandenburg, einem von dort erst nach dreistündiger Eisenbahnfahrt zu erreichenden mecklenburgischen Nest. Das Gericht sprach unsern Genossen frei; für den Bruch des Ehrenwortes von seiten des Fabrikanten waren die von dem Angeklagten beigebrachten Beweise zu schlagend.

Ihr Opfer mußte die Justiz aber doch haben! In dem inkriminierten Artikel war nämlich ganz nebenher auch noch erwähnt, jener Fabrikant „spiele sich auf den guten Arbeitgeber hinaus"; daß er dazu aber gar keine Ursache habe, bewiesen schon die von ihm gezahlten Arbeitslöhne und seine Gegnerschaft gegen das Koalitionsrecht. Hierin sah der Fabrikant eine Beleidigung. Das Gericht pflichtete ihm auch bei und verurteilte unsern Genossen zu 15 Mark Geldstrafe. Es deduzierte: wer von einem Fabrikanten sagt, er sei kein guter Arbeitgeber, beleidige diesen!!

Die Hauptsache ist aber, was das Gericht für Konstruktionen erst vornahm, um zu diesem Urteil zu gelangen. Das Gericht erklärte, daß das Versprechen zwar nicht die wahre Meinung des Fabrikanten gewesen sei, gegen die Organisationszugehörigkeit seiner Arbeiter nichts einwenden zu wollen; auch habe er nicht nach seinen Worten gehandelt. Das Gericht stellte sich dann auch ausdrücklich auf den Standpunkt, daß „derjenige kein guter Arbeitgeber sei, welcher seinen Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu entziehen und zu verkümmern bestrebt ist". Dann aber fährt das Gericht fort:

„Trotzdem hat aber das Gericht vorliegendenfalls die bezeichnete Gegnerschaft des Privatklägers für durchaus berechtigt angesehen, und zwar aus dem Grunde, weil es sich um einen sozialdemokratischen Verband handelte. Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern nur gewährt als Mittel, ihre berechtigten Ansprüche durchsetzen zu können, aber darauf beschränken sich die sozialdemokratischen Verbände und ihre Führer nicht. Ihre auf Erlangung der Herrschaft durch Verhetzung der Massen gerichteten Ziele und Zwecke gehen viel weiter . . ."

Das Gericht erklärt also zuerst genau wie das angeklagte Parteiblatt denjenigen für keinen guten Arbeitgeber, der den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert. Dann aber fügt das Gericht hinzu, daß gegen sozialdemokratische Verbandsmitglieder die Entziehung des Koalitionsrecht angewandt werden könnte. Hätte der Fabrikant Krug also gegen die „Hirsch-Dunckerschen" so gehandelt wie gegen die Mitglieder der „sozialdemokratischen Verbände", so war nach Ansicht auch des Gerichts der Fabrikant kein „guter" Arbeitgeber — und der Angeklagte wäre gänzlich freigesprochen worden. So aber handelte es sich ja um das „berechtigte" Vorgehen des Fabrikanten gegen die „sozialdemokratischen Verbände" — und weil in solchem Falle der Fabrikant ein „guter" Arbeitgeber bleibt, wurde unser Genosse verurteilt! —

Seid unermüdlich tätig für die Verbreitung der

„Volksstimme"!

Gelesene Nummern werfe man nicht weg, sondern verwende sie, um neue Abonnenten zu werben! Wer für die „Volksstimme" eintritt, fördert seine eigne Sache!

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. April 1906.

Mordende Streikbrecher.

Wir haben in unsrer gestrigen Nummer mitgeteilt, daß der Fuhrherr Fiering seine „Arbeitswilligen" mit Revolvern ausgerüstet hat. Welche Folgen für harmlose Passanten daraus entstehen konnten, mußte jedermann klar sein, der die moralische Beschaffenheit der Leute kennt, die jetzt bei Fiering den Kutschbock zieren. Solche Elemente mit Revolvern ausrüsten, bedeutet nichts andres, als Aufreizung zum Mord. Und die Aufreizung hat denn auch ihre Früchte getragen. **Gestern abend gab einer der Fieringschen Streikbrecher auf einen Hafenarbeiter drei Schüsse ab, die den Mann schwer verletzten. Daß er nicht gleich tot auf dem Platze blieb, verdankt er nur dem Umstande, daß der Revolver mit Schrotpatronen geladen war. Der Streikbrecher hatte den besten Willen, den Mann zu töten, denn er zielte jedesmal auf den Kopf des Unglücklichen.** Blutüberströmt wurde der Angeschossene nach seiner Wohnung gebracht, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet.

Ueber diesen Mordversuch wird uns von Augenzeugen berichtet:

Gestern abend gegen sieben Uhr ging der Arbeiter Scheimann in der Sternallee bei Kavalier Scharnhorst ruhig seines Weges. Er befand sich etwa zehn Schritte von einem Wagen der Firma Fiering, der von einem Arbeitswilligen gelenkt wurde, als der letztere plötzlich seinen Revolver zog und auf den Arbeiter schoß. Der erste Schuß traf Scheimann mitten auf die Stirn, der zweite Schuß die Schläfe über dem linken Auge, und beim Zusammenbrechen des Opfers ging der dritte Schuß los, der Sch. in den Kopf eindrang. Direkt hinter dem Wagen des Revolverhelden fuhr ein Wagen der Kohlenhandlung Braunsdorf. Infolge der Schüsse wurden die Pferde scheu und rasten davon. Der Arbeitswillige schlug nach vollbrachter Tat auf die Pferde ein und fuhr im Galopp davon, ohne sein blutüberströmt auf der Erde liegendes Opfer nur mit einem Blicke zu streifen. Die Spaziergänger, meistens Frauen und Kinder, die der schrecklichen Szene beiwohnten, schrien vor Entsetzen auf, einige Passanten nahmen sich des Scheimann an und sorgten dafür, daß er in seine Wohnung gebracht wurde.

Soweit unser Gewährsmann. Von andrer Seite wird uns mitgeteilt, Scheimann habe dem rosselenkenden Streikbrecher „Heidelberger" zugerufen. Andre Zeugen des Vorfalls haben von diesem Rufe nichts gehört, aber sicher ist, daß Scheimann den Arbeitswilligen nicht bedroht hat. Nicht die geringste Möglichkeit, daß ihm nur ein Haar gekrümmt werden könne, lag vor, trotzdem verübte er die Bluttat. Das wird aber erklärlich, wenn man hört, daß der Revolverheld ein übelberüchtigtes Subjekt ist, das in Schönebeck allgemein als Messerheld bekannt ist. **Der Bursche erschwindelte sich beim Ausbruch des Kutscherstreiks zunächst Unterstützung,** dann ließ er sich von Fiering als „Arbeitswilliger" anwerben.

Heute morgen wurde der Mann auf dem Polizeipräsidium einem dreistündigen Verhör unterzogen. **Die Polizei, die eine ganze Anzahl Kutscher wegen angeblicher Bedrohung Arbeitswilliger in Haft genommen hat, ließ ihn aber auf freiem Fuße!**

Gleichzeitig mit der Nachricht über das soeben geschilderte Ereignis sind uns noch zwei Fälle bekannt geworden, die zeigen, daß auch den andern Streikbrechern bei Fiering der Revolver sehr lose in der Tasche sitzt. Am Dienstag abend gingen fünf Arbeiter von Buckau nach Fermersleben und unterhielten sich dabei über den Streik der Kutscher. Dabei fiel das Wort „Streikbrecher" gerade in dem Augenblick, als der Schmied Pielecke vorüberging, der bei Fiering den Arbeitswilligen spielt. Pielecke bezog die Aeußerung auf sich und sagte, auf einen der fünf Arbeiter deutend: „Sie haben zu mir Streikbrecher gesagt!" Der Angeredete verbat sich aber die Belästigung, worauf Pielecke den Revolver zog und schrie: „Zehn Schritte vom Leibe weg, oder ich schieße Sie über den Haufen!" Die Arbeiter ließen den Schreier stehen; darauf **zog dieser eine Pfeife hervor und pfiff.** Gleich darauf erschienen **Polizeibeamte** und stellten die Namen der fünf Arbeiter fest.

Ist es nicht wunderbar organisiert, dieses Zusammenarbeiten von Polizei und revolvertragenden Arbeitswilligen? Wer wird sich, wenn er solche Vorkommnisse kennen lernt, wundern, daß der Streikbrecher, der einen Arbeiter über den Haufen schoß, in Freiheit gelassen wurde und weitere Mordversuche unternehmen kann!

Bei dem dritten uns mitgeteilten Fall war ein Wortwechsel zwischen mehreren Arbeitern und zwei Fieringschen Arbeitswilligen entstanden, in dessen Verlauf einer der letzteren gleichfalls den Revolver zog und die Arbeiter mit Erschießen bedrohte.

Es ist also jetzt gefährlich in Magdeburg, und das Publikum mag sich vor Fieringschen Wagen und Kutschern in acht nehmen. Wundern braucht man sich aber nicht über solche Vorkommnisse, wenn man bedenkt, daß die Fuhrherren selbst den Beamten der Transportarbeiter mit Totschlag bedroht haben und einen ihrer Kollegen, den Herrn Sprenger, aus ihrer Versammlung in einer Weise entfernten, die dem alten Mann beinahe das Leben gekostet hätte. Zu diesen Unternehmern passen die Fieringschen Streikbrecher.

Wir wollen jetzt aber einmal abwarten, was die bürgerliche Presse, die alle Schauergeschichten der Unternehmer über den „Terrorismus" der Streikenden so bereitwilligst verbreitete, über den Mordversuch des Streikbrechers mitzuteilen weiß. —

— **Arbeitsruhe am 1. Mai** beschlossen auch die organisierten Töpfer Magdeburgs. — Die Heizer und Maschinisten haben beschlossen, überall da, wo in den Betrieben von andern Arbeiter-Kategorien der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ebenfalls die Arbeit ruhen zu lassen. —

— **Die Zeitschrift „Nach Feierabend"** erfreut sich heute schon der Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterpresse. Am 1. April hat sie den Bezugspreis von 15 auf 20 Pf. erhöht und gewährt für diese Mehrleistung unter allerhand Vorbehalten ein Sterbegeld von 40 bis 100 Mark. Die Zeitschrift gibt, wie uns berichtet wird, ihre Abonnentenzahl auf 500 000 an, sie nimmt demgemäß wöchentlich 25 000 Mark an Versicherungsbeiträgen ein — pro Abonnent und Woche 5 Pfennig —, während nach der sorgfältigsten Statistik zwei bis drei Millionen pro Jahr gebraucht würden, um die Sterbegelder reell auszuzahlen. Ein Durchschnittsalter der Abonnenten von 40 Jahren und ein Durchschnitts-Sterbealter von 60 Jahren ergibt eine 20jährige Lebensdauer, also fünf Prozent Sterbefälle pro Jahr. Diese erhöhen sich aber auf zehn Prozent, da die Ehefrauen mitversichert sind, das ergibt zehn Prozent Sterbefälle, also bei 70 Mark Durchschnitt (40 bis 100 Mark Sterbegeld) bei 500 000 Abonnenten 50 000 Fälle à 70 Mark ist 3 500 000 Mark Auszahlungen im Jahre! Herr Meyer nimmt nur 500 000 × 2,60 (52 × 5 Pfennig) gleich 1 300 000 Mark das Jahr ein, es fehlen demnach 2 200 000 Mark pro Jahr. Die ganze Sache ist also entweder eine leichtsinnige Gründung des Herrn Meyer, oder — etwas andres. Wir warnen die Arbeiter dringend, auf die Lockungen des Verlegers Meyer hineinzufallen und Abonnenten dieser minderwertigen Zeitschrift zu werden. Wer sich für den Todesfall zu versichern wünscht, tue es geradenwegs durch den Beitritt zu einer soliden Kasse. —

— **Zum Austritt aus der Landeskirche.** Leser unsres Blattes, die aus der Landeskirche ausscheiden wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß Ehefrauen bei der Erklärung des Austritts aus der Kirche auch ihren Geburtsnamen angeben müssen, weil sonst die Austrittserklärung als ungültig zurückgewiesen wird. Auch dürfen auf ein- und demselben Formular nur Personen den Austritt anmelden, die bei demselben Amtsgericht zuständig sind. Man unterrichte sich also vorher darüber, bei welchem Amtsgericht man die Erklärung einzureichen hat. Auch müssen die Erklärungen mit Tinte geschrieben sein. —

— **Achtung, Modelltischler!** Durch die brutalen Aussperrungen der Gießereiarbeiter in Braunschweig, Hannover usw. sind auch unsre Kollegen betroffen worden. So liegen z. B. in Braunschweig und Hannover einige Hundert auf der Straße. Die dortigen Unternehmer versuchen nun, wie uns mitgeteilt wird, ihre Arbeiten teilweise auch hier anfertigen zu lassen. Wir erwarten, daß die Kollegen ein wachsames Auge auf alle Arbeiten haben und eventuell derartige Arbeiten ablehnen. Nähere Nachrichten erbitten wir sofort. Die Verwaltung Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes. —

— **Der Kampf im Malergewerbe** dauert unverändert fort. Trotz aller schwarzen Listen ziehen die unverheirateten und viele verheiratete Maler fort und bekommen lohnende Arbeit. —

— **Zu dem Schiffszimmererstreik auf der hiesigen Werft** der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaft teilt man uns mit, daß die Gesellschaft die Streikenden durch Mannschaften der Schiffer zu ersetzen versucht. So war heute morgen zu beobachten, daß acht Schiffer dabei waren, einen Kahn zu Wasser zu bringen. Die Direktion hat der Polizei sicher Schauermärchen mitgeteilt, so daß der Betrieb scharf überwacht wird. Das ist natürlich überflüssig, da sämtliche Streikende anderweitig Arbeit gefunden haben. Vor Zuzug von außerhalb wird gewarnt. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck des Vorstehenden gebeten. —

— **Der betrunkene Arbeitswillige.** Am Mittwoch abend nach 6 Uhr fuhr ein Rollfuhrwerk der Firma Fiering die Schönebeckerstraße nach Fermersleben zu. An der Ecke der Hallische Straße versuchte der arbeitswillige, total betrunkene Kutscher vom Bock zu steigen, fiel aber, da der Kopf viel zu schwer, herunter, und so unglücklich vor die Räder seines Wagens, daß er, da die Pferde im gleichen Moment anzogen, todsicher überfahren worden wäre, wenn nicht im Augenblick der höchsten Gefahr ein organisierter Arbeiter hinzugesprungen wäre und den schwer Betrunkenen unterm Wagen hervorgezogen hätte. Mit derartigen Helfern in der Not, für die der Fuhrherr Fiering nach

seinem eignen Ausspruch seinen letzten Blutstropfen hingibt, will er nun seinen Betrieb aufrechterhalten. Man kann dem Herrn zu derartigen Elementen nur gratulieren. —

— **Zur Steuerzahlung.** Die Festsetzung der Steuerzuschläge bedarf auch in diesem Jahre der Genehmigung des Ministers, obwohl eine Erhöhung nicht erfolgt ist. Diese Genehmigung wird, nachdem der Kämmereietat in voriger Woche festgestellt worden ist, jetzt vom Magistrat nachgesucht werden. Ehe sie eintrifft, werden noch mehrere Wochen vergehen, so daß die Frist zur Zahlung der Steuern für das erste Viertel des Etatsjahres 1906 (April bis Juni) erheblich hinausgeschoben werden muß. Schade, wird mancher denken, daß hinausgeschoben nicht aufgehoben ist! —

— **Die Abgabe von sterilisierter Milch** aus der städtischen Sterilisierungsanstalt an bemittelte Personen soll demnächst beginnen. Auf kurze schriftliche Mitteilung an die Armendirektion erfolgt die Zusendung der Empfangskarte, auf welche hin die Milch verabfolgt wird. Näheres soll noch bekannt gegeben werden. —

— **Das Adressenverzeichnis der Gewerkschaftsvorstände** ist erschienen und kann von heute an auf dem Arbeitersekretariat abgeholt werden. —

— **Zeuge gesucht.** Der Metallarbeiter, der am Dienstag den 10. März auf dem Bureau der Verkehrsarbeiter war, wird ersucht, seine genaue Adresse dort abzugeben. Der Genosse trug den Arm in der Binde. —

— **Berichtigung.** In der Zuschrift „Humane Arbeitgeber", welche von der Entlassung eines Arbeiters durch den Direktor Motricker handelt, muß es statt Meister Holland, Meister Holzhausen heißen.

— **Von der Feuerwehr.** Folgende Brände wurden mit Hilfe der Feuerwehr gelöscht: Am Mittwoch nachmittag 1.11 Uhr ein Stallbrand im Hause Nachtweide 20. Zwei Balken- und Dielenbrände, die am Mittwoch nachmittag 12½ Uhr auf dem Grundstück Spiegelbrücke 16 durch das Ausbrennen eines Schornsteins entstanden waren. Am Donnerstag früh 5½ Uhr im Hause Breiteweg 96 und 97 ein Brand, der dort in einer Drechslerwerkstatt ausgebrochen war. Endlich ein kleines Feuer im Hause Martinstraße 3 am Donnerstag früh 6.48 Uhr. —

— **Hofrat Erdmann-Jesnitzer †.** In Meran verstarb am Montag der langjährige Direktor des Bremer Stadttheaters Hofrat Erdmann-Jesnitzer, ein geborner Magdeburger. 1854 als Sohn des kgl. preußischen Medizinalrats Dr. Jesnitzer daselbst geboren, ging er 1877 in Hamburg zur Bühne, leitete zwölf Jahre das Lübecker Stadttheater und wirkte seit 1897 in Bremen. Sein Ruf, auch als Schriftsteller, ist weit verbreitet und die Trauer wegen des Hinscheidens des allgemein beliebten und geachteten Mannes in Kunstkreisen allgemein.

— **Rekognosziert.** In der Person des am Sonntag abend in der Nähe des Dorfes Büden auf dem Eisenbahngleis mit abgefahrenen Beinen aufgefundenen Mannes ist der Stellmacher Albert Arendt aus Königsborn ermittelt worden. A. hatte am Unglückstage einen Spaziergang gemacht, dabei dem Alkohol zu eifrig zugesprochen und ist dann im Taumel vom Loburger Zug überfahren worden. —

— **Unfall.** Der Bootsmann Gustav Noack ist beim Ausladen aus einem Kahn in der Nähe des alten Packhofs in den leeren Raum gestürzt, wobei sich N. einen linken Armbruch zuzog. Der Verletzte wurde dem altstädtischen Krankenhause überwiesen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Machtproben.

Die von Heinrich und Lily Braun herausgegebene „Neue Gesellschaft" glossiert das Geschwätz der Unternehmer von den Machtproben in dieser zutreffenden Weise:

In ganz Deutschland hallt es wider von Streik und Aussperrung. Die mitteldeutschen Kohlengräber, die Berliner Bäcker, die Metallarbeiter Breslaus, Düsseldorfs, Braunschweigs, Hannovers und Dresdens, die Gummiarbeiter in Mannheim, die Textilarbeiter in Aachen, die Seeleute in Hamburg, die Kutscher in Magdeburg stehen im gewerkschaftlichen Kampf. Und überall — ausgenommen etwa Aachen mit seiner fast rein christlichen Organisation — verkündet die Kapitalistenpresse, daß es sich um „sozialdemokratische Machtproben" handle. Das bequeme Schlagwort ist selbst in Hamburg angewendet worden, wo der Reederverein verlangt hat, der Seemannsverband solle sich erst einen andern Vorstand wählen, ehe man mit ihm unterhandeln wolle. Es ist interessant zu hören, welche Anforderungen Herr Ballin an eine Arbeiterorganisation stellt, die für ihn verhandlungsfähig sein soll; ihr Vorstand muß aus „aktiver Seeleuten" bestehen und aus „Männern, die ein angemessenes, friedliches Verhältnis zwischen den Reedereien und ihren Seeleuten herzustellen und aufrechtzuerhalten gewillt und geeignet sind". Daß das keine „bezahlten Agitatoren" sein dürfen, versteht sich von selbst. Die Arbeiter werden demnach, da doch gleiches Recht für beide Teile gilt, in Zukunft zu verlangen haben, daß die Herren, die mit ihnen verhandeln, kein arbeitsloses Einkommen verzehren, keine berufsmäßigen Scharfmacher oder gar bezahlte Generalsekretäre sind, sondern Männer mit Schwielen an den Händen, einsichtige Sozialpolitiker und bewährte Arbeiterfreunde. Das klingt scherzhaft, ist aber doch sehr ernst zu nehmen, denn das Vorgehen der Unternehmer, von denen die Hamburger Reeder nur drastische Beispiele sind, beweist, daß es sich hier wirklich um einen Machtkampf handelt, der schließlich nur mit der endgültigen Unterwerfung eines der Teile enden kann, und in dem sich schließlich herausstellen wird, daß die Welt zwar ohne Unternehmer, aber nicht ohne Arbeiter bestehen kann. Merkwürdig, daß gerade diejenigen Leute, die das „Endziel" der Arbeiterbewegung nicht schwarz genug malen können, am besten dafür sorgen, daß dieses Endziel nicht vergessen wird! —

Kleine Chronik.

Bergmannstod.

Auf der Zeche Holland bei Wattenscheid stürzten zwei Bergleute in einen Schacht und waren sofort tot. —

Im Streit erstochen.

In Buer bei Essen (Ruhr) wurde während eines Streites ein Straßenbahnschaffner erstochen. —

Eine Zigeunerschlacht.

In Wandsbek fand eine Zigeunerschlacht statt, bei der ein 50jähriger Händler namens Trottmann durch den 23jährigen Zigeuner Laubinger erschossen wurde. Ein zweite Person wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. —

Opfer des Meeres.

Der Dampfer „Florida" ist auf der Fahrt von Singapore nach Hamburg untergegangen. Die gesamte Besatzung ist ertrunken. — In der Bucht von Juan ist das Marseiller Boot „St Antoine de Padona" gescheitert. Der Kapitän und vier Mann sind ertrunken.

Die erste Vesuvbesteigung.

Professor Matteucci, der Direktor des Observatoriums auf dem Vesuv, hat am Dienstag den ersten Aufstieg zum Vesuvkegel unternommen. Er stellte fest, daß der Kratermund sich auf einen Durchmesser von über 1½ Kilometer erweitert hat. Auf der Seite von San Guiseppe und Pompeji ist der Kraterrand abgestürzt. Von der Drahtseilbahn sind nur noch wenige Überbleibsel vorhanden. Nach der Schätzung des Professors Matteucci hat sich das obere Niveau des Vesuvs um 200 Meter gesenkt. Wind und Nebel machten einen längeren Aufenthalt unmöglich. Weiter meldet der Gelehrte, daß der Vesuv jetzt ganz ruhig ist und nur zeitweilig mit etwas feinem Sand vermischte Dämpfe ausstößt. —

Das Erdbeben in Kalifornien.

Der amtliche Leichenbeschauer schätzt auf Grund der ihm vorliegenden amtlichen Angaben die Zahl der Toten auf 1000, meint aber, daß diese vielleicht etwas höher sein könne. Wiederholte Regengüsse in San Francisco zwingen zur Räumung der offenen Lager, Frauen und Kinder werden in Kirchen, Schulen und verschonten Wohnhäusern untergebracht. Die Gerichte nahmen ihre Sitzungen wieder auf. Die Miliztruppen sind alle zurückgezogen worden. Die telephonische Verbindung mit Oakland ist wieder zustande gekommen. Die elektrische Beleuchtung hat wieder begonnen. 200 Aerzte sind damit beschäftigt, die gesundheitlichen Verhältnisse von Haus zu Haus zu untersuchen. Bürger von San Francisco hielten eine Beratung ab, in der die Absicht besprochen wurde, San Francisco als eine der schönsten Städte der Welt neu aus der Asche erstehen zu lassen. Die Arbeiten sollen an der Wasserseite begonnen werden, wo neue Kais und neue Lagerhäuser mit einem Aufwand von 25 Millionen Dollar angelegt werden sollen. In New-York hielt der California-Frauenklub eine Versammlung ab, in der die Ablehnung der Gaben aus Deutschland und dem übrigen Ausland durch den Präsidenten Roosevelt scharf kritisiert wurde; die Ablehnung habe viel Widerspruch im Lande geweckt. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Köln, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Köln. Ztg." aus Aachen gemeldet wird, hat der Arbeitgeberverband der Textilindustrie an seine Mitglieder ein Telegramm geschickt, wonach die allgemeine Aussperrung aufgehoben sei, da von der Firma S. u. M. Meyer die Nachricht eingelaufen, daß ihre Weber die Arbeit wieder aufgenommen haben. —

Hd. Wien, 26. April. (Eign. Drahtber.) In Galizien ist in vier Bezirken ein Ausstand der Feldarbeiter ausgebrochen. Sie verlangen höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. —

Hd. Madrid, 26. April. (Eig. Drahtb.) Die sozialistischen Arbeiter haben beschlossen, nur in den Fabriken zu arbeiten, die den Neunstundentag bewilligt haben. —

Hd. St.-Etienne, 26. April. (Eig. Drahtb.) Auf den hiesigen Stahlwerken sprang gestern das Schwungrad der großen Maschine ab und verletzte fünf Arbeiter tödlich —

Hd. Paris, 26. April. Die Agitation für den 1. Mai dauert fort. Zahlreiche Versammlungen sind einberufen zwecks Stellungnahme zu der Maifeier. In Brest, Lorient, Toulon und andern Städten fanden gleichfalls Kundgebungen und Versammlungen statt, in welchen beschlossen wurde, den 1. Mai zu feiern. Aus Dover und Pas de Calais werden keine Zwischenfälle gemeldet. —

Hd. Paris, 26. April. Das Blatt „Humanitee" veröffentlicht einen Aufruf des sozialistischen Bureaus an das gesamte Proletariat, worin dieses ersucht wird, den 1. Mai zu feiern und bei diesem Anlaß seinen Willen kundzutun. In Paris treffen fortwährend Truppenverstärkungen aus den umliegenden Garnisonen ein. —

Hd. London, 26. April. Das Unterhaus beschäftigte sich gestern abend mit der Beratung des Frauenstimmrechts. Die Beratung wurde um 11 Uhr 30 Min. auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem eine Anzahl Redner das Wort verlangt hatte, um den Antrag zu bekämpfen. Während der Beratung erfolgte ein Zwischenfall, verursacht durch Anhänger des Frauenstimmrechts, die sich auf den Tribünen befanden. —

Maifeier in Stassfurt.

Dienstag den 1. Mai 1906

Morgens: Zusammentreffen in Wiesseners Lokal.

Abmarsch zum Ausflug nach Löderburg um 9 Uhr.

Nachmittags 3 Uhr

Oeffentliche Versammlung

in Wießeners Lokal. Referent: Reichstagsabgeordneter **Albrecht.**

Abends 7 Uhr BALL in demselben Lokale.

3645 **Die Veranstalter.**

Uhns waescht am besten

Billigste Bezugsquelle für

Tapeten Rolle von 8 Pf. an.

W. Land, M.-Neust., Lübeckerstr. 18.

Reizende Kasten- u. Korb-Kinderwagen
10—20 Prozent billiger wie Laden.
Königstraße 67, vorn 2 Tr.

Rechnungs-Abschluß
der Allgemeinen Ortskrankenkasse für verschied. Berufe zu Aschersleben pro 1905.
1. Kassenrechnung.

a. Einnahme.

Kassenbestand f. d. Anfang des Rechnungsjahres	1 524.48
Zinsen von Kapitalien 2c.	1 266.65
Eintrittsgelder	1 933.40
Gesamtbeiträge der Mitglieder und Arbeitgeber	66 956.97
Zusatzbeiträge f. Familienunterstützung	3 546.75
Ersatzleistung f. gewährte Krankenunterstützung 2c.	1 249.22
Ersatzleistungen von Berufsgenossenschaften u. Unternehmern	600.31
Aus zurückgezogenen Sparkassen-Einlagen	206.12
Aufgenommene Darlehen, and. durchl. Posten	—.—
Sonstige Einnahmen	306 88
Summa	77 590.78

b. Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	14 885.90
Für Arznei und sonstige Heilmittel	7 949.00
Krankengelder:	
a. an Mitglieder	29 451.39
b. an Angehörige der Mitglieder	363.15
Unterstützungen an Wöchnerinnen	784.00
Sterbegelder — inkl. 640 Mk. an Fam.-Angehör.	1 584.00
Kur- u. Verpflegungskost. an Krankenanstalten	5 004.99
Fürsorge für Rekonvaleszenten nach Beendigung der Krankenunterstütz.	—.—
Ersatzleistung f. gewährte Krankenunterstützung	68.42
Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	148.42
Für Kapital-Anlag., Zuführ. z. Reservefonds	5 000.00
Zurückgez. Darleben und and. durchlaufend. Posten	—.—
Verwaltungs-Ausgaben:	
a. persönliche	5 229 35
b. sächliche	909.42
Sonstige Ausgaben	513.56
Summa	71 891.58

c. Abschluß.

Summa der Einnahmen	77 590.78
Summa der Ausgaben	71 891.58
Ergibt für den Schluß des Rechnungsjahres einen Kassenbestand von	5 699.20

2. Vermögens-Uebersicht.

Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aktiva: a) Der Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres 1905 (laut vorstehendem Abschluß)	5 699.20
b) Wert des Hausgrundstücks Vorderbreite 21	26 000.00
c) Sparkassen-Einlagen	7 000 00
Summa	38 699.20

3649

2. Passiva sind nicht vorhanden.

Hiernach beträgt der Ueberschuß der Aktiva	38 699.20
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Ueberschuß	29 730.60
Ergibt gegen das Vorjahr an Ueberschuß der Aktiva mehr	8 968.60

Aschersleben, 28. Februar 1906.

Der Vorstand.

Achtung! Calbe a. S. Achtung!

Maifeier 1906

Vormittags in den Räumen des Restaurants „Reichskapelle"

Zwanglose Zusammenkunft

aller derjenigen, welche die Arbeit vollständig ruhen lassen.

Nachmittags 3 Uhr

Oeffentliche Fest-Versammlung

Abends 8 Uhr für die Mitglieder des Gewerkschaftskartells

Vergnügen

Parteigenossen! Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß überall wegen Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Unternehmern angefragt werden soll, und dort, wo es möglich, die Arbeitsruhe durchzuführen ist und alle Genossen an der Demonstration teilzunehmen haben. Genossen, wir erwarten, daß unsrer Aufforderung überall entsprochen wird. Hoch die Solidarität! Hoch der 1. Mai!

3647 **Das Gewerkschaftskartell.**

Achtung! Calbe a. S. Achtung!

Sonntag den 29. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr in der „Reichskapelle" 3646

Oeffentl. Volksvereins-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Der 1. Mai. 3. Verschiedenes.

Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarb.-Verband

460 **Verwaltung Magdeburg.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 28. April, abends 8½ Uhr

Bezirk Gr.-Ottersleben im Lokal von Fr. Strumpf.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Kramer über „Das Gewissen, seine natürliche Erklärung und Bedeutung". 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Olvenstedt im Lokal des Herrn Nielebock.

Tagesordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Sonntag den 29. April, vormittags 10¾ Uhr

Generalversammlung

aller Bezirke und Branchen

im „Luisenpark", Spielgartenstrasse 1c.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisorenbericht.
2. Die Maifeier.
3. Anträge aus den Bezirken usw.
4. Verschiedenes.

Kollegen! Die jetzige Zeit ist wie keine andre dazu angetan, die Metallarbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit die gewaltigen Bewegungen in der Metallindustrie Deutschlands beobachten zu lassen. Jeden Tag neue Aussperrungen in den verschiedensten Orten; schon kursieren Gerüchte in der arbeiterfeindlichen Presse, die Metallindustriellen beabsichtigten 300 000 Metallarbeiter auszusperren. Da ist es Pflicht jedes Kollegen an den gemeinsamen Beratungen, und das sind die Generalversammlungen, teilzunehmen. Auf zum „Luisenpark"! heißt die Parole am Sonntag. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Verwaltung.

Tüchtige Schlosser

finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 3539

Metall-Industrie Schönebeck A.-G.
Schönebeck a. E.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 97. Magdeburg, Freitag den 27. April 1906. 17. Jahrgang.

Die aufreizende „Christpredigt“.

Am Mittwoch den 25. April fand vor der 2. Strafkammer des Landgerichts hier, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wieser, Verhandlung statt gegen unsern Redakteur Genossen Ernst Wittmaack wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs. W wird beschuldigt, durch Veröffentlichung des Artikels „Christpredigt“ in der 1. Beilage zur „Volksstimme“ Nr. 301 vom 24. Dezember 1905 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt zu haben.

Die Vernehmung.

Bei Beginn der Verhandlung wird zunächst der inkriminierte Artikel vom Vorsitzenden verlesen. Der Angeklagte erklärt, daß er den Artikel nicht verfaßt habe, aber die Verantwortung dafür übernehme. Den Namen des Verfassers erklärt der Angeklagte nicht nennen zu wollen.

Betreffs der Tendenz des Artikels äußert sich der Angeklagte dahin, daß die Leser nicht entsprechend dem Worte „Nach uns die Sintflut!“ handeln, sondern dafür sorgen sollen, daß ihre Kinder in besseren Verhältnissen leben können als sie.

Vors.: Gewiß, es sind Sätze darin enthalten, die jeder vernünftige Mensch gutheißen kann. Aber, geben Sie nicht zu, daß der Artikel vielfach übertreibt?

Angekl.: Nein, das kann ich nicht finden!

Vors.: Der Artikel richtet sich hauptsächlich an die organisierten Arbeiter. Wenn man ihn liest, dann denkt man, daß große Schichten der Arbeiter ein höchst kummervolles Dasein fristen. Das ist doch nicht wahr!

Angekl.: Der weitaus größte Teil der Arbeiter lebt in Verhältnissen, von denen man nicht sagen kann, daß durch sie dem Arbeiter alle Kulturgüter zur Verfügung ständen.

An der Hand des Artikels werden nunmehr vom Vorsitzenden die einzelnen Sätze dem Angeklagten vorgehalten. Dieser erklärt u. a., daß, soweit in dem Artikel von einem „Kämpfen“ die Rede sei, damit nicht im entferntesten an irgendwelche Gewalttätigkeiten gedacht sei, sondern daß durch Protestversammlungen, Petitionen und eventuell unter Anwendung des Massenstreiks der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geführt werden solle. Er, Angeklagter, könne nicht zugeben, daß in dem Artikel eine Aufreizung im Sinne des § 130 St.-G.-B. enthalten, ja nicht einmal eine Beunruhigung irgendwelcher Kreise dadurch hervorgerufen sei.

Das Hauptgewicht bei der Anklage wird auf den letzten Absatz des Artikels gelegt, in dem unter Hinweis auf die Verhältnisse in Livland, Finnland und Polen, wo die Eltern ihren Kindern die Freiheit unter den Weihnachtsbaum legen wollen, gefragt wird: Und ihr hättet nur tote Puppen für die euren? Der Angeklagte erklärt dazu, daß darin eine Aufforderung, die russischen Kampfmethoden auf Deutschland zu übertragen, nicht enthalten sei, sondern daß nur der Heroismus der russischen Arbeiter hervorgehoben werden solle. Zudem sei in Preußen die Möglichkeit vorhanden, auf gesetzlichem Wege eine Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter zu erreichen. Die Sozialdemokratie habe von jeher und überall betont, daß sie gewaltsame Mittel verschmähe.

Damit wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Plaidoyers.

Hierauf nimmt der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Hildebrandt, das Wort. Wenn der Angeklagte behauptet, daß durch diesen Artikel die Arbeiterschaft zum Kampf um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts aufgerufen und als Mittel Protestversammlungen, Petitionen, die parlamentarische Tätigkeit und als letztes Mittel der Generalstreik empfohlen werden, und wenn er sich unter einem Generalstreik nichts weiter vorstellt, als eine allgemeine Arbeitsruhe, so ist das unglaubwürdig. So etwas deutet man nicht an mit den Worten: „Die Weihnachtsglocke von 1905 läutet nicht zum Frieden, sondern zum Sturm!“ Zum Sturm haben in früheren Zeiten die Bürger in den Städten geläutet, wenn Gefahr im Verzuge war. Auch heute noch wird in manchen Städten, in denen keine Berufsfeuerwehr besteht, beim Ausbruch eines Feuers Sturm geläutet, d. h., die Bewohner sollen sich sammeln, um gemeinsam die Gefahr zu bekämpfen. Da in dem nächsten Satze des Artikels Bezug genommen wird auf Livland, Finnland, Polen, so ist damit wirklicher gewaltsamer Kampf gemeint und das Wort nicht symbolisch gebraucht worden. Und wenn auch nur der Generalstreik gemeint sei, so ist damit der Tatbestand des § 130 bereits erfüllt. Der Generalstreik ist nichts weiter als die Stille vor dem Sturm. Der Generalstreik muß und soll zu Not und Hunger führen, da er von denen angewandt wird, die nichts besitzen. Ein Arbeiter, der hungert, ist kein denkender Mensch mehr; ein solcher handelt bloß noch instinktiv. In Nordfrankreich hat man jetzt Gelegenheit, sich davon zu überzeugen. Wenn in Deutschland die sozialdemokratische Presse fortfährt so zu hetzen, dann kommt es hier ebenso. Das wissen auch die Führer. Auf dem Parteitag in Jena ist von einem einflußreichen Führer gesagt worden: „Erst müsse die Not unter den Massen ausbrechen, dann folge die Erbitterung!“ Als jemand dazwischen rief: „Habt Ihr die Massen noch in der Gewalt?“ hat man diesen Ausspruch gar nicht beachtet. Wer solche Artikel verfaßt, erfüllt den Tatbestand des § 130. Er beantrage deshalb drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, ersuchte um Freisprechung des Angeklagten. Er führte aus: Die Anklage habe eine eigentümliche Geschichte. Der beanstandete Artikel sei am 24. Dezember 1905 erschienen. Der Vertreter der Anklagebehörde werde zugeben müssen, daß er jede Nummer der „Volksstimme“ sofort nach dem Erscheinen lese und trotzdem sei er wegen des Artikels nicht eingeschritten. In der Verhandlung wegen des Artikels „Frei Preußen“ habe der Staatsanwalt die „Christpredigt“ verlesen lassen, um den Ton der „Volksstimme“ zu charakterisieren. Daß die Predigt aufreizend sei, habe er damals noch nicht behauptet. Erst einige Tage nach jener Verhandlung, die mit der Freisprechung des Angeklagten endete, sei es ihm, drei Monate nach dem Erscheinen der „Christpredigt“, eingefallen, daß sie eine Aufreizung enthalte und er habe die Anklage erhoben. Das Landgericht habe aber in seinem Urteil in der den Aufsatz „Frei Preußen“ betreffenden Strafsache bereits ausgeführt, daß die Predigt nicht aufreizend sei. Diese Feststellung werde heute zu wiederholen sein. Die Predigt fordere in leidenschaftlicher Sprache zum schärfsten Kampfe um die Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Rechte auf, mit keinem Wort sei aber angedeutet, daß dieser Kampf anders als in gesetzlicher Weise geführt werden solle. Der Vorsitzende habe den Angeklagten gefragt, ob er nicht zugeben müsse, daß der Artikel Uebertreibungen enthalte, namentlich in der Schilderung der Lage der Arbeiter. Der Angeklagte habe die Frage mit Recht verneint. In dem Werke des Nationalökonomen Sax über die Lage der Arbeiter im Meininger Oberlande, in den Protokollen über die Enqueten der Reichskommission für soziale Statistik fänden sich klassische Dokumente dafür, daß die Schilderung der Predigt wahrheitsgemäß sei. Und welche Summe von Arbeiterelend würde durch eine allgemeine Enquete über die Lage der ländlichen Proletarier aufgedeckt werden, die allerdings aus naheliegenden Gründen unterbleibe. Aber sei dem wie ihm wolle, eine Uebertreibung sei noch keine Aufreizung. Bei dem Hinweis auf die Vorgänge in Livland, Finnland und Polen sei es dem Verfasser um die Sache, das Streben nach einem menschenwürdigen Dasein, zu tun gewesen, nicht um die Form, die revolutionären Erhebungen. Die deutsche Sozialdemokratie habe stets die Ansicht vertreten, daß die russischen staatsrechtlichen Verhältnisse die Anwendung von Gewalt zur Beseitigung des Absolutismus rechtfertigten, daß aber in Deutschland, wo das Vorhandensein eines Parlaments, das Koalitions- und das Versammlungsrecht einen Kampf mit gesetzlichen Mitteln gestatteten, die Anwendung von Gewalt auf politischem Felde ein Verbrechen sei. Die deutsche Sozialdemokratie könne denn auch mit Stolz darauf hinweisen, daß in den über vierzig Jahren ihres Bestehens auch nicht der kleinste Putsch sich ereignet habe, daß Attentate, die früher in politisch erregten Zeiten häufig gewesen seien, gar nicht mehr vorkämen. Wenn der Staatsanwalt der Ansicht sei, daß eine Agitation für den Massenstreik eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten in sich enthalte, weil ein solcher Streik ohne Gewalttätigkeiten nicht verlaufen könne, so sei das seine Meinung, nicht die des Angeklagten. Mit demselben Rechte könne man die Agitation für einen Bergarbeiterstreik, der auch Hunderttausende in Mitleidenschaft ziehe, als einen Appell an die Gewalt bezeichnen. Ein Massenstreik könne sehr wohl friedlich verlaufen. Werde er allgemein durchgeführt, so bleibe den herrschenden Klassen nichts übrig, als nach wenigen Tagen nachzugeben. Seien die Massen für ihn nicht zu haben, so müsse er nach wenigen Tagen aufgegeben werden. In beiden Fällen könne er also nur kurze Zeit dauern, und es könne nicht schwer sein, eine kurze Spanne Zeit hindurch geschulte Massen in guter Ordnung zu halten. Aus all diesen Gründen beantrage er die Freisprechung des Angeklagten.

Ergänzung der Beweisaufnahme.

Nach dreiviertelstündiger Beratung tritt das Gericht noch einmal in die Verhandlung ein, um näheren Aufschluß über den bisherigen Lebenslauf des Angeklagten zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit wünscht der Staatsanwalt zu wissen, ob der Angeklagte als Redner ausgebildet resp. tätig gewesen ist. Ferner teilt Herr Hildebrandt folgendes mit: Der „Vorwärts“-Konflikt sei dadurch entstanden, daß nach Meinung der Berliner Preßkommission die Redakteure nicht scharf genug geschrieben hätten. Da die Magdeburger Preßkommission das Vorgehen der Berliner gutgeheißen habe, so sei anzunehmen, daß dadurch sich der Angeklagte veranlaßt gesehen habe, nunmehr auch schärfere Artikel zu veröffentlichen.

Für den Angeklagten sowohl wie für den Verteidiger war es ein leichtes, die irrige Ansicht des Staatsanwalts zu widerlegen. Rechtsanwalt Landsberg meinte, daß dieser Vorgang unmöglich zu einer bessern Fundamentierung der Anklage dienen könne.

Das Urteil.

Ohne daß sich das Gericht nochmals zur Beratung zurückzieht, verkündet der Vorsitzende das Urteil. Danach ist es lediglich der letzte Absatz des Artikels, der den Tatbestand des § 130 erfüllen soll. Nach Ansicht des Gerichts sind hier verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgereizt worden. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, so führte der Vorsitzende aus, daß die meisten Leser des Artikels organisierte Arbeiter sind. Diese werden aufgereizt gegen eine andre Klasse, das sind die Arbeitgeber. Objektiv betrachtet wird zu Gewalttätigkeiten angereizt. Bei unbefangener Durchlesung der angeführten Sätze muß man sich sagen, die Lichter, die angezündet werden sollen, weisen auf die Flammen hin, die in Livland, Finnland und Polen durch das Anzünden der Fabriken und Güter der Arbeitgeber aufgelodert sind. Dadurch, daß so unvermittelt auf Rußland hingewiesen wird, ist nicht nur das Ziel der dortigen Bewegung, die Erreichung der Freiheit, sondern auch deren gewaltsame Mittel den Lesern des Artikels empfohlen worden. Es fragt sich nur, ob in subjektiver Beziehung dem Angeklagten der Dolus zum Bewußtsein gekommen ist. Der Angeklagte hat gesagt, daß nur zum Ausdruck kommen sollte, das Ziel, die Freiheit solle nur auf gesetzlichem, nicht gewaltsamem Wege erreicht werden. Die Unrichtigkeit dieser Auffassung ist ihm nicht nachgewiesen. Da also dem Angeklagten das Bewußtsein gefehlt hat, sich strafbar gemacht zu haben, wird derselbe von Strafe und Kosten freigesprochen. —

Eine „gelbe“ Gewerkschaft in Magdeburg.

Es ist zwar anzunehmen, daß die meisten unsrer Leser wissen, was sie unter einer „gelben“ Gewerkschaft zu verstehen haben, aber es kann trotzdem nicht schaden, bevor wir auf unser eigentliches Thema übergehen, das Wesen dieser merkwürdigen Gebilde zu schildern. Um es kurz zu sagen: Gelbe Gewerkschaften sind Gewerkschaften, die nur ein Gewerkschaftsprinzip haben: den Streikbruch. Es sind Hilfstruppen, die sich das Kapital aus den Reihen der Arbeiter angeworben hat, organisierte Verräter, die bei Lohnbewegungen ihren kämpfenden Genossen in den Rücken fallen sollen. Das Motiv, das ihre Mitglieder bei ihrem schamlosen Tun leitet, ist in den meisten Fällen wohl nicht die niedrige Gesinnung, die ihre Freude hat, wenn sie das Streben andrer zu nichte machen kann. Es gibt selbstverständlich auch solche Lumpen bei den „Gelben“. Aber die meisten sind nicht niederträchtig, sondern dumm, im besten Fall unwissend. Sie glauben den schwatzschweifigen sozialpolitischen Scharlatanen, die im Kapitalistensolde stehen und die „Harmonie der Interessen“ zwischen Arbeit und Kapital predigen. Unselbständige Charaktere, denen ein Händedruck oder ein wohlwollendes Lächeln irgend eines geriebenen Ausbeuters mehr wert ist wie anständige Behandlung, anständiger Lohn und menschenwürdige Arbeitszeit, vor jedem Werkmeister katzbuckelnde, vor dem Betriebsvorsteher schweifwedelnde und vor dem gnädigen Herrn Fabrikanten in Demut ersterbende Jammerlappen, das sind für gewöhnlich die „Gelben“. Dazu kommen die ganz Unaufgeklärten, mit deren Unwissenheit, Weltfremdheit und treuherzigem Glauben von gerissenen Handlangern des Unternehmertums ein frevles Spiel getrieben wird. Gewöhnlich aber nicht sehr lange, weil die letztere Kategorie im Kerne unverdorben ist und bloß die richtige Anschauung von der schmutzigen Rolle, die man ihr zumutet, erhalten muß, um den Weg in die Reihen der organisierten Arbeiter zu finden.

Glücklicherweise sind unter den deutschen Arbeitern aber die Charaktereigenschaften, die ein „Gelber“ haben muß, außerordentlich selten. Wo man auch die Streikbrecher planmäßig zu organisieren versuchte: Es blieb immer ein kleines Häuflein, das unter der allgemeinen Verachtung aller anständigen Leute entweder bald wieder auseinanderlief oder im Dunkeln ein scheues Dasein fristete. Ernst hat man diese Hilfstruppen der Unternehmer nie genommen, nie nehmen brauchen, und wenn wir uns an dieser Stelle mit einer in Magdeburg gegründeten, gelben Gewerkschaft beschäftigen, so nicht deshalb, weil wir ihr irgend eine Bedeutung beilegen. Wir genügen lediglich unsrer Pflicht als gewissenhafter Registrator der Zeitereignisse, wenn wir nach dem Statut der hiesigen gelben Gewerkschaft, das uns dieser Tage in die Hände fiel, ein kleines Charakterbild dieser würdigen Gesellschaft entwerfen, die ausschließlich von der heiteren Seite aufzufassen ist. Im übrigen aber wissen die Magdeburger Arbeiter ja, wie sie sich den Mitgliedern dieser merkwürdigen Organisation gegenüber zu verhalten haben. Die Irregeleiteten werden sie über ihre wahren Interessen leicht aufklären können, die aus Mangel an Intellekt den kapitalistischen Rattenfängern Nachlaufenden werden sie bedauern und die Lumpen, die Freude am Niederträchtigen in die gelbe Gewerkschaft getrieben hat, die sind ihrer gerechten Verachtung überantwortet.

Die hiesige „gelbe“ Gewerkschaft führt den Namen: Verband reichstreuer Arbeiter. Sie verdankt ihre Entstehung dem glorreichen Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie und ist noch sehr jungen Datums. Zweck des Verbandes ist nach § 1 des Statuts „alle patriotisch gesinnten, Kaiser und Vaterland liebenden Arbeiter zur Pflege und Betätigung ihrer patriotischen Gesinnung, zum Schutze der Mitglieder gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen, endlich zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vereinigen“.

Der nächste Paragraph erzählt uns dann, daß dieses Ziel erreicht werden soll „durch Herstellung und Erhaltung eines friedlichen, freundlichen Verkehrs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (man beachte besonders diesen Passus! Die Red.), rege Beteiligung an allen öffentlichen Wahlen“, Vergnügungen und schließlich auch durch Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und „Aussperrung infolge sozialdemokratischer Streiks“ (was wieder zu beachten ist. Die Red.). Allzu fett sollen diese Unterstützungen allerdings nicht sein. Im Höchstfall können 20 Mk. gewährt werden, bei 50 Pfennig Eintrittsgeld und 30 Pfennig Beitrag eigentlich ein bißchen wenig. Der Reichsverband will doch hoffentlich nicht die „Arbeitergroschen“ zur Entlastung der Millionäre in seinen Reihen benutzen, indem er für seine eigentlichen Zwecke die Gelder des reichstreuen Arbeiterverbandes verwendet? Uebrigens sollen die Mitglieder noch einen Vorteil — neben den mageren Unterstützungen und den fragwürdigen patriotischen Genüssen am 27. Januar und 2. September — haben, sie dürfen nämlich als — Streikbrecher tätig sein, wie sich das ja für eine richtige gelbe Gewerkschaft gehört. Das wird im § 3 so ausgedrückt: „Der Vorstand hat Fühlung mit den Arbeitgebern und den von diesen eingerichteten Arbeitsnachweisen zu unterhalten“. Lohnfragen sind auf „gütlichem Wege“ zu regeln. Die Mitglieder müssen 21 Jahre alt und dürfen weder Sozialdemokraten sein, noch „einer Gewerkschaft (man beachte auch diese Bestimmung. Die Red.) oder sonstigen Vereinigung mit sozialdemokratischer Tendenz angehören“. Damit soll wohl der Konsumverein gemeint sein! In diesen „Arbeiterverein“ dürfen aber auch „nicht dem Arbeiterstande angehörige Personen“ aufgenommen werden. Sie haben volles Stimmrecht, aber in den Vorstand dürfen sie nicht gewählt werden.

Sonst wäre noch zu erwähnen, daß „Vertrauensmänner“ gewählt werden sollen, die den Auftrag haben, Mitglieder anzuwerben und auf „ihre Zuverlässigkeit und patriotische Gesinnung“ zu prüfen, wovon man wohl bald etwas merken wird in den Eisenbahnwerkstätten und bei gewissen Unternehmern. Das wäre alles die Oeffentlichkeit aus dem Statut Interessierende. Bliebe noch mitzuteilen, daß in der „Redeordnung“ schon vorsichtshalber mitgeteilt wird, was der Vorsitzende zu tun hat, wenn die Versammlung einen „tumultuarischen Charakter“ annimmt und das Charakterbild des Verbandes reichstreuer Arbeiter, soweit es aus seinem Statut zu erkennen ist, wäre fertig.

Wir wünschen ihm viel Glück zu seiner Tätigkeit.

Die gelbe Gewerkschaft hat am Sonnabend ihre Versammlungstätigkeit eröffnet. Wie uns mitgeteilt wird, hatten sich in der „Reichshalle" etwa 40 bis 50 Personen eingefunden, worunter kaum ein Dutzend das Aussehen von Arbeitern hatte. Die „Magdeburgische Zeitung" nennt das einen „starken Besuch". Den Vorsitz führte ein gewisser Baumgartel. Der Mann ist vom Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie in einem seiner Kurse auf Sozialdemokraten dressiert worden. Zu seiner Charakteristik mag folgender Fall dienen. Baumgartel interessiert sich selbstverständlich sehr für die „Volksstimme", das Abonnement scheint diesem Sozialistentöter aber zu teuer zu sein, denn er veranlaßte einen mit ihm zusammen wohnenden Arbeiter, gemeinschaftlich mit ihm die „Volksstimme" zu lesen. Aus welchen Gründen er sich für die „Volksstimme" interessierte, verschwieg der Herr Baumgartel, sein Mitleser erfuhr es aber aus einer unsrer früheren Veröffentlichungen und sagte dem sauberen Kumpan natürlich die Freundschaft auf. Da der Herr Baumgartel nun niemand mehr findet, der mit ihm unser Blatt halten will, liest er es nun in Wirtschaften usw. Der Reichsverband sollte ihm doch ein Abonnement bezahlen, wenn Herr Baumgartel selbst es sich nicht leisten kann, denn die die jetzige Methode des „Volksstimme"lesens könnte leicht zur Folge haben, daß der Leiter der gelben Gewerkschaft das für ihn wichtigste übersieht.

Besagter Baumgartel also ist der Vorsitzende des Verbandes reichstreuer Arbeiter. In seiner Eröffnungsrede führte er die gelben Gewerkschaften in Frankreich als Muster vor und bewies damit, wie zutreffend unsre vorstehende Charakteristik dieser Organisation ist. Denn die gelben Gewerkschaften in Frankreich sind Streikbrechervereine ohne alle schützende Verbrämung. Ihr einziger Vereinszweck ist, bei Streiks ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, und wenn der Vorsitzende des Verbandes reichstreuer Arbeiter diese Streikbrecherverbände als Vorbild hinstellt, so beweist das noch besser wie die Bestimmungen des Statuts, daß alle die Phrasen von „Königstreue", „Vaterlandsliebe" und Ordnungsschutz nur dazu dienen sollen, den Hauptzweck des Vereins, den organisierten Streikbruch, zu verdecken.

Hauptredner war der Regierungsbaurat Mackensen, gewiß ein geeigneter Wortführer der Arbeiter. Er erzählte Schauergeschichten von sozialdemokratischem „Terrorismus", rühmte den Mut der „starken Männer", die da in der „Reichshalle" hinterm Bierkrug saßen, donnerte über die „Knechtschaft" der sozialdemokratischen Partei, die alle denkenden Arbeiter zum Widerstand veranlassen müsse und stellte den „Denkern" reiche Unterstützung in Aussicht. Ein ungenannter Spender, der Wert darauf legt, daß seine Anonymität erhalten bleibt, hat den „Reichstreuen" denn auch bereits 210 Mark überwiesen. Man kann sich denken, in welchen Kreisen dieser Wohltäter zu suchen ist.

Ueber welch' blühende Phantasie diese Kämpen gegen den Sozialismus verfügen, geht daraus hervor, daß der Herr Mackensen Posten der sozialdemokratischen Partei vor dem Versammlungslokal gesehen haben will. Die Leute müssen wunder denken, welche Bedeutung die Sozialdemokratie ihnen beimißt. In die Versammlung hatte sich allerdings ein Arbeiter verirrt, der zu vernünftig ist, um an dieser Gesellschaft Gefallen zu finden. Die Herren, die ihre paar Schäflein alle genau kennen, musterten den Fremdling sehr aufdringlich, worauf dieser sich entfernte. Das ist alles. Posten sind nicht ausgestellt worden, weil die Partei und die Gewerkschaften gar kein Interesse daran haben, zu erfahren, welches die Bedauernswerten denn eigentlich sind, denen von Bau-, Kommerzien-, Konsistorial- und Justizräten die unwürdige Rolle des Streikbrechers aus Prinzip zugemutet wird. —

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung.

Berlin, 25. April, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Prinz Hohenlohe, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Uebersicht der

Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1903.

Abg. Erzberger (Ztr.) weist auf die zahlreichen, bis zu 3—400 Proz. gehenden Etatüberschreitungen in den Kolonien hin. Derartige Ueberschreitungen dürfen wir nicht ohne weiteres hingehen lassen, wenn wir nicht das Budgetrecht des Reichstags völlig illusorisch machen wollen. (Sehr richtig! links.) Besonders arg ist in Kamerun gewirtschaftet worden, dessen Gouverneur v. Puttkamer jetzt noch einen württembergischen Orden erhalten hat. Diese Ordensverleihung ist ein wahrer Schwabenstreich. (Heiterkeit.) Der kolossale Verbrauch von Radiergummi in Kamerun konnte auf eine krankhafte Neigung der dortigen Beamten für Gummi hindeuten. (Heiterkeit.) Die Ausdehnung, die man dem Reservefonds gegeben hat, droht diesen so anschwellen zu lassen, daß er bald größer sein wird als der ganze Etat. Man sollte daher erwägen, ob man nicht den Reservefonds ganz streichen soll. (Bravo! im Zentrum und links.)

Geh. Legationsrat Seitz erklärt, daß der Reservefonds nur als Ausgleichfonds diene.

Direktor im Reichsschatzamt Twele bestreitet, daß irgendwie von absichtlicher Etatverletzung gesprochen werden könne.

Abg. Kopsch (Freis. Vp.): In bezug auf die Mißwirtschaft in den Kolonien muß ich mich dem Abg. Erzberger anschließen. In einigen unsrer Kolonien wird sparsam gewirtschaftet, aber Kamerun und Samoa bilden unrühmliche Ausnahmen. Bei der Zentralverwaltung von Kamerun ist der Voranschlag um 36 000 Mark überschritten worden. (Hört, hört! links.) Bei den „vermischten Ausgaben" beträgt die Ueberschreitung nahezu 100 Proz. Bisweilen hat freilich auch Herr v. Puttkamer zu sparen verstanden, so bei den Versuchsplantagen, den naturwissenschaftlichen Sammlungen, den Telegraphenleitungen. Dagegen ist der Voranschlag für Dampferfahrten um mehr als 63 Proz. überschritten worden. Das hängt vielleicht mit der Vorliebe des Gouverneurs für Vergnügungsfahrten nach Südwestafrika zusammen. Insgesamt betragen in Kamerun die Ueberschreitungen rund ¾ Millionen bei einem Gesamtetat von 3—4 Millionen. Das war nur möglich, weil die Verwaltung die Beschlüsse des Reichstags einfach mißachtete. Daß die Ueberschreitungen diese Höhe erreichten, erklärt sich daraus, daß der Gouverneur v. Puttkamer kein Verständnis für den Wert des Geldes hatte. Das soll ja vielfach bei jenen Kreisen vorkommen, die beim Spiel leicht mit Geld umgehen. Der Kollege Erzberger machte die interessante Mitteilung, daß Herr v. Puttkamer einen württembergischen Orden erhalten hat. In Württemberg ist Herr v. Soden Minister. Dieser Herr v. Soden wurde vom Reichskanzler Grafen Caprivi zum Bericht über Herrn v. Puttkamer aufgefordert, als es sich darum handelte, diesen zum Gouverneur von Kamerun zu machen. In diesem Briefe heißt es u. a., daß Herr v. Puttkamer einen bedenklichen Rückfall in seine Spielpassion gehabt habe (Hört, hört! links), daß ein großer Leichtsinn und eine bodenlose Wummelei in Geldsachen das Charakteristische in Puttkamers Charakter sei. (Hört, hört!) „Wo ich Gelegenheit hatte," schrieb damals Herr v. Soden, „auf die Spuren des Herrn v. Puttkamer zu stoßen, überall hatte er einen Pump etabliert." (Große Heiterkeit und Hört, hört! links.) Herr v. Soden bezeichnet schließlich die Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Gouverneur als einen sehr gewagten Schritt, den man, wenn überhaupt, dann nur mit allen möglichen Mantelen, also besonders mit einem möglichst langen Provisorium, tun dürfe. Statt diesem Rat zu folgen, hat man Herrn v. Puttkamer sofort zum Gouverneur von Kamerun gemacht. Die jetzigen Ueberschreitungen, die die Rechnungskommission wohl genau nachprüfen wird, zeigen, wie berechtigt die Mahnung des Herrn v. Soden war. An der Mißwirtschaft des Herrn v. Puttkamer tragen diejenigen einen großen Teil der Schuld, die ihn zum Gouverneur gemacht haben, sowie auch die, die ihn bis zu dieser Stunde auf seinem Posten gelassen haben. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Bachem (Ztr.) rügt ebenfalls die vielen Etatüberschreitungen, besonders in der Kameruner Verwaltung, und regt an, als Abhilfsmittel eine Instanz für Rechnungssachen im Reichsschatzamt zu schaffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Erzberger (Ztr.) weist darauf hin, daß derartige Etatüberschreitungen in Togo nicht vorgekommen sind, obwohl dort die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Kamerun. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Uebersicht wird der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der

Novelle zum Schutztruppengesetz.

Die Novelle dehnt die bisher nur für Südwestafrika zulässige Möglichkeit der Einstellung weißer gemeiner Soldaten in die Schutztruppen auf die andern Schutzgebiete aus und regelt die Pensionsverhältnisse der Angehörigen der Schutztruppen dahin, daß für die Berechnung des pensionsfähigen Diensteinkommens und der Pensionserhöhung die Charge maßgebend sein soll, welche die Betreffenden bei Fortsetzung ihres Dienstverhältnisses in der Heimat erreicht haben würden.

Abg. Engelen (Ztr.) beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Prinz Hohenlohe erklärt, daß auch nach Ablehnung der weißen Schutztruppe für Ostafrika die Regierung sich die Möglichkeit der Einstellung weißer Soldaten in den Kolonien sichern müsse.

Abg. Hagemann (natl.) bedauert die Ablehnung der weißen Schutztruppe und ist für Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Hiermit schließt die Debatte und die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,

Haftung des Tierhalters.

Dem Paragraphen soll folgender Satz hinzugesetzt werden: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu dienen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde."

Staatssekretär Dr. Nieberding empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Redner geht ausführlich auf die Verhandlungen über den Paragraphen 833 gelegentlich der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zurück und erklärt, daß die Regierung damals nur widerwillig und um nicht das ganze gesetzgeberische Werk scheitern zu lassen, die Fassung akzeptiert habe, die der Reichstag damals in dritter Lesung dem Paragraphen gab. Diese Fassung entspricht dem französischen Recht, widerspricht aber dem deutschen Volksempfinden und dem deutschen Volksrecht. Daher haben auch Länder, wie Baden und die Schweiz, die das französische Recht aufgenommen haben, sich ihm in diesem Punkte nicht angeschlossen. Einem Beschluß des Reichstags zufolge legen wir Ihnen daher diese Vorlage vor. Ich bitte Sie insbesondere zu berücksichtigen, daß jetzt wohl der große Besitzer sich versichern kann, nicht aber der kleine Mann, der mit seinem Pferde oder mit seinem Hundekarren in die Stadt fährt, oder auf dem Lande mit seinem Esel herumziehi. (Beifall rechts.)

Abg. v. Treuenfels (kons.) dankt namens seiner Freunde die Regierung für die Vorlage. Von einer agrarischen Tendenz kann keine Rede sein. (Oho! b. d. Soz.)

Abg. Dasbach (Ztr.) erklärt sich im Namen seiner Freunde für die Vorlage.

Abg. Stolle (Soz.): Der Entwurf trägt überwiegend ein agrarisches Gepräge und die Agrarier waren es auch, die zuerst nach ihm riefen. Bezeichnenderweise beruft sich die Regierung in der Begründung der Vorlage auf das Gutachten der preußischen Landwirtschaftskammern. Es mag ja manchem Landwirt unbequem sein, wenn er für den von seinen Haustieren angerichteten Schaden vollständig Ersatz zu leisten hat; aber auf der andern Seite stehen doch Millionen von Leuten, die durch Tiere geschädigt werden können. Man hätte also auch bei den Geschädigten Ermittlungen anstellen müssen. Die Landwirte können sich ja gegen Haftpflichtleistung versichern und man sollte von Staats wegen diese Versicherung obligatorisch machen. Schon jetzt gibt es Institute, bei denen man sich für ein paar Mark mit Hunderttausenden versichern kann. Es liegt also gar kein Grund vor, jetzt schon wieder Aenderungen des erst so kurze Zeit bestehenden Rechts vorzunehmen. Wenn das Reichsgericht einige zu drakonische Urteile in dieser Sache gefällt hat, so ist doch jetzt eine Aenderung eingetreten, und das Reichsgericht ist zu milderen Urteilen gelangt. Ich habe so viel Vertrauen zu den deutschen Richtern (Hört, hört! rechts), daß ich glaube, sie werden hier auch das Richtige treffen. Wenn die Haftpflicht des Tierhalters abgeschafft wird, so hat eine ganze Reihe von kleinen Gewerbetreibenden Schaden davon. Ich kann den Reichstag im Interesse der Billigkeit und der Gerechtigkeit nur dringend bitten, seine Zustimmung zu dieser Lockerung der bestehenden Gesetzgebung nicht zu geben. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding weist auf einen Satz in der Begründung hin, worin es heißt: Ebenso hat sich die erhebliche Mehrzahl der preußischen Handelskammern für eine Milderung der Haftpflicht ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Es sind auch nicht etwa bloß Preußen und Mecklenburg, sondern auch Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen befragt worden. Wir haben Erhebungen bei den Landes- und Oberlandesgerichten angestellt und uns auch bei den Vertretern des Lohnfuhrwerks, also städtischen Gewerbetreibenden, erkundigt. Wie kann man da von einer agrarischen Interessenpolitik sprechen? (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Held (natl.) begrüßt die Vorlage. Das jetzige Gesetz ist geradezu ein Ausnahmegesetz gegen die Tierhalter. (Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Schon daraus, daß die Handelskammern zugestimmt haben, ergibt sich, daß es sich um kein agrarisches Gesetz, sondern um ein Gesetz zum Schutze kleiner Gewerbetreibender handelt. Gewiß ist es für den Verletzten schlimm, keine Entschädigung zu erhalten. Aber wenn jemand vom Blitz getroffen wird, erhält er auch keine Entschädigung. (Lachen links.) Einmal kam folgender Fall vor. Ein Hund jagte eine Katze, die Katze sprang auf eine Kuh, die Kuh schlug aus und verletzte ein Milchmädchen. Wer haftet nun? der Besitzer des Hundes oder der Katze oder der der Kuh? (Große Heiterkeit.) Solchen Zuständen muß die Gesetzgebung möglichst rasch abhelfen. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. Schrader (Freis. Vg.): Die Vorlage ist inkonsequent. Will man die Haftpflicht für den durch Haustiere verursachten Schaden beseitigen, so muß man auch die Haftpflicht der Luxustierhalter beseitigen. Es geht nicht an, so einfach den ganzen Schaden auf den Verletzten zu werfen. Die Vorlage, die den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet, befolgt ja auch die umgekehrte Tendenz und macht die Automobilbesitzer auch für unverschuldeten Schaden haftbar.

Abg. Brunstermann (Rp.): Das bestehende Recht ist direkt unmoralisch. Nach ihm wäre der barmherzige Samariter, wenn sein Esel beim Transport gestürzt wäre, noch zur Zahlung einer Rente an die Witwe des Reisenden, der unter die Räuber fiel, verurteilt worden. (Heiterkeit rechts.) Die Vorlage geht uns noch nicht weit genug, und wir behalten uns Abänderungsanträge vor.

Abg. Burlage (Ztr.): Wohl spricht für das Gesetz das schöne und zukunftsreiche Gefährdungsprinzip. Aber diesem Prinzip darf keine allzuweite Ausdehnung gegeben werden. Es ist etwas andres, wenn ein reicher Automobilbesitzer oder ein wenig leistungsfähiger Tierhalter den Schaden ersetzen soll. Wenn ein sonst frommes Pferd von einer giftigen Fliege gestochen wird und beim Ausschlagen vielleicht einen Familienvater tötet oder verletzt, so ist das eine Zufälligkeit, für die niemand haftet. Selbst in Frankreich sind die einschlägigen Bestimmungen nicht so rigoros ausgelegt worden wie in Deutschland. Diese rigorose Auslegung ist es, die uns zur Aenderung des bestehenden Gesetzes nötigt. Ich bin daher für die Vorlage.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Herr Held erklärte es für die denkbar größte Ungerechtigkeit, daß jetzt unter Umständen derjenige, der durch ein Tier körperlich verletzt wird, den Ersatz des materiellen Schadens beanspruchen kann. Will Herr Held diese Ungerechtigkeit beseitigen, dann sollte er eine gründliche Reform des Bürgerlichen Gesetzbuchs beantragen mit Beseitigung jeder Schadenersatzpflicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist noch nicht dagewesen, daß die Regierung bereit war, auf einen Initiativantrag hin so schnell eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Sie wäre kaum so schnell bereit gewesen, wenn der Reichstag etwa eine Aenderung zugunsten der durch Tiere verletzten Personen beschlossen hätte. (Sehr wahr! b. d. Soz. Zuliebe der Agrarier aber wird gleich das Bürgerliche Gesetzbuch umgekrempelt. (Sehr wahr! b. d. Soz., Gelächter rechts.) Hauptsächlich kommen Pferde und Zughunde respektive Esel für die Beschädigungen von Menschen in Betracht. Wenn die Regierung den kleinen Tierhalter entlasten wollte, so hätte sie dafür sorgen sollen, daß die Haftpflichtversicherung und die Unfallversicherung mehr ausgebaut wurde. Man könnte wohl den Tierhalter mehr entlasten, ohne daß man den Geschädigten und den Krüppeln die Entschädigung versagt. Der Herr Staatssekretär berief sich für die Notwendigkeit der Vorlage auf eine Reichsgerichtsentscheidung, die das Rechtsgefühl weiter Kreise verletzt hätte. Auf dem Gebiete der Strafjustiz sind sehr viele Urteile gefällt worden, die das Rechtsgefühl noch weit mehr verletzten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verurteilungen streikender Arbeiter wegen Erpressung und die Anwendung des groben Unfugparagraphen haben dem allgemeinen Rechtsbewußtsein weit mehr ins Gesicht geschlagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Tat ist nicht das zarte Rechtsbewußtsein der Grund für die Aenderung des § 833, sondern das Interesse der Agrarier. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie (nach rechts) setzen hier das Reichsgericht in den Augen der Besitzenden so herunter, daß demnächst kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nehmen wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) In dieser ganzen Frage kommen wichtige soziale Gesichtspunkte zur Entscheidung. Ich erinnere daran, wie Nationalliberale, Zentrum und Konservative im Abgeordnetenhause sich darüber entrüstet haben, daß Kindern auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes Renten zugesprochen werden. Daß fünfjährige Kinder ausgebeutet und im Betriebe zu Krüppeln werden, das ist den Herren einerlei. Als Ungeheuerlichkeit empfinden sie nur, daß diese Kinder dann Rente erhalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Derselbe Gedanke ist auch der Grundzug dieses Gesetzes. Und die Regierung wagt es nicht, den Agrariern zu widersprechen. Wenn die Regierung sich wieder einmal mit ihren sozialen Leistungen auf Weltausstellungen brüstet, dann möge sie auch diesen Gesetzentwurf mit ausstellen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Gesetzgebung so sozial ist, daß sie die Großgrundbesitzer sogar mit Pfennigen der Krüppel, Witwen und Waisen bereichert. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hilpert (Wirtsch. Vg.) spricht sich für das Gesetz aus. Der Tierhalter soll von der Haftpflicht doch nur befreit werden, wenn er alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hat.

Abg. Stolle (Soz.): Daß die Handelskammern sich in demselben Sinne geäußert haben wie die Landwirtschaftskammern, ist gar nicht wunderbar. Denn auch in ihnen sitzen viele Tierhalter. Herr Gröber hat sich seinerzeit ganz anders geäußert wie heute Herr Burlage. Er hielt es für eine Forderung der Gerechtigkeit, daß derjenige den Schaden, den ein Tier anrichtet, tragen solle, der den Nutzen von dem Tiere habe. Wenn man hier das Bürgerliche Gesetzbuch ändert, warum dann nicht auch beim Wildschaden? Freilich, so bereit zur Gesetzesänderung ist die Regierung nur, wenn es Herr Ballin wie bei der Seemannsordnung oder hier die Agrarier verlangen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. Burlage (Ztr.) polemisiert, auf der Tribüne unverständlich, gegen den Abg. Stolle.

Abg. Storz (Deutsche Vp.) steht der Vorlage wohlwollend gegenüber, wünscht aber eine bessere Fassung derselben.

Damit ist die erste Beratung erledigt. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung sofort im Plenum erfolgen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Diätenvorlage, Automobilhaftpflichtgesetz, Vogelschutzgesetz und Wahlprüfungen.)

Schluß 5¾ Uhr. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Halberstädter Malermeister befinden sich infolge des Malerstreiks in großer Verlegenheit. Sie wenden sich in Inseraten der bürgerlichen Presse an das Publikum, erzählen ihm, der Streik sei „ohne Grund" ausgebrochen, und bitten die Aufträge nach Möglichkeit von ihnen ausführen zu lassen und „nicht durch anderweites Vergeben der Arbeiten das Pfuschertum zu unterstützen und den Streikenden das Rückgrat zu stärken". Also ohne Grund soll der Streik ausgebrochen sein? Was doch das Publikum und die verehrte Kundschaft den Malermeistern nicht alles glauben soll! Unsre Leser sind ja bereits von den Ursachen des Streiks unterrichtet. Die Bürgerschaft wird es nun auch erfahren, indem die „Allgem. Ztg." unsre Notiz über den Malerstreik wörtlich abgedruckt hat mit dem Bemerken, die Malermeister möchten sich dazu äußern. Wir sind nun neugierig, wie die Malermeister die Sache darstellen werden und wie sie den Bruch des Lohntarifs rechtfertigen. —

Achtung, Tischler! In Cöthen haben bisher die Tischler in 4 Werkstätten mit 84 Beschäftigten die 9½stündige Arbeitszeit und 3 Pfg. pro Stunde Lohnerhöhung bei 36 Pfg. Minimallohn durchgeführt. In der Bewegung befinden sich noch 6 Werkstätten mit 25 Beschäftigten. Vor Zuzug von Tischlern nach Cöthen wird deswegen dringend gewarnt. — In Eisleben befinden sich seit 9. April sämtliche 28 Tischler, Maschinenarbeiter und Drechsler der Möbelfabrik von E. Berger wegen Vertragsbruchs des Unternehmers und Maßreglung organisierter Kollegen im Ausstande. Durch Inserate in verschiedenen, sogar böhmischen Zeitungen sollen jetzt unter weitgehendsten Versprechungen unorganisierte Kollegen nach dort gelockt

werden. Es wird deswegen ersucht, die Sperre über diesen Betrieb strikte zu beachten. —

Der Streik der Schmiede in der Dessauer Waggonfabrik, Akt.-Ges., dauert unverändert fort. Zuzug von Schmieden ersuchen wir fern zu halten. Die Firma benutzt die Presse im Reiche, um Arbeitswillige heranzubekommen. (Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.) —

Zum Hamburger Seemannsausstand berichten bürgerliche Blätter: Gestern nacht 1 Uhr verübten etwa 300 ausständige Seeleute, die an einer Versammlung in Altona teilgenommen hatten, auf der Grenze von Hamburg und Altona am Nobistor einen Tumult durch Johlen. Einer der Ausständigen ging in einen Neubau, nahm einige Mauersteine und forderte die Menge auf, dasselbe zu tun, offenbar (!) in der Absicht (woher kennt die bürgerliche Presse diese Absicht?), die Schutzleute anzugreifen. Der Aufreizer wurde verhaftet und die Menge schließlich von Hamburg-Altonaer Polizeimannschaften auseinandergetrieben. —

Die Bremer Stellmacher befinden sich im Streik. Die minimalen Forderungen, welche sie an die Meister stellten, wurden abgelehnt. Die Meister suchen nun durch Annoncen in auswärtigen Zeitungen Ersatz für die Streikenden heranzuziehen. Sämtliche Kollegen werden dringend ersucht, Bremen zu meiden, damit die Bremer Meister mit der Zeit zu der Einsicht kommen, daß es am besten ist, sich mit den Streikenden zu verständigen. —

Die Aussperrung der Textilarbeiter am Niederrhein geht ihrem Ende entgegen. Die Arbeiterschaft der Firma S. u. H. Meyer verständigte sich mit der Firma und nimmt heute die Arbeit wieder auf, worauf die Aufhebung der Generalsperre erfolgt. —

g. Lohnbewegungen in Franken. Die Maurer Würzburgs haben den Unternehmern Forderungen unterbreitet und bis 29. April Antwort verlangt. Verlangt wird in der Hauptsache die 10stündige Arbeitszeit, Festsetzung eines Minimallohnes von 48 Pfg. pro Stunde, möglichste Einschränkung der Ueberstunden 2c. — In Schweinfurt haben die Schreiner die Kündigung eingereicht, weil ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. — In Schwabach bei Nürnberg sind die Zimmerleute in eine Bewegung eingetreten. —

l. **Die „Ehrenmänner".** In Augsburg sind die Former und Gießereiarbeiter dreier Firmen in den Ausstand getreten. Nach dreitägigem Kampfe hat eine Firma, die Zahnräderfabrik Renk, fast sämtliche Forderungen bewilligt. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinler haben an diesem Erfolg keinen Anteil, sie hatten offiziell auf Vorschlag des Oberhirschen Rieger, des besoldeten Beamten des Gewerkvereins, Streikbruch beschlossen, und als dieser Herr Rieger diesen famosen Beschluß nach einiger Mühe in der Tasche hatte, erklärte er in seiner Versammlung: „So, jetzt haben wir gezeigt, daß wir Ehrenmänner sind!" Solche „Ehrenmänner" gibt es bekanntlich noch mehrere — zur Freude des Unternehmertums. — In den übrigen Betrieben sind die Former noch im Ausstand. Zuzug von Formern nach Augsburg ist fern zu halten. —

Die Breslauer Polizei „ermittelt". Bei den Aerzten stellt die Polizei seit einigen Tagen Nachfragen darüber an, in welchem Umfange sie von Säbelhieben Verletzte verbunden haben. Ferner hat eine große Anzahl Personen, u. a. auch Redakteure der „Volkswacht", Vorladungen zur Vernehmung erhalten. Die am meisten an der Sache interessierte Polizei führt nämlich selbst die Untersuchung — das gehört so zu unsrer herrlichen Rechtspflege! —

Der Textilarbeiterausstand in Königinhof (Böhmen) ist beigelegt worden. —

Die französische Streikbewegung. In Nordfrankreich scheint die Streikbewegung abzuflauen. Die Hüttenarbeiter in Hennebont verhinderten die Ausladung eines Transportschiffes und veranstalteten sodann unter Absingung von revolutionären Liedern eine Kundgebung, an der auch viele Frauen teilnahmen. In Marseille traten 1250 Druckereiarbeiter in Ausstand, in Paris haben 600 Erdarbeiter der Untergrundbahn die Arbeit niedergelegt, außerdem kündigten die Maler zum 1. Mai den Ausstand an. —

Provinz und Umgegend.

Cracau, 25. April. (Wahlvereins-Versammlung.) In der am Sonntag abgehaltenen Monatsversammlung wurde der Kassenbericht für das erste Quartal 1906 gegeben und hierauf dem Kassierer Decharge erteilt. Danach erstattete Genosse Weidner den Bericht von der Delegiertenkonferenz in Burg. Dann wurden die Statuten des Kreises Jerichow 1 u. 2 durchberaten; die Versammlung erklärte sich im allgemeinen mit der Fassung einverstanden. Als Delegierte zu der am 13. Mai in Gommern stattfindenden Generalversammlung wurden die Genossen Weidner, Töpel und Polte gewählt. Da Genosse Kut seinen Posten als Vertrauensmann endgültig niedergelegt hat, wird Genosse Buchmann als solcher gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes" entspann sich über die Lokalfrage eine längere Debatte. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, unter Hinzuziehung einiger Parteigenossen sich mit dieser Frage einmal ernstlich zu beschäftigen. Hierbei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die „Schweizerhalle", jetzt „Cracauer Konzert- und Bauhaus", für Parteigenossen keine Unterkunft bietet, da die Inhaber keine Arbeiter als Gäste haben wollen. Dies allen Arbeitern von Cracau und Umgegend zur gefälligen Kenntnis. Weiter wurde an die Solidarität der Arbeiter appelliert, daß sie ihren Bedarf mehr bei solchen Geschäftsleuten decken, welche die „Volksstimme" lesen und somit die Partei unterstützen. Bei der Feier am 1. Mai schließen sich die Arbeiter von Cracau den Magdeburger Genossen an. —

Groß-Ottersleben, 25. April. (Versammlung.) Am 22. d. M. tagte bei Strumpf die ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter. Der Referent konnte krankheitshalber nicht erscheinen. Der Kassierer erstattete die Abrechnung vom 1. Quartal. Der Bericht zeigt eine erfreuliche Entwicklung der Zahlstelle. Die Mitgliederzahl hob sich von 91 auf 229. An Erwerbslosenunterstützung wurden 201,70 Mk. gezahlt, hiervon für Arbeitslose 66,90 Mk. und für Kranke 134,80 Mk. Hieraus ist zu ersehen, wie erfolgreich in jeder Hinsicht die Erwerbslosenunterstützung gewesen ist. Ist doch manche Not damit gelindert worden, wenn der Familienvater arbeitslos oder krank war. Aber nicht nur wegen des Unterstützungswesens, sondern angesichts der heutigen Verhältnisse sind die Arbeiter gezwungen, sich zu organisieren, so wie sich die Arbeitgeber allenthalben verbinden. Mehrere Kollegen, die bei der Firma Köhne u. Böckelmann in Klein-Ottersleben in Arbeit stehen, brachten verschiedene Beschwerden vor. Die Pferdeknechte erhalten einen Wochenlohn von 15 Mk., eine jährliche Gratifikation von 90 Mk. und ¾ Morgen Kartoffelland, vorausgesetzt, daß sie das ganze Jahr aushalten. Wer z. B. gezwungen ist, vorher abzugehen, der geht der Gratifikation und des Ackers verlustig. Diese Art der Entlohnung muß abgeschafft und ein entsprechender Wochenlohn gezahlt werden, damit vorkommendenfalls der Arbeiter nicht benachteiligt wird, wie neulich bei dem Fall, den der Gutsverwalter Herr Kalthoff verursacht hatte. Dem betreffenden Arbeiter ist ein Schaden von zirka 70 Mk. dadurch entstanden, daß er etwas Rückgrat gezeigt hatte. Ueber diesen Herrn wird in der letzten Zeit überhaupt viel geklagt; jedenfalls wird sich die Oeffentlichkeit noch öfter mit ihm beschäftigen müssen, falls ihn der Chef der Firma nicht eines Besseren belehren sollte. Auch die lange Arbeitszeit von 13 bis 15 Stunden muß unbedingt verkürzt werden, damit den Leuten mehr Zeit zur körperlichen wie geistigen Erholung bleibt. Betreffs der geistigen Erholung und Ausbildung wurde von mehreren Kollegen die Gewerkschafts-Bibliothek am Orte wieder in Erinnerung gebracht und deren Benutzung, die unentgeltlich ist, empfohlen. Nachdem vom Vorsitzenden noch zur regen Beteiligung an der Maifeier aufgefordert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung. —

Groß-Ottersleben, 23. April. (Gemeindevertreter-Sitzung.) In der am 19. d. M. abgehaltenen Gemeindevertretersitzung wurde der Protest des Gutsbesitzers Peicke gegen die Neuwahl des Gutsbesitzers H. A. Koch als unbegründet verworfen. Dann wurden die wiedergewählten Gemeindevertreter, u. a. unser Genosse Klotsch, neu verpflichtet. Der Ehefrau Trippler und dem Gutsbesitzer Peicke wurde eine Löschungsbewilligung erteilt. Hierauf wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, die Umsatzsteuer in ihrer bisherigen Höhe auf fernere 5 Jahre zu erheben und die Genehmigung dazu einzuholen. Ueber die Einführung einer Wertzuwachssteuer und Erhebung der Grund- und Gebäudesteuern nach dem gemeinen Wert kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen. Nach einer ausführlichen Begründung durch unsern Genossen Klotsch und nachdem von demselben die Verschleppungsversuche der Großgrundbesitzer gekennzeichnet worden waren, wurde die Sache einer Kommission überwiesen. In dieselbe wurden gewählt der Gemeindevorstand und die Gemeindevertreter Klotsch und Kaufmann Strumpf. Die Pflasterungskosten des Witwenkamps wurden anteilig bewilligt mit dem Bemerken, daß die Gemeinde Bennecken beck die Unterhaltungskosten allein übernehmen soll. Die Gemeindevertretung ist mit den baulichen Veränderungen im katholischen Schulhaus einverstanden; es soll aber erst eine Zeichnung über die vorzunehmenden Veränderungen vorgelegt werden, zugleich soll ein Verzeichnis der die katholische Schule besuchenden Kinder eingeholt werden. Dann kam ein Schreiben des Magistrats der Stadt Magdeburg zur Verlesung, nach welchem eine elektrische Bahnverbindung nach allen Vororten Magdeburgs geplant sei und daß der Magistrat beabsichtige, eine Besprechung mit Vertretern aller in Betracht kommenden Gemeinden in die Wege zu leiten. —

Groß-Ottersleben, 25. April. (Der Verein Schweine-Versicherungs-Sozietät Groß-Ottersleben) und Umgegend hielt am 22. April eine gut besuchte Versammlung im Lokal von Rusche ab. Der Kassenbericht für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 ergab eine Einnahme von 4355,61 Mark, demgegenüber steht eine Ausgabe von 2851,35 Mark, so daß ein Ueberschuß erzielt wurde von 1504,26 Mark. Das Gesamtvermögen der Kasse betrug am 31. März 1905 11 659,24 Mark, so daß der Kassenbestand am 31. März 1906 13 163,50 beträgt. Davon sind angelegt bei der Sparkasse Groß-Ottersleben 12 255,24 Mark; in Händen des Rendanten befinden sich 908,26 Mark. — Bezüglich des Antrags des Vorstandes auf Erhöhung der Entschädigung für verendete Schweine wurde einstimmig beschlossen, für das Kilo 0,90 Mark statt bisher 0,70 Mark zu gewähren. Die Prämie bleibt wie bisher auf 3 Mark bestehen. Im „Verschiedenen" wurde von einigen Rednern die Rotlaufschutzimpfung und ihre Anwendung recht drastisch kritisiert. Die Mitglieder seien darauf aufmerksam gemacht, daß wer absolut impfen lassen will, nicht den Tierarzt, sondern den Vorstand resp. den Vertrauensmann davon in Kenntnis zu setzen hat. Wiederholt wurde von der Aufsichtsbehörde das Ersuchen gestellt, das angelegte Geld in der Kreissparkasse oder mündelsicher anzulegen. Die Versammlung beschloß aber, das Geld in der hiesigen Kasse zu belassen, da der Ueberschuß zu gemeinnützigen Zwecken innerhalb der Gemeinde verwendet wird. —

Burg, 26. April. (Zur Maifeier.) Rüstet euch hierzu! rufen wir den Arbeitern Burgs zu. Begeht in würdiger Weise den Weltfeiertag, den Tag der Arbeit, durch Arbeitsruhe. Soviel sich bis jetzt übersehen läßt, hat schon eine große Anzahl Arbeiter mit den Fabrikanten resp. Meistern zwecks Arbeitsruhe unterhandelt und fast überall ist diese zugestanden worden. Es gibt aber trotzdem hier noch Fabriken, wo die dort beschäftigten Arbeiter, wenn sie mit den Fabrikanten über diesen Punkt sprechen würden, ebenfalls die Freigabe des 1. Mai bewirken könnten. Nicht kleinliche materielle Verhältnisse sollen bei der Frage, ob am 1. Mai die Arbeit ruhen soll, maßgebend sein, sondern hierbei soll es sich vor allem einmal zeigen, daß Idealismus die Arbeiter dazu treibt, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Nun, wir glauben, daß die Arbeiterschaft Burgs weiß, was sie sich selbst schuldig ist. Diesmal wird die Abendfeier nicht wie bisher, nur in einem Lokale abgehalten werden, sondern in allen beiden. Diese Maßnahme machte sich notwendig, da das Gedränge in den Vorjahren bei der Abendfeier schon geradezu beängstigend war. Für Unterhaltung ist natürlich auch gesorgt, und zwar in der Weise, daß in beiden Lokalen so ziemlich ein gleichlautendes Programm ist. Also auf zur Maifeier! (Näheres siehe Annonce.) —

Burg, 26. April. (Eine Rüpelhaftigkeit) sondergleichen ist in der Dienstagnacht auf der Chaussee nach Schermen verübt worden. Es wurden dort nämlich am Mittwoch früh von Leuten, die nach Burg gingen, zirka 80 junge Obstbäume beschädigt gefunden. Entweder war die Rinde abgeschält, oder es waren die Kronen abgebrochen. Eine derartige Rüpelei kann nicht genug verurteilt werden.

Halberstadt, 26. April. (Parteigenossen!) Besucht heute abend die bei Max Bollmann stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins. (Siehe gestriges Inserat.) —

Halberstadt, 25. April. (Ein schwerer Unglücksfall) ereignete sich gestern auf der Ziegelei von Bärecke u. Limpricht an der Quedlinburgerstraße. Dort wurde der Ziegeleiarbeiter Johann Tobys vom Fahrstuhl erfaßt, wobei ihm der Brustkorb gequetscht wurde. Der lebensgefährlich Verletzte mußte nach dem Krankenhaus transportiert werden. —

g. **Halle,** 24. April. (Folgen der Begeisterung.) In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung amüsierte man sich über einen hübschen Prozeß, den ein Polizist gegen die Stadtverwaltung anhängig gemacht hat. Der Beamte war gelegentlich der Kaisergeburtstagsfeier in eine Menschenansammlung geraten, in der die Begeisterung derartig angeschwollen war, daß für seine Leibesfülle nicht genügend Platz vorhanden gewesen ist. Er verlangte für die Beschädigung seines Leibes eine Rente, die vom Gericht aber abgelehnt worden ist. Der Mann hat sich die Sache derartig zu Herzen genommen, daß er seinen Dienst als Polizist quittiert hat und Revierförster geworden ist, da im einsamen Walde derartige Folgen der Begeisterung nicht zu erwarten sind. —

g. **Halle,** 25. April. („Sie haben uns angelacht!") Mit diesen Worten war der Rechtskandidat Fischer eines Abends im Café Kronprinz an den ihm gegenübersitzenden Kaufmann Schaffernicht herangetreten. Als letzterer entgegnete: „Das geht Sie doch nichts an!", bemerkte Fischer: „Wenn Sie noch einmal lachen, erhalten Sie Ohrfeigen!" Schaffernicht nahm aber die dreiste Drohung nicht ernst und amüsierte sich über die Herausforderung. Erstaunt war er aber, daß Fischer und sein Freund, der Rechtskandidat Grell, mit Stöcken in der Hand plötzlich vor die Tür des Cafés liefen, als Schaffernicht nach Hause gehen wollte. Mit den Worten: „Wollen Sie revozieren!" erhielt er, zur Tür herauskommend, von Fischer einen Faustschlag ins Gesicht. Dann bearbeiteten die beiden Juristen den Kaufmann noch mit ihren Stöcken, bis die Polizei einschritt. Die beiden Rechtskandidaten, die heute vor dem Schöffengericht wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs angeklagt waren, meinten, sie hätten in Notwehr gehandelt, da sie ihrer „durch Anlächeln verletzten Ehre" Genugtuung verschaffen mußten. Staatsanwalt Schlütter sagte, von Notwehr könne keine Rede sein. Der Vorfall sei, zumal zwei Rechtskandidaten dabei in Frage kämen, „sehr unliebsam". (Bei Arbeitern nennt man so etwas schlechtweg Roheit.) Berücksichtigen müsse man aber, so meinte der Ankläger, die Empfindlichkeit und die Ehrbegriffe, die in den Kreisen der Angeklagten herrschen, weshalb gegen Fischer eine Geldstrafe von 40 und gegen Grell eine solche von 20 Mark zu beantragen sei. Das Gericht verneinte auch, daß gemeinschaftliche Körperverletzung vorliege, „da die Genugtuung ein rein individuelles Motiv sei" und erkannte gegen Fischer auf 30 Mark und gegen Grell auf 15 Mark Geldstrafe.

Quedlinburg, 25. April. (Um eine Sehenswürdigkeit) ist unser Ort reicher geworden. Wenn man vom Bahnhof kommt, erblickt man nämlich bei dem Siegesdenkmal, welches nach der Straßenfront mit einem Blumenbeet in der Form eines eisernen Kreuzes ausgestattet war, an Stelle dieses Beetes eine Kanone. Das ist auch zweckentsprechender in einer Zeit des Militarismus. Vielleicht gesellen sich zu diesem Symbol noch ein paar Schiffsschnäbel hinzu. —

Staßfurt, 24. April. (Eine Sammlung) zu einem Grabdenkmal für den kürzlich verstorbenen Inspektor Lämmerhirt von der Buckauer Fabrik nehmen die Beamten dieser Fabrik vor. Es ehrt die Herren, wenn sie des verstorbenen Kollegen so gedenken, und sie werden wohl wissen, ob er ihnen ein so guter Kollege gewesen ist, daß das Denkmal der Ausdruck wahrer Wertschätzung ist. Wir können aber nicht finden, daß es für die Sammler sehr ehrenvoll ist, wenn sie sich mit ihrer Sammlung auch an die Arbeiter wenden. Ehrenvoller würde es mindestens sein, wenn die Herren Beamten die nötige Summe selbst aufbrächten, zumal ja die Firma bei dieser Gelegenheit sich weniger zugeknöpft zeigen wird als sonst. Die Herren Beamten sollten doch wissen, daß der Arbeiter, wenn derartige Ersuchen an ihn herantreten, immer glaubt, unter einem gewissen Druck zu stehen, dem er sich ohne Schädigung nicht entziehen könne. Das sollten die Herren um so eher wissen, als sie selbst das meiste dazu beizutragen pflegen, in den Arbeiter diesen Glauben zu pflanzen. Gerade auf dieser Fabrik ist ja jede selbständige Regung der Arbeiter verpönt und die Autorität der Beamten sehr fest fundiert. Hoffentlich werden die Herren aus dieser Belehrung begreifen lernen, daß die „freiwilligen" Gaben der Arbeiter zu solchen Zwecken und unter solchen Umständen sehr wenig mit Freiwilligkeit zu tun haben, und sie werden nicht darauf bestehen, daß die von den Arbeitern gezeichneten Beträge nun auch wirklich gezahlt oder etwa gar vom Lohn abgezogen werden. Das letztere wäre direkt ungesetzlich. Ueberhaupt, welche Veranlassung haben die Arbeiter, dem Verstorbenen noch ein Denkmal zu setzen? In ihren Herzen steht das Denkmal für ihn schon lange, und solange sie leben, werden sie sich seiner erinnern. Auch seiner Anschauung werden sie sich erinnern, daß ein Arbeiter mit einem Lohn von 20 bis 21 Mark pro Woche bei schwerer Akkordarbeit und einer Arbeitsdauer von zirka 70 Stunden in der Woche sehr wohl auskommen könne und keine Zulage brauche. Sie werden auch nicht vergessen, wie Herr Lämmerhirt mit seinem viel höheren Einkommen ausgekommen ist. Auch andre Leute gibt es, die das wissen, solche Leute nämlich, bei denen er schon papierne Denkmäler in reichlicher Anzahl zu stehen hat. Diese aus drei- und vierstelligen Zahlen bestehenden Denkmäler sind noch dauerhafter als die von Stein und Erz und erhalten auf Lebenszeit ein wehmütiges Erinnern an den „teuren" Dahingegangenen wach. Da also für Denkmäler hinlänglich gesorgt ist, so mögen es sich die denkmalslustigen Sammler lieber erst noch einmal überlegen, ob sie nicht stark post festum kommen und die Sache lieber ruhen lassen. Es dürfte vielleicht besser sein. —

Zerbst, 26. April. (Es ist erreicht,) nämlich von den Scharfmachern, auch hier einen Arbeitgeberverband einzurichten. In der öffentlichen Tischler-Versammlung am 20. April, an der auch verschiedene Arbeitgeber dieses Gewerbes teilnahmen, machten diese das famose Eingeständnis, daß, im Falle sie auch die gestellten Forderungen bewilligen möchten, sie doch nicht dürften, da sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen hätten und dieser es ihnen bei Verfall einer Konventionalstrafe verböte. Nicht verboten scheint ihnen dieses neue Früchtchen am Protzenstamme zu haben, den Arbeitern gegenüber sich die Achtung zu verscherzen. Denn als eine recht blöde Leistung muß es schon eingeschätzt werden, daß gegenüber der gestellten Forderung auf 5 Pfg. Lohnerhöhung bei 36 Pfg. Minimallohn pro Stunde, das Angebot auf 35 Pfg. Höchstlohn gemacht wurde. Aber dem Herrn Fabrikanten Braun usw. ist die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden in die Glieder gefahren. Sie fürchten für ihre Betriebe mit noch elfstündiger Arbeitszeit und die dadurch geweckte Begehrlichkeit ihrer Arbeiter und deswegen offenbaren sie mit einem Male solche Zuneigung zu den Kleinkrautern von Tischlermeistern. Da nun bei diesen seit 23. April alle Arbeiter ausständig sind, wird dringend vor Zuzug von Tischlern nach Zerbst gewarnt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 25. April 1906.

Hausfriedensbruch. Die Arbeiter Wilhelm Pohlmann, geboren 1869, Friedrich Bornemann, geboren 1864, August Mätz, geboren 1868, Karl Müller, geboren 1871, Heinrich Eich, geboren 1879, und Karl Pieper, geboren 1861, zu Schönebeck, sollen sich am 28. Mai 1905 in dem Lokal des Gastwirts Hoffmann zu Grünewalde des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht in Gommern verurteilte am 2. November Pohlmann und Bornemann zu je 2 Wochen Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu je 1 Woche Gefängnis. Die Berufungskammer hob das Urteil betreffs der Angeklagten Mätz und Müller auf und sprach sie frei. Die Berufungen der andern Angeklagten wurden verworfen. —

Diebstahl. Der Arbeiter Paul Schmidt zu Burg, geboren 1883, vorbestraft, stahl in der Nacht zum 14. Januar d. J. daselbst aus dem Laden der Firma Tack u. Co. einen Posten Schuhwaren, nachdem er zuvor die Schaufensterscheibe mit Seife beschmiert und eingedrückt hatte. In der Nacht zum 23. Januar erbrach Schmidt den Keller der Handelsfrau Kindel und stahl Obst, Apfelsinen, Käse, Eier, Seife, Streichhölzer und einen Korb. In der Nacht zum 12. März führte Schmidt bei dem Kaufmann Krebs einen Einbruchsdiebstahl aus und erbeutete Zigarren, Zigaretten und einen Beutel mit alten Münzen. Der geständige Angeklagte erhielt wegen dieser drei im wiederholten Rückfall verübten schweren Diebstähle 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. —

Der Lehrer als Jäger. Der städtische Lehrer Armand Schilling aus Schöneberg bei Berlin, geboren 1874, hatte am 16. September 1905 in Gemeinschaft mit dem Maurermeister Colosser und dessen Sohn, dem 24 Jahre alten cand. chem. Richard Colosser auf der Feldmark zu Pramsdorf bei Ziesar auf Hühner gejagt. Abends um 7 Uhr wurde die Jagd der Dunkelheit wegen abgebrochen und der Heimweg angetreten, nachdem Colosser, Vater und Sohn, ihre Gewehre entladen hatten. Unterwegs, kurz vor dem Dorfe, entlud auch Schilling sein Gewehr, das er dabei nach unten und zwar schräg nach links vorwärts hielt, so daß der Lauf auf Colosser junior gerichtet war. Als Schilling aus zwei Läufen bereits die Schrotpatronen herausgenommen hatte, ging plötzlich der im dritten Laufe befindliche Kugelschuß los und traf die Beine des Colosser junior. Er starb an den Folgen der schweren Verletzung am 13. Oktober in der chirurgischen Universitätsklinik in Berlin — an Blutvergiftung —. Der Unfall hätte nicht geschehen können, wenn Schilling beim Entladen seines Gewehrs die erforderliche Sorgfalt und Aufmerksamkeit beobachtet und sich abgewandt hätte. Der Staatsanwaltschaftsrat Hildebrandt beantragte, den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu 4 Wochen Gefängnis zu verurteilen, während die beiden Verteidiger ausführten, daß dem Angeklagten ein Verschulden nicht nachgewiesen sei. Die Kammer hielt eine Fahrlässigkeit desselben nicht für festgestellt und erkannte auf Freisprechung. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 24. April 1906.

Unzüchtige Handlung. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen den 15 Jahre alten Gärtnerlehrling Otto Severin aus Quedlinburg verhandelt, welcher an einem 5½ jährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Das öffentlich verkündete Urteil lautet auf 1 Monat Gefängnis. —

Diebstahl. Der Kellner Karl Stephan aus Halberstadt ist angeklagt und geständig, im Januar und Februar d. J. in seiner Stellung beim Bahnhofswirt in Thale in mindestens vier Fällen aus einer verschlossenen Kassette Geld gestohlen zu haben. Es handelt sich jedoch nur um kleinere Beträge. Wegen schweren Diebstahls wird der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Körperverletzung und Beleidigung. Die Angeklagten Bergarbeiter Paul Laschinsky aus Harzgerode, Mühlenbauer Robert Bauer und Bergarbeiter Friedrich Schrader, letztere beide aus Dingelstedt, haben in der Nacht zum 23. Oktober v. Js. der gemeinschaftlichen Körperverletzung und die beiden letzten auch noch der öffentlichen Beleidigung sich schuldig gemacht. Es werden bestraft: Laschinsky wegen schwerer Körperverletzung mittels Messers zu 1 Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung, Bauer wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Beleidigung zu 1 Monat Gefängnis und Schrader wegen gleichen Vergehens zu 100 Mark Geldstrafe. —

Diebstahl. Die Dienstmagd Minna Köhler aus Wernigerode hat in fünf Fällen Diebstähle ausgeführt und dabei ein Armband, einen Ring, ein Kleid und 12 Mark bar Geld gestohlen. Das Urteil lautet auf 4 Monate Gefängnis. —

Körperverletzung und Widerstand. Vorgeführt werden aus der Untersuchungshaft zu Magdeburg der Arbeiter Karl Riecke und der Handelsmann Friedrich Riecke, beide aus Salchau (Kreis Gardelegen), welche sich wegen Uebertretung, Jagdvergehens usw. zu verantworten haben. Nach der Beweisaufnahme werden für schuldig befunden und bestraft: Karl Riecke wegen gefährlicher Körperverletzung mittels eines Messers zu 6 Wochen Gefängnis und außerdem wegen Betretens eines fremden Grundstücks zu 30 Mark Geldstrafe und Friedrich Riecke wegen Betretens eines fremden Grundstücks zu 30 Mark Geldstrafe.

Vereine und Versammlungen.

Schneider.

In der am 25. März im „Bürgerhaus" abgehaltenen Mitgliederversammlung der Schneider hielt Genosse Müller einen Vortrag über „Die praktischen Erfolge der Achtstunden-Bewegung", welcher mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf wurde Stellung genommen zur Maifeier; beschlossen wurde, in diesem Jahre mehr durch Arbeitsruhe zu feiern, was sehr gut möglich ist, da die Schneider in der Mehrzahl Heimarbeiter sind. Auch die Werkstattarbeiter haben beschlossen, zu feiern. In der Vormittagsversammlung soll kontrolliert werden, wer sich beteiligt. Am Nachmittag soll, da der „Luisenpark" überfüllt sein wird, ein Ausflug nach Turmpark-Salbke unternommen werden. Treffpunkt um 2 Uhr im „Bürgerhaus". Hierauf wurde Meyer an Stelle Arits als Revisor gewählt. Nachdem noch innere Verbandsangelegenheiten erledigt waren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. —

Vereins-Kalender.

Achtung, Holzarbeiter! Auf die Sonnabend den 28. d. M., abends 8 Uhr, im „Luisenpark" stattfindende ordentliche Generalversammlung wird mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß neben den bekanntgegebenen Fragen auch Stellung zum städtischen Arbeitsnachweis genommen werden muß. Die Frage ist von größter Wichtigkeit und erfordert vollzähliges Erscheinen aller Tischler. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs. Näheres im Inserat morgen.

Wagenbauer-Krankenkasse Buckau 2. Sonnabend den 28. April, abends 8 Uhr, Versammlung bei Schlitze, Marienstr. 1. 617

Verband der Kupferschmiede. Sonnabend abend Sitzung beider Kommissionen bei Böhme, Kl. Klosterstr. 15-16. 619

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Sonnabend den 28. April, abends 8½ Uhr, Vierteljahrsversammlung sämtlicher Abteilungen in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27-28. 612

Burg. Zentralverband der Schuhmacher. Sonnabend den 28. April, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Hohenzollernpark".

Briefkasten.

Zwei Streitende, Sudenburg. Die ehemalige Heydeckerei befand sich an der Breiteweg- und Georgenstraßenecke, wo jetzt das Warenhaus der Gebrüder Barasch steht. —

W. B. und mehrere andre. Einsendungen mußten starken Stoffandrangs wegen zurückgestellt werden. —

Verschiedene Fragesteller. Den Vereinen, die wegen ihrer Ausflüge anfragen, zur Nachricht, daß in Pechau das Lokal „Zur Eiche" den Arbeitern zur Verfügung steht. —

Santa Lucia feurig-süßer Kraft-Rotwein

¾ Liter mit Flasche 1.50 und 2.— ist als **Frühstücks-Wein** wie für **Blutarme** und **Schwache** **konkurrenzlos!** 3534

Aerztlich empfohlen. Zu haben in allen besseren Kolonialwaren- u. Drogen-Handlungen.

Am Sonnabend den 28. d. M. beginnt der **Ausverkauf** des Warenlagers aus der **Fr. Brauns Nachfolger'schen Konkursmasse**

Das Lager enthält:
feine Lederwaren, Reise-Artikel
Spezialität: 17
Rohrplatten-Koffer
Kontorbedarfsartikel, Geschäftsbücher, Papier und Schreibmaterialien
Wiener Bronze-Waren
Holzbrand- und Kerbschnitz-Artikel.
Verkaufszeit: Vormittags 8–1 Uhr, nachmittags 3–7 Uhr.

Neu-Eröffnung!

P. P.

Hierdurch erlaube ich mir ein verehrliches Publikum höfl. darauf aufmerksam zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage hier am Platze, **Sternstraße 20,** eine

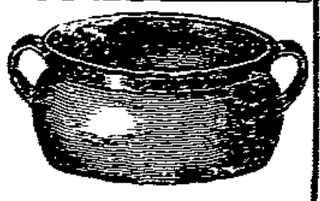
Rind- und Schweineschlächterei

neu eröffnet habe. Ich bitte mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne 1440

Hochachtungsvoll
Felix Oehlmann, Fleischermeister
Sternstraße 20.

Mißtrauisch betrachten Sie die **Billigkeit** meiner Waren und doch erhalten Sie vom **Guten das Beste** in **Butter, Schmalz, Margarine Käse, Wurst, Corned beef, Lachs, Zucker, Kaffee usw.**
Wagners Butterhalle
Sudenburg, Rottersdorferst. 10 M193

Bestes emailliertes **Küchengeschirr** sowie **Haus- und Küchengeräte** aller Art empfiehlt äußerst preiswert



Otto Janoschek 3077
Gr. Junkerst. 6a, b. Buck. Bierhalle gegenüb.

Spezial-Geschäft für **Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben**
Anfertigung nach Mass 3203
Siegfried Rawack
Quedlinburg, Heiligegeiststr. 24
Wernigerode Breitestr. 79 — **Thale** Hüttenchaussee 42 — **Goslar** Breitestr. 5

Carl Haacke
Leihhaus
Sudenburg 3220
Kroatenweg 18
Höchste Beleihung aller Wertsachen.

Vom vereidigten Chemiker untersucht.
Angefertigt unter Kontrolle des kgl. Sanitätsr. Dr. H. Lüdicke, Halle a. S.
Wer seine Kinder lieb hat gibt ihnen **Karl Koch's** langjährig bewährten **Nährzwieback.**
Karl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.
Zu haben in Tüten und Paketen à 10, 20, 30 und 60 Pf. bei:
W. Lamm jr., Tischlerbrücke
Hans Eger, Breiteweg 188
B. F. Grubitz, Breiteweg 120
Gottfried Hübscher, Breiteweg 77 und 263
Albert Musche Nachf., Breiteweg 249 u. Gustav-Adolfstr. 40
Max Ernstding, Jakobstraße 6
Gustav Hubert, Jakobstraße 16
Otto Huchel, Flora-Drogerie, Neustädterstraße 25b
Dr. Otto Krause, Löwen-Apotheke, Altemarkt 11.
In Sudenburg:
H. Starkloff, Halberstädterstr. 113
H. Danckwortt (Alte Apotheke)
M. Pirke (Hohenzollern-Apotheke)
Gust. Schubert, Halberstädterstraße 107.
In Neustadt:
Gustav Graf, Lübeckerstraße 31
Friedr. Paul, Lübeckerstraße 101
Paul Albrecht, Lübeckerstraße 17
G. Wehmeyer, Schmidtstraße 15
Herm. Taeger, Lübeckerstraße 24
In Wilhelmstadt:
H. Sens, Gr. Diesdorferstraße 227
Max Kühne, Annastraße 1
Otto Freytag, Annastraße 47
In Buckau:
Hans Kohlmann, Rosen-Apotheke
Alb. Thiemecke, Grusonstraße
In Fermersleben: **Rud. Zinneck** und in der Hauptniederlage **Ad. Haeuber Nachf.,** Schönebeckerstraße 103 M185

Ca. 10 Stück sehr gut erh. gebrauchte **Fahrräder** verkaufe, um damit zu räumen, zu äußerst billigen Preisen.
Reinh. Osterroth, Agnetenst. 1

Guterh. Herr.-u. Damenrad, 1 neues Brennabor f. bill., tad. näh. Nähmasch., Doppelst., 45 M. Wilhelmstr. 19. Kischke

Herren-Stiefel Mk. 4.35
Kleinefeld, Buckau, Schönebeckerst. 98

Ein **Materialwaren-Geschäft** mit Drehrolle ist sofort umständehalber zu verkaufen. Näheres 1435 **Morgenstraße 53,** pt. r.

Freitag frische Wurst eigner Schlachtung. Rot-, Leberwurst u. Sülze à Pfd. 90 Pf. Bratwurst Mk. 1.10 à Pfd. **Fischer,** Kl. Schulstr. 2. 1430

Emaille erste Qualität. Verkauf nach Gewicht. 3392
Billigste Bezugsquelle am Platze.
23 Altemarkt 23.

Zigarren-Geschäft Schrotestraße 17
Allen meinen werten Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein Zigarren-, Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Lager von Gr. Diesdorferstr. 227 nach **Schrotestraße 17** verlegt habe. Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete bin ich imstande, auf sämtliche Waren Rabattmarken zu geben und bitte ich um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll 3643
Frau Helene Schmidt - Zigarren-Geschäft
Wilhelmstadt, Schrotestrasse 17

Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte
alle gangbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt
Gust. Hoffmeister
Prälatenstraße 21. 444 **Annastraße 44.**

Breitestrasse 5 dicht an der Marktkirche
befindet sich **jetzt** das anerkannt beste und billigste
Herren-, Knaben- und Arbeitsgarderoben-Geschäft von 3453
Max Bendix, Quedlinburg (früher Markt 14).

Getrag. schw. **Rockanzug,** dreiweiße **Westen,** e. zurückgen. silb. **Uhr** billig abzug. Nikolaistr. 4 III.

Tüchtige Radspanner und Monteure werden eingestellt. 3639
Metall-Industrie Schönebeck A.-G.
Schönebeck a. E.

Mehrere tüchtige **Drahtweber oder Siebmacher** finden bei dauernder Arbeit sofort Stellung. M222
Eduard Jänicke
Drahtwarenfabr., Weißenfels a. S.

Zimmer z. v. Blauebeilstr. 3, 4 Tr. l. Schifferstraße 1 l. Stube sof. o. sp. z. v.

Der Sängerinnen-Chor Sudenburg
veranstaltet am **Sonnabend den 28. April,** von 8 Uhr abends an, in der **„Zerbster Bierhalle",** Schöningerstraße 28, ein
Frühlingsfest
bestehend in Gesangvorträgen und Ball
unter Mitwirkung des **Arbeiter-Gesangvereins.**
Programme sind bei den Mitgliedern zu haben. — Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.
3644 **Das Komitee.**

Radrennbahn Berliner Chaussee
Sonntag den 29. April 1906
nachmittags 4 Uhr
Eröffnungs-Rennen
20- und 50-Kilometer-Rennen
∴ hinter Motorschrittmachern ∴
Es starten:
A. **Iwan Goor,** Belgien; **Wilh. Mauss,** Köln; **Adolf Keilwert,** Plauen i. V.
B. **Walt. Ebert,** Leipzig; **M. Schnelle,** Magdeburg; **A. Albrecht,** Magdeburg.
Flieger-Rennen
Von 3 Uhr an
Militär-Konzert
Eintrittspreise: 3641
Vorverkauf: Tribüne 2.00 M, Sattelplatz 1.30 M, 1. Platz 1.00 M, Ring 0.50 M; an der Kasse: Tribüne 2.25 M, Sattelplatz 1.50 M, 1. Platz 1.20 M, Ring 0.60 M.
Dauerkarten für die Saison 1906 zu allen Veranstaltungen à 5 M sind auf der Rennbahn und bei **H. Prell,** Große Junkerstraße 15b, zu haben.

Buchhandlung Volksstimme
Jakobstraße 49.
Wir empfehlen als Literatur zur
Mai-Feier
Illustrierte Maifest-Zeitung 1906. Text-Beiträge von **Pannekoek, Henriette Roland-Holst, J. Stern, G. Ledebour, E. Klaar.** Preis **10** Pf.
Der Arbeiterschutz. Eine gesundheitliche Forderung von **Dr. M. Epstein.** Preis **20** Pf. Eine Darstellung von der Notwendigkeit des persönlichen und des öffentlichen Gesundheitsschutzes der arbeitenden Klasse.
Der Achtstundentag. Eine gesundheitliche Forderung von **Dr. J. Zadeck.** Preis **20** Pf. Der Verfasser begründet die Forderung der Arbeiterklasse auf Einführung des Achtstundentags vom gesundheitlichen Standpunkt aus.
Die praktischen Erfolge des Achtstundentages von **H. Thurow.** Preis **20** Pf.
Der Achtstundentag v. R. Seidel. Preis **10** Pf.
Der Achtstundentag von J. Rae Preis **5** Mk.
Protokoll des Parteitags zu Jena 1905. Preis **70** Pf.

Einige ordentliche, nüchterne, in Blecharbeiten erfahrene
Schlosser
finden bei hohen Lohn- und Akkordsätzen dauernde Stellung.
Friedrich Martin, Luckenwalde
Fabrik für Eisenkonstruktionen und gelochte Bleche. 3656

Tüchtige 3655
Schlosser und Schmiede
für sofort gesucht.
Carl Köckert, Dessau
Fabrik für Eisenbau.

Tüchtiger Stanzer der selbständig arb. k., wird ges. **Rich. Fritzsche,** Insleberstr. 1431

Konsum-Verein Neustadt
Mehrere ordentliche Frauen als 3652
Gebäck-Austrägerinnen
gesucht. Meldungen **Hauptkontor, Rogätzerstraße.**

Walhalla
Nur noch 4 Vorstellungen!
Hadji Mohameds Araber-Truppe
und weitere Attraktionen.

Stadt-Theater.
Freitag den 27. April 1906.
Die Fledermaus.

Wilhelm-Theater.
Freitag den 27. April 1906.
Durchschlagender Lacherfolg!
Die Doppelehe.

Im Zirkus
Nur noch 3 Vorstellungen allabendlich 8 Uhr
Sündige Liebe.
Sonntag nachm. 4 Uhr
Letzte Kinder-Vorstellung!
Tausendundeine Nacht!

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 97. Magdeburg, Freitag den 27. April 1906. 17. Jahrgang.

Gegen das Erdrosselungsgesetz.

gh. Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs gegen die freien Hilfskassen im Plenum des Reichstags berief sich der Direktor im Reichsamt des Innern Caspar u. a. auch auf die Jahresberichte unsrer Arbeitersekretariate, „die sich über die Geschäftsgebarung der freien Hilfskassen in so abfälliger Weise äußern, wie die verbündeten Regierungen sich dem bei weitem nicht anschließen". Dieser Aeußerung lagen jedoch nur solche Stellen der Arbeitersekretariats-Berichte zugrunde, welche auf gewisse Mängel mancher freien Hilfskasse hinwiesen. Das aber, was in bezug auf den vorliegenden Gesetzentwurf gegen die freien Hilfskassen strittig und von entscheidender Bedeutung ist, ist die Frage, ob der Entwurf wirklich zur Bekämpfung der unreellen freien Hilfskassen, der Schwindelkassen, notwendig, ja auch nur geeignet ist, oder ob er vielmehr in Wahrheit zur Erdrosselung aller freien Hilfskassen, also auch der reellen, dienen wird und zugleich den ersten Schritt zur Beseitigung des letzten Restes der Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen bedeute. Zu dieser Frage konnten die Arbeitersekretariate in ihren früheren Jahresberichten nicht Stellung nehmen, da der Gesetzentwurf, um den es sich handelt, beim Abschluß der Berichte noch gar nicht vorlag.

Inzwischen sind, wie in diesem Blatt bereits mitgeteilt wurde, mehrere Arbeitersekretariats-Berichte für 1905 erschienen. Ein Teil derselben spricht sich auch über den im Berichtsjahr veröffentlichten Gesetzentwurf gegen die freien Hilfskassen aus. Hoffentlich werden auch diese Aeußerungen der Arbeitersekretariate, die durch ihre große Praxis auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes in der Tat als sachverständig anerkannt werden müssen, sowohl bei den Regierungen als auch bei den verschiedenen Parteien des Reichstags, namentlich jetzt, da die Entscheidung über den Gesetzentwurf näher rückt, die nötige Beachtung finden.

Zunächst wird in fast allen Berichten hervorgehoben, daß im letzten Jahre wieder viele Arbeiter durch die Schwindelkassen geschädigt worden seien. Jedoch heißt es in dem Magdeburger Bericht: „Die Zugehörigkeit von organisierten Arbeitern zu den Schwindelkassen scheint im Abnehmen begriffen zu sein. Im Jahre 1905 sind Klagen gegen dieses Industrieritertum seltener als in den Vorjahren im Sekretariat vorgebracht worden. Die Aufklärungsarbeit der Arbeiterpresse und in Versammlungen usw. scheint Früchte zu tragen." Ebenso wird vom Arbeitersekretariat in Hanau berichtet: „Im allgemeinen aber scheint unsre Aufklärungsarbeit nicht ohne Erfolg geblieben zu sein. Die hiesigen Arbeiter sind etwas vorsichtiger geworden."

So zeigt auch dieser Fall wieder, wie notwendig die weitere Aufklärung der Arbeiter ist. Daher sollte unbedingt freie Bahn für die Aufklärung der Arbeiter durch die Presse sowie durch Vorträge in Vereinen und Versammlungen geschaffen werden. Freies Preß- sowie freies Versammlungsrecht sind wie in jeder andern Beziehung, so auch zu einer wirklich ernsthaften Bekämpfung der Schwindelkassen notwendig. Wenn sich die aufgeklärten Arbeiter selbst, ungehindert durch reaktionäre Zwangsgesetze, wehren können, brauchen sie nicht die Vormundschaft der Behörden.

Wie aber die Aufklärungsarbeit der Arbeitersekretariate bisher in manchen Bezirken erschwert war, dafür liefert der Kieler Bericht einen bezeichnenden Beleg. Es wird dort nämlich ausgeführt: „Wir müssen nun zum Schluß noch an ein schlimmes Kapitel kommen, auf das der Geschäftskassen. Es ist äußerst schwer, dabei immer die Grenze zu ziehen zwischen dem, was man im gewöhnlichen Leben „Schwindelkassen" nennt, und dem, was man nicht so betiteln darf. Solange nichts Bestimmtes vorliegt, muß man sich ja hüten mit seinem Urteil, weil in dem Kampf, den wir gegen die Schwindelkassen führen, der Staatsanwalt uns leicht auf den Fersen ist."

Und doch sind die Beschwerden der Arbeitersekretariate gegen die unreellen Kassen durchweg begründet, da die Arbeitersekretäre den Fehler, der für den Regierungsentwurf kennzeichnend ist, schon seit jeher vermieden haben. Sie werfen nicht alle freien Hilfskassen zusammen, sondern unterscheiden zwischen Geschäftskassen, an denen die Unternehmer verdienen wollen, und die daher die Arbeiter stets schädigen müssen, und zwischen wirklichen Hilfskassen, bei denen selbstverständlich auch Fehler vorkommen, eine Besserung aber durch Aufklärung der Mitglieder allmählich erreicht werden muß. Die Geschäftskassen werden im Nürnberger Bericht wie folgt geschildert. Es seien Kassen, für die meist von einer Anzahl Agenten Mitglieder gewonnen werden, und die oft genug von recht zweifelhaften Elementen gegründet werden, lediglich zu dem Zweck, um sich eine Zeitlang auf Kosten andrer ein angenehmes Leben zu verschaffen. Bezogen doch einzelne dieser Kassendirektoren ein Gehalt von 350 bis 400 Mark pro Monat. Für Reisespesen werden 20 Mark Diäten pro Tag und die Fahrkosten zweiter Klasse berechnet. Für die Teilnahme an einer Vorstandssitzung werden 6 bis 10 Mark verrechnet. Einzelne dieser Kassen haben bis zu 90 Proz. der Mitgliederbeiträge für Verwaltungskosten ausgegeben. „Leider", schreibt auch das Nürnberger Sekretariat, „gelingt es nicht immer, diese Schwindler der Staatsanwaltschaft zu überweisen, da sie ihre Praktiken ungemein geschickt ausführen oder zur rechten Zeit von der Bildfläche verschwinden."

Der Kieler Bericht aber erinnert daran, daß schon im Reichstage mit Recht auf die verschiedenartige Praxis der hamburgischen und preußischen Behörden hingewiesen worden sei. In Hamburg gibt es keine Schwindelkassen und auch keine Geschäftskrankenkassen mit den riesigen Verwaltungsausgaben. Auf Grund seiner Erfahrung verrät dann der Berichterstatter ein absolut sicheres Mittel zur Bekämpfung der Schwindelkassen: Die preußische Regierung mag die Anstellung von Agenten zum Mitgliederwerben verbieten, im übrigen aber von jeder Krankenkasse weitgehendste demokratische Selbstverwaltung in den Filialen und im Hauptvorstand verlangen. Das ist der beste Schutz gegen Schwindel und Ausbeutung. Aber freilich — so schließt dieser Abschnitt des Kieler Berichts —, von der preußischen Regierung Schutz und Ausdehnung der Selbstverwaltung zu verlangen, ist Utopie.

In Frankfurt a. M. aber hatte sich das Arbeitersekretariat wieder mit mehreren Beschwerden von Hilfskassen darüber zu beschäftigen, daß die Behörden eine ganz erhebliche Steigerung der Kassenbeiträge verlangen, da die Kassen sonst nicht mehr dem Gesetze genügen würden. Die Regierung verlangte von kleinen Krankenkassen trotz der überstandenen Influenza-Epidemie die präzise Rücklage zum Reservefonds. „Man sieht, es geht schon ohne die neue Novelle zur Beseitigung der Hilfskassen, die hoffentlich niemals Gesetz wird."

Die Hoffnung allein jedoch tut es ganz und gar nicht. Unsre Gegner gehen planmäßig darauf los, die Arbeiter mit dem neuen Gesetz zu überrumpeln. Die meisten Arbeiter aber scheinen leider die Bedeutung des neuen Gesetzes ganz falsch einzuschätzen. Denn in der letzten Zeit hört man nicht das geringste von einem Widerstand der Arbeiter gegen die vorbereitete Erdrosselung der freien Hilfskassen. Möge endlich eine allgemeine Protestbewegung von den berufenen Körperschaften angeregt werden, bevor es zu spät ist. —

Gerichts-Zeitung.

Der „Pfaffenspiegel". Die Strafkammer in Rudolstadt verurteilte den dortigen Buchhändler Bock, Verleger von Corvins „Pfaffenspiegel", wegen Vergehens gegen den § 166 Str.-G.-B. (Gotteslästerung) zu einer Woche Gefängnis und Unbrauchbarmachung von 14 Stellen des Werkes. Corvin, der 1879 gestorben ist, schrieb das Buch „Pfaffenspiegel" im Jahre 1846 unter dem Titel „Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche". 1880 wurde der „Pfaffenspiegel" zum erstenmal beschlagnahmt, der gerichtlichen Prüfung unterzogen und Bock als Verleger desselben vom Landgericht Rudolstadt wegen Beschimpfung der katholischen Kirche verurteilt. Es wurden Stellen in dem Buche gefunden, die als gegen § 166 verstoßend angesehen wurden. Auch später, nachdem diese Stellen ausgemerzt waren, gab der „Pfaffenspiegel" Anlaß zu Strafprozessen. Bock war erneut wegen Vergehens gegen § 166 angeklagt, weil er in den letzten Jahren „Pfaffenspiegel" mit Stellen, die eine Beschimpfung der katholischen Kirche enthalten sollen, verbreitet habe. Während die Anklagebehörde den Standpunkt vertrat, daß das Werk ohne Unterschied verehrungswürdige Einrichtungen in allen christlichen Kirchen, auch in der protestantischen, angreife und beschimpfe, suchte die Verteidigung darzulegen, daß nur ein zwar heftiger, aber erlaubter Angriff gegen die geschichtlichen Dummheiten und Mißstände in der römisch-katholischen Kirche bezweckt sei. Der Angeklagte selbst entrollte ein Bild davon, wie er aus tiefster Ueberzeugung seit nunmehr 25 Jahren im Kampfe für die Aufklärung stehe, maßlos angegriffen von den Gegnern, aber auch durch manche Anerkennung ermutigt sei. Er habe bereits schwere Vermögensnachteile erlitten, kämpfe aber trotzdem weiter gegen die unerhörten Beschimpfungen der Protestanten von gegnerischer Seite. Zum Beweise für seine Behauptungen brachte B. zahlreiche Belege, Flugblätter, Zeitungen und Parlamentsverhandlungen. In formeller Beziehung wurde von der Verteidigung die Zulässigkeit einer Verurteilung bestritten, da das Werk bereits früher unter Anklage gestellt und eine Anzahl Stellen — andre als die heute zur Verhandlung stehenden — durch rechtskräftiges Urteil vernichtet und daher in den Neudrucken entfernt waren, der übrige Inhalt des ein organisches Ganze darstellenden Werkes somit straffrei sein müsse. Die — vormärzliche strenge sächsische — Zensur hat das Werk bereits 1846 passiert! Auch hierauf berief sich der Angeklagte zum Beweise für seinen guten Glauben, in dem er das Werk verlegt habe. —

Feuilleton.

(Nachdruck verboten)

Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brink. Deutsch von Georg Gärtner.

(59. Fortsetzung.)

23. Augustins höchster Triumph.

Am Morgen des 23. Januar leuchtete die Wintersonne an einem fleckenlos blauen Himmel. Die Temperatur war mild wie im Frühling. Der große Eichenwald bei der Brücke über den Durgeon badete sich in der vollen Sonnenglut. Morgens um zehn Uhr wandelten Augustin und Henriette in einer breiten Allee, unfern der Humbertschen Villa. Sie sprachen fast flüsternd miteinander. Er hatte den Arm um ihre Mitte geschlungen und sie blickte zärtlich zu ihm empor.

„Augustin, mein teurer Augustin! Ich bin so unermeßlich glücklich! Ich habe Dich so unendlich lieb — ich bin so stolz auf Dich!"

Augustin zog sie innig an sich und küßte sie, sich herniederbeugend auf die krausen Stirnlöckchen, die unter ihrem weißen Filzhut hervorquollen.

„Ich habe das Gefühl, als ob ich zu glücklich sei," fuhr sie fort. „Etwas Unbestimmtes beängstigt mich zuweilen. Du hast um meinetwillen Deine Verheiratung in Paris verheimlicht. Was wird geschehen, wenn Dein Bruder und die andern vernehmen, daß Du Dich mit einer vormaligen Aristokratin verbunden hast?"

„Nichts, mein Herz! Ruft Maximilien mich zur Verantwortung, so sage ich ihm alles rückhaltlos. Er ist human und weise. Er wird mich begreifen. Aber zunächst wird man uns wohl in Frieden lassen. Ich habe heute morgen eine vertrauliche Unterredung mit dem braven Humbert gehabt. Es erschien mir vernünftig, ihn von allem zu unterrichten — und er gab mir zu, daß wir in unsrer außergewöhnlichen Lage nicht anders handeln konnten, als wir taten. Du konntest nicht länger in Paris bleiben — Du mußtest mit, mein Engel!"

„Ach, Augustin, Madame Humbert ist auch schon unterrichtet — Charlotte hat nicht schweigen können!"

„Diesmal hat sie uns mit ihrer Plandersucht einen Dienst geleistet."

Augustin erinnerte sich, daß um diese Zeit der Maire von Vesoul, Bürger Imbert, ihm seine Aufwartung machen wollte, und er trat deshalb mit Henriette den Rückweg an. Als sie sich der weißen Villa näherten, sagte die junge Frau ernst:

„Augustin, wirst Du Dich an Dein Wort von gestern erinnern? Die Gefangenen . . ."

„Sei unbesorgt, meine Liebe, ich gehe sofort ans Werk!"

Als sie im Humbertschen Salon erschienen, fanden sie dort eine Deputation des Gemeinderats von Vesoul, geführt von dem Maire Imbert, von der Augustin auf das lebhafteste begrüßt wurde. Sein gestriges Auftreten im Klub hatte in der ganzen Stadt das höchste Interesse erweckt. Es schien fast unglaublich, daß Robespierres eigner Bruder, der Held von Toulon, gekommen sei, um dem hebertistischen Schreckensregiment ein Ende zu machen.

Nach den Begrüßungsförmlichkeiten nahm der Maire Imbert, ein gemäßigter Republikaner, das Wort:

„Bürger-Repräsentant! Der Gemeinderat von Vesoul hat uns beauftragt, Sie herzlich willkommen zu heißen in dieser Stadt. Wir sind von großem Unheil heimgesucht, seit der Konvent zwei Ihrer Amtsgenossen damit betraut hat, eine Inspektionsreise durch das Departement Haute-Saone zu unternehmen. Unsre einfache Bevölkerung hängt sehr an den Gebräuchen ihrer Väter, und nun sind viele von ihnen in Haft genommen worden, weil sie, entgegen dem Verbot der Kommissare, den Sonntag feierten. Sie erwarten im Kerker unter Furcht und Bangen ihr weiteres Schicksal. Wir vernahmen mit einem gewissen Entsetzen, daß Sie, Bürger-Repräsentant, als außerordentlicher Bevollmächtigter hierher beordert wurden. Wir fürchteten neues Unheil, bis wir gestern aus Ihrem eignen Munde die Botschaft des Friedens vernahmen. Unsre bekümmerten Gemüter sind nun beruhigt. Die Bürger Vesouls und ihr Gemeinderat heißen Sie nochmals von Herzen willkommen!"

Augustin hatte aufmerksam zugehört und antwortete, nachdem der Maire geschlossen hatte:

„Fürchten Sie nicht länger, Bürger! Ihnen soll Gerechtigkeit werden. Man hat Ihnen eine ganz falsche Vorstellung von den Absichten unsrer Regierung beigebracht. Man hat uns verleumdet und uns allerlei böse Absichten unterstellt, während wir im Gegenteil lebhaft bedauern, daß der törichte Uebereifer verblendeter Schwärmer zu solch beklagenswerten Ausschreitungen geführt hat. Es ist mein Wille, sofort eine Inspektion der hiesigen Gefängnisse vorzunehmen. Ich lade Sie alle ein, Bürger, mich dabei zu begleiten, um mir allenfalls notwendige Aufklärungen zu geben!"

Diese Ankündigung wurde mit lebhaftester Freude entgegengenommen. Der Maire Imbert ersuchte zwei Mitglieder des Gemeinderats, dem Bürger Robespierre die nötigen Aufschlüsse bezüglich der Gefängnisse von Vesoul zu geben. Es waren dies die Bürger Galmiche und Morin, der eine Friedensrichter, der andre öffentlicher Ankläger beim Militärtribunal. Zuvor fand eine Beratung darüber statt, um den Plan für die Besichtigung festzustellen.

Nachmittags wanderten die Männer durch enge, schlecht gepflasterte Straßen nach einem kleinen Platz, wo sich ein großes Gebäude mit zwei spitzen Türmen befand. Es war das verlassene Kloster der Ursulinerinnen und diente jetzt als Gefängnis. Der Maire führte die Gesellschaft durch das Portal in einen großen Saal, von den Nonnen einst das „Gastzimmer" genannt. Ein alter Mann, der Beschließer, erschien mit entsetztem Gesicht vor den unerwarteten Gästen. Er wurde beauftragt, Tische und Stühle in das leere Zimmer zu bringen. Augustin nahm Platz und lud die andern ebenfalls zum Sitzen ein. Dann befahl er dem Schließer:

„Bringen Sie die Gefangenenliste!"

Der Mann gehorchte. Ihm wurde noch banger zumute, denn er meinte, daß jetzt für seine Gefangenen die letzte Stunde geschlagen habe. Augustin blätterte die Liste aufmerksam durch. In dem Gebäude befanden sich 420 Gefangene — Männer, Frauen, Mädchen und Knaben. Die meisten waren im November und Dezember ihrer Freiheit beraubt worden. Als er sich genügend orientiert hatte, wendete er sich zu den Anwesenden:

„Bürger, nachdem mir der Wohlfahrtsausschuß unbeschränkte Vollmacht gegeben und nachdem ich den Auftrag erhalten habe, Ihre Klagen zu untersuchen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, so will ich jetzt die hier internierten Gefangenen verhören und untersuchen, wie weit Anlaß vorhanden ist, sie in Freiheit zu setzen. Ich ersuche die Bürger Galmiche und Morin, schriftlich aufzuzeichnen, welche Gefangenen freizulassen sind und welche vorläufig in Haft bleiben sollen."

(Fortsetzung folgt.)

Militär-Justiz.

—r. **Ein Soldatenschinder schlimmster Sorte** stand am Dienstag in der Person des 24 Jahre alten Unteroffiziers Werner 2. Komp. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 100 vor dem Dresdner Oberkriegsgericht. Der „Stellvertreter Gottes", ein ehemaliger Marienberger Unteroffizierschüler, hat bereits zwanzig Disziplinarstrafen, darunter fünf wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung, zu verzeichnen. Kaum 20 Jahre alt, wurde ihm bereits 1902 eine Rekrutenkorporalschaft zur Ausbildung und Erziehung anvertraut, doch zeigte der Marsjünger einen derartigen Hang zu „Uebergriffen", daß ihn der Kompaniechef schleunigst wieder von diesem Posten entfernte. Drei Jahre lang wurde er nun zum Drill der „alten" Leute verwendet, bei denen er sich in seiner Erziehungsmethode etwas vorsichtiger zeigte. Obgleich sich der Marsjünger nach den Bekundungen des Hauptmanns allen Ermahnungen und Strafen zum Trotz schlecht führte, erhielt er im Herbst 1905 von neuem eine Rekrutenkorporalschaft überwiesen.

In der folgenden Ausbildungsperiode hat sich der Unteroffizier an dem größten Teile seiner Leute in wahrhaft schurkischer Weise wörtlich und tätlich vergangen. Bei der geringsten Kleinigkeit setzte es Ohrfeigen, Fauststöße und Fußtritte gegen den Unterleib, ins Gesäß und ans Schienbein, trat er die Leute mit den Stiefeln auf die Füße oder schlug er ihnen den Helm ins Gesicht. Beim Exerzieren am 5. Februar mußte der Grenadier Bormann aus dem Gliede heraustreten und eine Zeitlang allein marschieren. Als er matt wurde, bekam er mehreremal den Gewehrkolben in die Kniekehlen und in die Waden, wobei der Unteroffizier höhnisch bemerkte: „Jetzt werde ich Dir mal einen richtigen abziehen!" Der Mann hatte infolge dieser Behandlung stundenlang Schmerzen. Der Soldat Ackermann wurde mehreremal vom Korporal mit dem Stiefel auf den Fuß absichtlich und heftig getreten und mit den Worten angepöbelt: „Ich werde Dir schon lernen, Unteroffiziere zu verulkern, Du Lump, Du Spitzbubengesichte, mit Deinen falschen Augen, Dir sieht man es ja an Deinen falschen Augen an, daß Du schlapp bist." Der Grund zu dieser brutalen Behandlung des Mannes war, daß Ackermann auf die Frage eines Offiziers, ob er schon seinen Kaffee erhalten habe, wahrheitsgemäß mit „nein" antwortete.

Noch schlimmer trieb es der Marsjünger mit dem Rekruten Bohmberger, dem er einmal den Helm ins Gesicht schlug und ein andres Mal mit dem Stiefel in das Gesäß trat und ans Schienbein stieß, so daß der Mann noch nach acht Tagen Schmerzen verspürte. Unmittelbar nach diesem Vorgang versetzte er demselben Soldaten einen Faustschlag vor die Brust mit den Worten: „Hund, wärst Du nur krepiert!" Sehr zu leiden unter den Roheiten hatte auch der Soldat Adam. Diesem hat er beim Exerzieren einen Faustschlag gegen den Unterleib versetzt, ein andres Mal schlug er ihn in heimtückischer Weise mit der Hand auf den Gewehrkolben, so daß die Haut aufplatzte, und nannte ihn einen „roten Lappen". Nicht viel besser erging es den Grenadieren Merz, Tietze, Görnitz und Kunath. Der rohe Patron war nur zum Teil geständig, lediglich zu Korrekturzwecken will er die Leute berührt und aus Ehrgeiz und im Diensteifer zu weit gegangen sein.

In der ersten Instanz fanden die unerhörten Roheiten des Unteroffiziers eine unglaublich milde Beurteilung. Das Kriegsgericht hatte wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener während des Dienstes und unter Mißbrauch der Dienstgewalt, obgleich es zugab, daß der Angeklagte mit außerordentlicher Roheit und Rücksichtslosigkeit vorgegangen war und die Disziplin dadurch sehr gefährdet hatte, daß er wiederholt und speziell vom Hauptmann verwarnt worden ist, unter Annahme „minderschwerer" Fälle auf sechs Wochen mittleren Arrest erkannt, weil die Fälle die denkbar leichtesten (!) seien und der Angeklagte eine leicht erregbare Natur besitze. Von Degradation wurde abgesehen. Die Einzelstrafen hatten zusammen zirka 200 Tage mittleren Arrest betragen; das Gericht begründete die milde Strafe damit, daß nach dem Gesetz eine höhere Arreststrafe als 6 Wochen nicht ausgeworfen werden könne.

Dieses Urteil hat der Gerichtsherr mit der Berufung angefochten. Der Vertreter der Anklage beantragte eine empfindliche Gefängnisstrafe und die Degradation.

Das Oberkriegsgericht gab der Berufung statt, hob das angefochtene Urteil auf und erkannte auf fünf Monate Gefängnis und Degradation, außerdem wurde die sofortige Festnahme des Korporals verfügt. —

Vermischte Nachrichten.

* **Ein Jahrtausende altes Herz.** Vor wenigen Monaten gelang es der Administration der „Musees Nationaux du Louvre" zu Paris nach Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten, vier altägyptische Gefäße von seltener Schönheit zu erwerben. Sie sind mit vortrefflich gezeichneten Inschriften versehen, die die Namen und Attribute des Königs Ramses versinnbildlichen. Nach einer Mitteilung des Professors Lortet, Mitgliedes der französischen Akademie, wurde der Inhalt dieser prächtigen, blau emaillierten Vasen eingehend auf chemischem und mikroskopischem Wege geprüft. Lortet nahm die Prüfung unter Beihilfe der Professoren Hugounenq, Renaut und Rigaud vor, und es wurde dabei ein überraschendes Resultat erzielt. Drei der Gefäße waren mit den Ueberresten von Leinenbändchen gefüllt, die stark zusammengeschnürt, mit Soda imprägniert und mit aromatischen Harzsubstanzen von roter Farbe verklebt waren. Der übrige Inhalt bestand aus unbestimmbaren, granulösen Substanzen, untermischt mit pulveriger Soda, die wahrscheinlich den Magen, die Leber und die Eingeweide des großen Königs darstellten. Das vierte Gefäß trug einen Deckel, auf dem ein Schakal gezeichnet war. Wie die Untersuchungen ergaben, enthielt es das Herz des Königs Ramses. Dieses Organ erscheint in eine eirunde Platte von etwa acht Zentimeter Länge und vier Zentimeter Breite umgewandelt. Die Herzsubstanz ist derartig hornartig geworden, daß man, um von ihr Teile abzutrennen, die Säge gebrauchen mußte. Mit Hilfe eines Rasiermessers ließen sich dann die äußerst feinen Blättchen herstellen, die zur mikroskopischen Beobachtung geeignet sind. Diese hornartige Substanz war aus deutlich erkennbaren, netzartig sich kreuzenden Muskelfaserbündeln zusammengesetzt, wie man sie beim Herzmuskel vorfindet. Da nun diese Anordnung bei keinem andern Muskel, ausgenommen bei der Zunge, vorkommt, und der 1881 bei Theben gefundenen und 1886 im Aegyptischen Museum zu Kairo aufgestellten Mumie von Ramses 2. die Zunge nicht fehlt, ist es außer allem Zweifel, daß die hornartige Platte der blauen Vase einst das Herz des Königs gewesen ist, das die mehrtausendjährige Einbettung in Soda so umgewandelt hat. König Ramses 2., den die Griechen Sesostris nannten, starb 1258 vor unsrer Zeitrechnung. —

* **Blaues Brot.** Unter dem Brotgetreide des Kaukasus ist die skabiosenähnliche Cephalaria Syriaca ein so allgemein und weitverbreitetes Unkraut, daß der Weizen durchweg bis zu 2 Prozent Cephalariensamen enthält. Wie alle spezifischen Getreide-Unkräuter (Mohn, Kornrade, Kornblume, Rittersporn, Adonis) ist auch dieses Unkraut einjährig und bringt reichlich Samen von bläulicher Farbe. Diese enthalten, wie der kaukasische Weizen, etwa 16 Prozent Eiweiß, das Mehl aber läßt sich nicht für sich allein verpacken, wohl aber mit Getreidemehl. Eine Beimischung von ½ Prozent Cephalarienmehl macht aber den Brotteig bereits bläulich, 1 Prozent bereits deutlich blau. Diese Wirkung beruht indessen nicht auf einem direkten Farbstoff, sondern rührt nach Kupeis von der Zersetzung eines in dem Samen enthaltenen Bitterstoffs und der Gerbstoffe in denselben her, auch wird das Brot nicht in der Rinde, sondern nur in der Krume blau. Die Bevölkerung des Kaukasus bevorzugt das blaue Brot vor dem weißen, und da die Samen gänzlich ungiftig sind, wird natürlich auch nichts zur Vertilgung des Unkrautes getan. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	23. April	+ 0.32	24. April	+ 0.30	0.02	—
Laun	"	+ 0.43	"	+ 0.39	0.04	—
Budweis	"	+ 0.54	"	+ 0.54	—	—
Prag	"	+ —	"	+ —	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	24 April	+ 1.95	25. April	+ 1.95	—	—
Weißenfels Untp.	"	+ 0.90	"	+ 0.88	0.02	—
Trotha	"	+ 2.46	"	+ 2.40	0.06	—
Alsleben	"	+ 2.28	"	+ —	—	—
Bernburg	"	+ 1.82	"	+ 1.76	0.06	—
Calbe Oberpegel	"	+ 1.78	"	+ 1.74	0.04	—
Calbe Unterpegel	"	+ 1.60	"	+ 1.44	0.16	—
Mulde.						
Dessau Muldenbrücke	24 April	+ 0.90	25. April	+ 0.87	0.03	—
Elbe.						
Pardubitz	23. April	+ 0.52	24. April	+ 0.41	0.11	—
Brandeis	"	+ 0.90	"	+ 0.78	0.12	—
Melnik	"	+ 0.65	"	+ 0.56	0.09	—
Leitmeritz	"	+ 0.59	"	+ 0.46	0.13	—
Aussig	24 "	+ 0.90	25. "	+ 0.81	0.09	—
Dresden	"	— 0.48	"	— 0.62	0.14	—
Torgau	"	+ 1.96	"	+ 1.77	0.19	—
Wittenberg	"	+ 2.70	"	+ 2.62	0.08	—
Roßlau	"	+ 2.20	"	+ 2.15	0.05	—
Barby	"	+ 2.50	"	+ 2.46	0.04	—
Schönebeck	"	+ 2.36	"	+ 2.30	0.06	—
Magdeburg	25. "	+ 2.07	26. "	+ 2.00	0.07	—
Tangermünde	24. "	+ 3.14	25. "	+ 3.03	0.06	—
Wittenberge	"	+ 2.78	"	+ 2.78	—	—
Broda-Dömitz	"	+ 2.17	"	+ 2.20	—	0.03
Lauenburg	"	+ 2.15	"	+ 2.16	—	0.01

3131 Wasche mit Henkel's Bleich-Soda überall zu haben.

Fahrräder

neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten **ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung**

3430 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**

Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Fleisch-Offerte. 3566

Rindfleisch, Schmorfleisch	75 Pf.	Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch	75 Pf.
„ Rouladen	85 „	Rotwurst, Leberwurst und Sülze	75 „
„ Kochfleisch	65—70 „	Bratwurst	100 „
Schweinefleisch, Schinken	80 „	Harte Bratwurst	100 „
Ausgeschälten Nacken und Kotbonade	85 „	Schinkenwurst	100 „
Kalbfleisch	55—65 „	Schinkenspeck	100 „
Hammelfleisch	65 u. 70 „	Schmalz	80 „

Roher Schinken, im ganzen Pfd. 1.20 Mk.
„ „ im Ausschnitt „ 1.30 „

Schwibbogen 3, in der Ecke.

Große Auswahl in **Mai-Ansichtskarten** (koloriert und Schwarzdruck) empfiehlt **Buchhandlung Volksstimme** Jakobstraße 49.

66 Hefte à 30 Pf. oder 2 Bände à 12 M. — DER KLEINE BROCKHAUS erscheint soeben — 5. Aufl. Zu beziehen durch die Buchhandlung.

Da es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken, sagen wir auf diesem Wege allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die vielen Aufmerksamkeiten zu unsrer **Silbernen Hochzeit** unsern herzlichsten Dank. 1407

Buckau, Weststraße 3.

Hermann Fischer und Frau geb. Schneider.

Olvenstedt.

Unserm Wirt und Sportgenossen Nielebock z. s. Geburtstag ein donnerndes Frisch auf! Ob er s. w. w. m. läßt.

3651 **A. R. V., Olvenstedt.**

Burg. Burg.

Danksagung.

Auf diesem Wege sprechen wir allen denen, die unsern leider so früh aus dem Leben geschiedenen Liebling in so überaus reichem Maße mit Kranzspenden bedacht haben sowie denen, die ihm das Geleit zum Grabe gegeben haben, unsern innigen Dank aus. 3653

Otto Eicke und Frau „Hohenzollerupark".

Zfl.-Verb. d. Maurer Deutschl.
Zahlstelle Magdeburg

Nachruf

Am Dienstag den 24. April starb unser Verbandskollege

Adam Hintze

im Alter von 60 Jahren an Nierenleiden.

Die Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

3650 **Der Vorstand.**

Todesanzeige.

Am Dienstag den 24. April, abends 9¼ Uhr, starb nach längerem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer

Adam Hintze

im 61. Lebensjahre. Dies allen Freunden, Bekannten und Verwandten zur Nachricht mit der Bitte um stille Teilnahme.

Die trauernde Witwe Marie Hintze geb. Lohrmann **nebst Kindern.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend mittag ½12 Uhr vom Neustädter Krankenhaus aus statt. 1439

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 25. April.

Aufgebote: Handlungsgehilfe Louis Weile in Gera mit Hedwig Michaelis hier. Kaufm. Willi Kulbe mit Elsbeth Meunier. Kaufm. Karl Dittmer mit Elsa Paszschke. Bureauassist. Albert Robert Döring in Duisburg mit Minna Helene Hedwig Moser in Hettstedt. Feldwebel Wilhelm Richard Görges hier mit Berta Emma Anna Hotopf in Wolmirstedt. Stellmacher Friedrich Albert Heinrich Bollrath hier mit Elise Blauel in Leipzig. Eisendr. Leo Seidel mit Emma Kahl.

Eheschließungen: Hotelbesitzer Robert Koenig mit Luise Braune geb. Richter. Werkführer Richard Gröpler mit Auguste Goedecke geb. Becker. Kaufm. Geschäftsführer Johann Kroll mit Martha Gerecke. Schneider Richard Böttger mit Anna Schorstein.

Geburten: Elsbeth, T. des Kanzleidieners Ernst Ahl. Ilse, T. des Postassist. Heinrich Brandt. Anneliese, T. des Eisenbahn-Lokomotivheizers Julius Riesenstahl. Bernhard, S. des Kaufmanns Reinhold Funck. Werner, S. des Kellners Edmund Felgentreu. Magdalene, T. des Oberpostschaffners Elias Schliestedt. Martina, T. des Kaufm. Friedrich Winter. Marianne, T. des Tischlermeisters Hermann Fachske. Erna, T. des Schlossers Robert Schröder. Walter, S. des Eisenbahn-Lokomotivheizers Otto Haberland. Hermann, S. des Schlossers Hermann Endries.

Todesfall: Witwe Marie Buch geb. Koch, 65 J. 3 M. 29 T.

Sudenburg, 25. April.

Eheschließung: Goldarbeiter Benno Adolf Hugo Richardt mit Witwe Langenstraß, Anna Charlotte Therese geb. Tietz.

Geburten: Paul, S. des Fabrikarbeiters Paul Kniebusch. Annaliese, T. des Ingenieurs Friedr. Niepa. Otto, S. des Arb. Aug. Angerstein. Erna, T. des Eisenbahnarb. Albert Woehlecke.

Todesfälle: Witwe Schäfer, Elisabeth geb. Vollmering, 68 J. 10 M. Witwe Junker, Marie geb. Heimsoth, 76 J. 7 M. 22 T. Kaufmann Otto Körner, 69 J. 6 M. 21 T.

Buckau, 25. April.

Todesfälle: Erich, S. des Elektrotechnikers Erich John aus Gelsenkirchen, 9 M. 19 T. Susanne geb. Stoick, Ehefrau des Arbeiter-Invaliden Joh. Dobronz, 52 J. 5 M. 24 T.

Neustadt, 25. April.

Aufgebot: Schlosser Oskar Wilhelm Michelmann mit Marie Dorothee Klautzsch.

Eheschließungen: Bauschlosser August Lummitsch mit Hedwig Lutze. Oberkellner Hermann Howey mit Luise Brecht.

Geburten: Ella, T. des Arb. Aug. Wehneit. Lucie, T. des Arb. Paul Hegebarth. Anna, T. des Feuerwehrmanns Aug. Schumann. Emma, T. des Eisendrehers Otto Wiese. Ernst, S. des Hilfsmaschinisten Emil Schulze.

Todesfälle: Paul, S. des Arbeiters Paul Lange, 4 M. 29 T. Postdirektor Robert Husung, 42 J. 7 M. 7 T. Witwe Marie Buch geb. Koch, 65 J. 3 M. 30 T. Willi, S. des Arb. Emil Ziegenfuß, 2 J. 2 M. 18 T. Emma, T. des Eisendrehers Otto Wiese, 1 T.

Aschersleben.

Aufgebote: Lokomotivheizer August Heinemann mit Anna Langhoff. Buchdrucker Gustav Knoche mit Berta Glorius.

Geburten: S. des Arbeiters Heinrich Adamitz. S. des Maurers Ernst Timme.

Burg, 24. April.

Geburten: S. des Arbeiters Otto Voigt. S. des Arb. Hermann Schmalfeld.

Vom 25. April.

Geburten: S. des Schriftsetzers Hermann Elsner. S. des Formers Paul Popke. S. unehel. T. unehel.

Todesfall: Paul Fehling, 1 J.

Halberstadt.
Vom 20. bis 23. April.

Aufgebote: Oekonomie-Inspektor Hugo Palm mit Else Sundt. Gastwirt Otto Heinrich Lutz in Blankenburg mit Emma Christiane Brink in Quedlinburg. Kutscher Rudolf Röthling mit Else Zimmermann. Hausdiener Karl Diedrich mit Emma Fischer, beide in Harzburg. Brauer Andreas Spitzbarth mit Witwe Bruns, Marie geb. Reiter. Vorarb. Friedrich Schlüter mit Agnes Lins. Arbeiter Julius Sawall mit Magdalena Hyzig. Handschuhmacher Wilhelm Kurzrock mit Antonia Mayer. Oberpostpraktikant Otto Paul Hermann Fehler hier mit Elsa Ludwig in Rudolstadt.

Eheschließungen: Registrator Karl Knake mit Elisabeth Kühnemann. Privatmann Friedrich Eck mit Anna Schröter. Handschuhmacher Paul Ewe mit Anna Köhler. Handschuhmacher Karl Behrens mit Emma Ulrich. Hoboist Otto Fügemann mit Emma Sempke. Arbeiter Friedrich Kaie mit Anna Schulze. Schmied Walter Voigt mit Else Kühne. Maschinist Gottfried Manch mit Else Jäger. Arbeiter Otto Fehrecke mit Emma Schröter. Schlosser Walter Grüngreiff mit Olga Koch. Maurer Franz Hoffmann mit Marie Ilse. Former Karl Hering mit Martha Wesche. Bäcker Karl Denecke mit Marie Mecke.

Geburten: T. des Arbeiters Wilhelm Hohmeyer. S. des Steinsetzers Hermann Kollmann. T. des Kaufm. Albert Hellmann. T. des Maurers August Müller. T. des Bauarbeiters Rudolf Lohmann. T. des Bahnarb. Hermann Fiecke. T. des Banarb. Hermann Münchhoff.

Todesfälle: Gertrud, T. des Färbers Klemens Helbig, 13 T. Ehefrau des Schneiders Jakob Hoppe in Bleckendorf, Friederike geb. Windelbandt, 43 J. Restaurateur Franz Platte, 45 J. Arb. Christoph Ulrich, 65 J. Paula Rudert, 7 M. Paul Brennicke, 2 J.

Totgeburt: S. unehelich.

Staßfurt.

Aufgebot: Hoteldiener Friedrich Teshaß in Bernburg mit Emma Schmidt in Osmarsleben.

Geburten: T. des Fabrikarb. Georg Reinhardt. S. des Kesselwärters Karl Reck.

Todesfälle: Arbeiter Anchus Kopinski, 17 J. Anna Balke, 1 J. Ehefrau Auguste Trippler geb. Knöppler, 50 J. Arbeiter Julius Wehling, 51 J.

Er stellte Martial dem Deputierten der Linken und dessen Kollegen vor: einer der Abgesandten des Lyoner Kongresses, der die Wünsche der zweiten großen Gemeinde von Frankreich nach Versailles gebracht hatte. Doch die beiden Herren verabschiedeten sich bald und ließen Vater und Sohn mit dem alten Freunde allein. Thedenat erklärte sein Kommen. Gestern erst benachrichtigt, hatte Frau Poncet, die ihre Aufregung nur mit Mühe beherrschte, ihn sofort verständigt. Sofort war er zu Jacquenne geeilt, um sich einen Passierschein ausstellen zu lassen, hatte sich, in Voraussicht der Schwierigkeiten bei den Vorposten, mit seinen Papieren, darunter sein Berufungsdekret im College de France, versehen und sich durch eines der östlichen Tore auf den Weg gemacht. In Charenton hatte er einen Wagen gefunden, war in die Kavallerie geraten und mußte sich, als verdächtig, die Ehre einer Eskorte bis Versailles gefallen lassen. Die glückliche Begegnung mit Tolain hatte dem Dilemma ein Ende gemacht . . .

Während Martial ihm zuhörte, überkam ihn angesichts der opferfreudigen Entschlossenheit des Greises ein aus Dankbarkeit und Verdruß gemischtes Gefühl. Daß er selbst nichts geahnt, nichts hatte tun können! Und gleichzeitig packte ihn heißer Zorn gegen diese Narren, die sich nicht entblödeten, ehrenhafte Männer ins Gefängnis zu schleppen! Sein Vater, ein berühmter Gelehrter, ein erprobter Patriot, zwischen Gendarmen eingeführt! . . . Diese Schmach traf ihn härter als hundert Ungerechtigkeiten gegen andre. Er erblickte jetzt plötzlich Menschen und Dinge in ihrem wahren Lichte. Diese jähe Erkenntnis der Wirklichkeit ließ ihn ermessen, welche Verwüstung der vergiftende Einfluß von Versailles in ihm angerichtet hatte. Er schüttelte seine Betäubung ab und empfand mit tiefem Schmerze die tausend Ursachen der Verzweiflung. Bei dem Gedanken an die Gefahr, die seiner Mutter in Montmartre gedroht, an ihre Vereinsamung in dem Häuschen, das jeden Augenblick von den Granaten getroffen werden konnte, errötete er vor Scham, seinen Vater und Thedenat, die beiden alten Männer, in der Stunde der höchsten Gefahr allein in die bedrohte Stadt zurückkehren zu lassen. Er faßte einen raschen Entschluß:

„Ich gehe mit Euch! . . . Ja, Vater, ich will nicht länger von Dir und der Mutter getrennt sein!"

Doch Poncet weigerte sich energisch. War Martial toll geworden? Hatte er Lust, unter die Soldaten gesteckt zu werden? Zurückkehren, das hieß, die Flinte über die Schulter nehmen. Diesmal müßte er mitmarschieren, oder nach Mazas, wenn nicht noch Schlimmeres . . . Nein, er durfte Paris nicht wieder betreten. Das wäre purer Wahnsinn . . . Zudem könnte er ihnen in keiner Weise nützen; seine Anwesenheit wäre ihnen im Gegenteil eine beständige Sorge, eine neue Qual . . .

Allmählich ließ Martial sich von den Vorstellungen seines Vaters, der durch Thedenat noch unterstützt wurde, überzeugen. Doch seine Unruhe wuchs nur noch. Was sollte er beginnen? In Versailles zu bleiben, ratlos, gleich einem Strandgut der Brandung der Stunden preisgegeben,

Er hatte solcher Züge schon zu viele gesehen. Und auch Versheim wollte flüchten, die Ueberreiztheit der Menge fürchtend. Poncet und Thedenat jedoch, denen dieses Schauspiel neu war, zögerten, von schmerzlichem Interesse festgehalten. Martial wurde unruhig; zufällig war er noch keiner dieser traurigen Kolonnen begegnet. Der Ausdruck des Widerwillens auf Du Breuils Zügen machte ihn schwankend. In einem Augenblick hatte der Strom der Neugierigen die Straße überschwemmt; eine Mauer schaulustiger Gaffer bannte sie an die Stelle.

Im Sonnenschein, in eine Staubwolke gehüllt, die von dem Blitzen der Waffen durchzuckt wurde, erschienen die Unglücklichen zwischen den Reitern der Eskorte. Es war die gewohnte Herde zerlumpter, wildblickender Gestalten, die mit Wutgeheul empfangen wurde. Die Haare an der Stirn klebend, die mit Staub, Kot und Pulver bedeckten Gesichter von Schweiß überronnen, keuchend wie atemlos erhitzte Hunde, so schleppten sie sich fort, Gespenster der Verzweiflung und Verwilderung, in nichts der edlen menschlichen Gestalt mehr ähnlich. Eine Frau in rauschender Seide rief: „Wie häßlich sie sind!"

Martial maß den rosigen Teint und den blumengeschmückten Hut mit einem Blick der Verachtung und brummte instinktiv: „Die da möchte ich dabei sehen!" Nebenstehende wiesen ihn streng zurecht. Thedenat und Poncet sahen wortlos, tief erschüttert, zu. Versheim faßte Martials Hand und raunte ihm zu: „Schweigen Sie!" Du Breuil kaute, leichenblaß, an seinem Schnurrbart.

Unter drohend ausgestreckten Fäusten, Steinwürfen und den Stößen ihrer Wärter schritten die Föderierten vorbei. Ein faules Ei, von einem Gassenjungen geworfen, zerbrach an der Stirn eines braunen Riesen, dessen Kopf über den andern hervorragte. Die gelbe Flüssigkeit lief ihm in den Bart und über den behaarten Hals. Ungeheure Heiterkeit antwortete seiner drohenden Bewegung, die mit geschwungenem Säbel unterdrückt wurde.

Je näher die letzten kamen, je roher wurden die Verhöhnungen, je widerlicher die Gewalttätigkeiten. Eine Bahre kam vorüber mit einem Greise und zwei Frauen, die nicht mehr hatten folgen können. Ein ganz frischer, blutiger Riß lief über die Stirn des Mannes. Endlich, von einem Husaren an einem Strick nachgezogen, folgte eine Alte in zerfetztem Rock und wild ins Gesicht hängenden weißen Haarsträhnen, so erschöpft, daß sie bei jedem Schritt strauchelte. Mit brutaler Kraft spannte sich die um die blutenden Handgelenke gewickelte Schnur und schüttelte die wankende Greisin. Und der Husar lachte, und die Menge klatschte Beifall. Plötzlich erhob sich Jubelgeschrei und Triumphgeheul. Die Alte war zu Boden gesunken und wollte sich nicht mehr rühren. Der Husar stach sie mit dem Säbel in die Hüfte, stach immer wieder, von obszönem Lachen ermutigt.

Doch schon war Du Breuil, sich den Händen Versheims, der seine Absicht erriet und ihn nicht loslassen wollte, entreißend und unfähig,

seine Empörung länger zu zügeln, auf den Fahrweg gesprungen und schrie den Husar an:

„Schämen Sie sich denn nicht? Achten Sie doch Ihre Uniform!"

Eingeschüchtert, ließ der Reiter die Nase hängen und ritt brummend, und die Alte, die man mit Fußtritten zum Aufstehen gezwungen hatte, nachschleppend, weiter, während sich um den Offizier die heulende Menge scharte. Angegriffen, geschmäht, stand er da und schaute verständnislos um sich. Ein ordengeschmückter Beamter streckte ihm die Faust unter die Nase und schrie:

„Sie, Sie sollten sich schämen!"

Die Dame mit dem Blumenhut höhnte:

„Jetzt geht's ihm an den Kragen!"

Fäuste packten ihn, ohne Achtung vor seinen Achselschnüren. Die Menge brach in Vorwürfe, in Murren aus: „Schlagt ihn nieder! Reißt ihm das Kreuz ab!" Mit Blitzesschnelle durchzuckte Du Breuil die Erinnerung an seinen Leidensweg durch die Rue des Rosiers, an eine andersgekleidete Menge mit denselben Gesichtern . . . Denselben? Nein. Diese hier waren noch abstoßender mit ihrer äußeren Vornehmheit.

Seine Hand sauste auf eine weiche Wange nieder und erweiterte mit geschickten Schlägen den Kreis um sich her. Die Wut verdoppelte seine Kräfte. Neben ihm wehrten Versheim und die Poncets voll kochenden Zorns die Angreifer ab. Ihrem Widerstand, Thedenats ehrfurchtgebietender Würde, Du Breuils Miene beleidigten Stolzes nicht minder als dessen kräftiger Faust gelang es endlich, der Menge zu imponieren. Sie teilten die grollenden Gruppen und entfernten sich heil und unversehrt.

Noch bebend, die Seele von Zorn, Trauer und Abscheu geschwellt, schritten sie schweigend oder kurze Reden tauschend ihres Weges. Poncet und Thedenat empfanden vor dieser Offenbarung einer von ihnen bisher ungeahnten Menschheit ein unaussprechliches Grauen, den Schauer eines unheilkündenden Vorgefühls. Martial fragte sich, völlig verstört, wie es ihm möglich gewesen, ohne zu ersticken, in dieser vergiftenden, an der Oberfläche faulen, auf dem Grunde tödlichen Umgebung auszuhalten. Unwiderstehlich erfaßte ihn die Sehnsucht nach einem Ort des Friedens und der Schönheit, wo die Sonne nicht mehr solche Greuelszenen beschien. Nach einigen Schritten, nachdem die erste, wildeste Erregung sich gelegt, trennten sich die Männer. Versheim und Du Breuil wandten ihre Schritte dem Palais Grandpree zu. Noch ganz unter dem Eindruck des Erlebnisses stehend, war es ihnen, als gingen sie gebrochen aus einer furchtbaren Krise hervor, die, so kurz sie auch gewesen, noch für lange Zeit niederschmetternd in ihnen nachwirken würde.

Du Breuil, dessen Augenblicke gezählt waren, beschleunigte den Schritt, den Aufenthalt verwünschend. Kaum daß er Anima wiedergesehen und in ihrer Nähe einige Minuten des Trostes und der Stärkung genossen, mußte er in die Quartiere der Division zurückkehren . . . Noch klang im Hof des Palais die die Gäste meldende Glocke, als sie auch

einander mißtrauisch aus oder begegneten sich mit herausforderndem Trotz.

„Nein, mein Lieber!" entschied Jacquenne harten Tones. „Erwarten Sie nichts von mir."

Er maß Poncet mit einem Blick mürrischen Grolls.

„Und Sie, Fernol," fuhr er fort, „lassen Sie mich in Ruhe! Ich habe keine Zeit zu verlieren."

Die drei Männer betrachteten sich ohne Sympathie; dumpfe Gereiztheit schärfte ihre Worte, blickte aus ihren Augen. Poncet war in der Nacht heimgekehrt, die Seele noch schaudernd von dem ekelerregenden Bilde von Versailles. Er hatte alle Hoffnung auf eine Versöhnung verloren: der letzte, während seiner Abwesenheit versuchte Schritt der Liga, dieser vergebliche Vorschlag eines Waffenstillstandes, während dessen die Nationalversammlung und die Kommune ihre erlöschende oder usurpierte Macht der Vereinigung der neuen Munizipalräte übergeben könnten, die nahezu gleichlautenden Wünsche des Lyoner Kongresses, all das war nichts als Schall und Rauch gewesen, kindische Träume, in der unerbittlichen Wirklichkeit zerstoben. Und eben diese gestern so bitter erkannte und empfundene Wirklichkeit war es, die die Hoffnung auf ein letztes Arrangement, auf irgend einen unmöglichen Umschwung weckte. Hatten nicht drei Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses, Billioray, Gambon und Ranvier, von seiten der Syndikats-Union, einen ersten Schritt im Sinne des früher von letzterer angegebenen Programms versucht: die Unterwerfung der Kommune unter eine Neuwahl, unter der Bedingung, daß Paris ein autonomes Departement bildete, bei voller und umfassender Amnestie . . . Dieses Zurückweichen war ein Zugeständnis, sie hatten Angst, — sie würden nachgeben.

„Sie sind eine naive Seele", sagte Jacquenne. „Ein Schritt nach rückwärts bedeutet für uns den sofortigen Zusammensturz. Obendrein soll Versailles mit Leuten verhandeln, die zur Nachgiebigkeit bereit sind! Man wird die Kette festlegen. Von diesen Zivilisierten, die schlimmer sind als Barbaren, Verstand oder Mitleid verlangen, wäre Wahnsinn. Muß ich Sie an die Worte erinnern, die Thiers zu den Delegierten von Lyon gesprochen hat: „Die Nationalversammlung ist liberal! Die Armee ist heldenmütig! Er wird ihr nicht den Schimpf antun, ihr den Einzug in Paris zu verwehren. Sie hat ein Recht auf diese Belohnung! . . . , Frankreich? Das wird sich nicht rühren. Fünfundzwanzigtausend Mann Reserve stehen bereit, im Notfall gegen Lyon zu marschieren. Zweifellos das, was von den getreuen Soldaten Napoleons 3. übrigblieb, die letzten Gefangenen, die Favre, als er sich nach Deutschland begab, um den schmählichen Vertrag zu unterzeichnen, in Mainz besuchte und die Bismarck großmütig zurückerstattet hat! Die übrigen Städte werden tatenlos bleiben. Thiers setzt sein Vertrauen auf „die Erschlaffung" des öffentlichen Geistes. Nein! es bleibt nur ein einziges Mittel des Heils: die Bevölkerung der Vorstädte muß sich erheben und in dem von den Reichen verlassenen Paris sich auf den Angreifer stürzen! Die Barrikaden, die

das widerte ihn an. Die Last seiner Vereinsamung, seiner Ermattung drückte ihn nieder. Das unwiderstehliche Verlangen überkam ihn, um jeden Preis sich aus diesem stagnierenden Marasmus, diesem Seelenschlamm, in den er zu versinken drohte, zu retten . . . Fort, nur fort . . .

Eine Reihe mit Granaten beladener Karren versperrte ihnen vor der Mairie, an der Ecke der Avenue de Paris, den Weg. Raschen Schrittes, von einem breitschulterigen Manne mit vollem, gutmütigem Gesicht begleitet, eilte ein Generalstabsmajor vorüber. Beim Anblick Thedenats und der Poncets machte er eine Gebärde der Ueberraschung, schwankte einen Moment, ob er stehen bleiben sollte und ging dann mit ausgestreckten Händen auf den Geschichtschreiber zu. Auch die Poncets begrüßte er mit einem Händedruck.

Du Breuil hatte nur eine Minute Zeit; er kam aus Chatillon, um dem Generalstab des Marschalls ein vertrauliches Schreiben des Generals Chenot zu überbringen.

Mit herzlicher Sympathie lächelte er Thedenat zu, den er seit dem 19. März, der Ermordung der Generale, nicht mehr gesehen hatte. Mehr als einmal, seitdem er mit seinem Chef vor den Toren der Stunde des Angriffs harrte, waren Thedenats letzte Worte ihm in den Sinn gekommen. Sie waren eine so treffende Antwort auf seine Zweifel, die sich verdoppelt hatten, seit er in den Reihen der Kämpfer stehend, zum Handeln gezwungen war. Wie oft wiederholte er sich die prophetischen Worte: „Auch Sie sind der Sklave einer Pflicht . . . Möge sie Sie niemals wieder als trauriges Werkzeug der Gewalt in die Hände von Verbrechern und Verblendeten führen! Sollten Sie aber eines Tages gegen Paris kämpfen müssen, denken Sie daran, daß diese Stadt viel gelitten hat, und daß hinter den Rädelsführern die Menge steht, die nichts weiß, die man nicht unterrichtet hat, die Menge, die das Elend aufgestachelt und die Unwissenheit irreführt . . . Dann, mein Kind, seien Sie menschlich . . ." Wie aber diese furchtbaren Gegensätze vereinen: Soldat sein und Menschlichkeit üben?

Poncet und Versheim, die einander sogleich wiedererkannt hatten — welche Ewigkeit seit Bordeaux! — sprachen in herzlicher Weise miteinander. Ihre Vaterlandsliebe und ihr Schmerz knüpften ein festes Band zwischen ihnen. Du Breuil stellte seinen künftigen Schwiegervater Thedenat vor. Als dieser den Namen des ehemaligen Deputierten von Metz hörte, erhellten sich seine Züge. Gleich in den ersten Worten, die die beiden Männer wechselten, verriet sich warme Sympathie, bewundernde Hochachtung von seiten Versheims, edles Mitgefühl seitens Thedenats für diesen Mann, der die verlorenen Provinzen und, in seiner kraftvollen Gestalt, den grauen Augen, die lothringische Festigkeit und Treue verkörperte.

Der Metzer war, die Heimatstadt verlassend, in der seine Interessen ihn nicht mehr zurückhielten, gestern mit seiner Frau angekommen. Grausamer, als er geahnt, war der Schmerz gewesen, als der Moment gekommen war, von diesen Orten, an denen er seine Kindheit und seine

Mannesjahre verlebt, zu scheiden. Der Verkauf der Fabrik, der Abschied von den alten, vertrauten Arbeitern, der Besuch des Landgutes von Noisseville, wo neue Pächter unter Großmutter Sophias Aufsicht schalten und walten sollten, waren ebenso viele Stationen des Leidenswegs gewesen.

Versailles, das er in kochender Erregung, in jenem Fieber, das dem Hallali der großen Treibjagden voranzugehen pflegt, befangen fand, bot ihm keine Zerstreuung; der Wechsel des Horizonts hatte seinen Schmerz nicht zu wandeln vermocht. In Metz hatte er in jedem Nerv den unheilbaren Riß, die Abtötung der Wurzeln empfunden. Hier, auf einen unfruchtbaren Boden, in eine verdörrende Luft versetzt, fehlte ihm plötzlich alles. Nachdem die erste Freude des Wiedersehens mit Anina und Du Breuil vorbei, empfand er nichts als die Verzweiflung, als Fremder der Entfesselung der Leidenschaften zusehen zu müssen.

Versheim fand keine Entschuldigung für die wahnwitzigen Handlungen der Männer der Kommune, für diese maßlose Vernichtungswut, die sie trieb, zur größten Freude der Deutschen die Säule der großen Armee zu stürzen und, wie Valles, zu verlangen, daß man „das eingewickelte Gerippe" des Cäsar verbrannte, um dessen Asche dem Spiel der Winde preiszugeben! Ein schöner Sieg, den man mit der Demolierung von Thiers' Palais errungen — die Nationalversammlung hatte beschlossen, es auf Staatskosten noch schöner wieder aufzubauen! . . . Schöne Revanche auch, sich für die bevorstehende Niederlage an Unschuldigen zu rächen! . . . Auf den von einem Offizier der Nationalgarde, Barral de Montant, einem doppelzüngigen Skribenten, verfaßten Bericht über die angebliche Beraubung und Ermordung einer Marketenderin durch einen Versailler Soldaten hin hatte Urbain aufgefordert, daß man als Rache für diese Bluttat unverzüglich fünf Geiseln in Paris selbst in Gegenwart der versammelten Bataillone, fünf andre bei den Vorposten erschießen solle. Amouroux und Rigault stellten den Antrag, auf die unverzügliche Ausführung des ehemaligen, vor allem gegen die Geistlichen gerichteten Erlasses zurückzugreifen.

Diese furchtbaren Drohungen, dieses sich Aufbäumen des zur Verzweiflung getriebenen Tieres hinderten jedoch Versheim nicht, zwischen dem Gerechten und dem Ungerechten zu unterscheiden und — da er jeden solchen Exzeß verabscheute, zugleich diese wilde Erbitterung zu hassen, mit der die Jäger sich auf das unverantwortliche Paris stürzten unter dem Geheul greisenhafter Parlamentarier, korrumpierter Journalisten, egoistischer Lebemänner und wutschäumender Bürger.

Die Poncets und Thedenat, Versheim und Du Breuil waren eben, am Rand des Trottoirs beisammenstehend, im Begriff, sich zu trennen, als um sie her plötzlich eine schnell wachsende Ansammlung entstand. Vom Eingang der wie an Feiertagen belebten Avenue her näherte sich dumpfer Lärm. Mit einer mit Vergnügen gemischten Wut teilte man sich die gewohnte Neuigkeit mit: „Gefangene!"

„Gehen wir!" sagte Du Breuil.

schon auf der Schwelle der Vorhalle erschien. Betroffen blickte sie auf die verstörten Gesichter ihres Vaters und ihres Verlobten. Was war wieder geschehen?

Doch Versheim legte ihre Hände ineinander: „Geht, meine Kinder!" Und während die jungen Leute den Salon durchschritten, um die Einsamkeit des Gartens aufzusuchen, stieg er selbst schnell in sein Zimmer hinauf. Seine Frau schrie auf, als sie ihn eintreten sah. In heißem Drang nach Zärtlichkeit und Mitgefühl zog er sie an sich, setzte sich neben sie und schüttete ihr sein Herz aus. In gedrängten Worten machten sein Schmerz, seine patriotische Empörung sich Luft. Um das zu sehen, um unnütz, von allem und allen verwundet, Zeuge dieses gehässigen, das Land zerreißenden Kampfes, der Wut dieser in wilde Bestien verwandelten Menschen zu sein, darum hatte er sein Heimatshaus, die geliebte Vaterstadt verlassen!

Erstaunten Blickes betrachteten beide die doch so gastfreien Wände dieses Zimmers, in dem sie, traurige und heimatlose Reisende, ein flüchtiges Obdach gefunden. Die durch das offene Fenster einströmende milde Luft schien ihnen feindlich, aus einem rauhen Himmel herabzuwehen. Von der Vergangenheit gelöst, Opfer der Gegenwart, die ungewisse Zukunft fürchtend, erkannten sie zu ihrem Schmerz, daß ihr neues Vaterland ihnen nichts als eine fremde Erde, ein trauriges Exil war.

Hand in Hand ergingen sich Anina und Du Breuil in der Lindenallee, mit der Glut der Leidenschaft die rasch entfliehenden Minuten genießend. Sie waren ihnen eine Oase in der Wüste ihrer Tage; und doch vergiftete eine unsagbare Bitterkeit die Wonne des Beisammenseins Unaufhörlich, seit er ihr fern war, bereute Du Breuil, in diese Trennung gewilligt zu haben und, ohne von deren Notwendigkeit überzeugt zu sein, einen täglichen Dienst erfüllen zu müssen, den ihm zu erschweren alles beitrug: die unerfreuliche Berührung mit den Kameraden, der Zusammenstoß der Ideen und vor allem das beinahe beständige Beisammensein mit Chenot, der sich bei näherer Bekanntschaft unter der Maske bäurischer Verschlagenheit, als ein Streber ohne Gewissen und Grundsätze entpuppte. Wie Aninas schöne Augen, ihr reines, zärtliches, unendliche Wonnen verheißendes Lächeln ihm fehlten! Wie allein er sich fühlte mit der Qual seiner Zweifel und der langweiligen Gleichförmigkeit des Dienstes! Und als er ankam, die Lippen nach Küssen lechzend, das Herz nach Liebe dürstend, voll heißen Verlangens, aus der Nähe der Geliebten ein wenig Ruhe, einen Vorrat an Energie und Vertrauen zu schöpfen, da mußte ein tragischer Zufall, der niederschmetternde Schlag eines solchen Abenteuers ihn treffen, um seine unruhig schwankende Seele vollends zu entmutigen.

„Wie!" sagte er sich, „ist es so weit schon mit uns gekommen, daß eine Tat einfachsten Mitleids, die Erfüllung eines bloßen Amtes als Vorgesetzter einen solchen Lohn erntet? Ich habe nichts als meine Pflicht als Bürger, als Offizier getan. Besiegte, Menschen, auch wenn sie irregeführt, wenn sie schuldig waren, in solcher Weise verhöhnen, das

heißt, noch unter das Tier herabsinken. Diese Menschen sind ja doch imstande, für eine Sache, die sie als legitim betrachten, zu kämpfen und zu sterben! Mag die Gesellschaft sich zum Richter aufwerfen, wohlan, da sie die Stärkere ist, im Interesse des Landes und der Deutschen wegen die Stärkere sein muß; doch wenigstens darf sie sich nicht zum Henker machen . . . Wenn Frankreich das Recht auf Ordnung hat, hat Paris das Recht auf Gerechtigkeit. Recht für Recht . . ."

Die Aussicht auf kommende Tage, auf den bevorstehenden Angriff verdüsterten noch mehr seine Betrachtungen. Statt das Glück des Beisammenseins zu genießen, schilderte er seinen Verdruß und seine Sorgen. Unbewußt und gegen ihren Willen kehrte ihr Gespräch immer wieder zu dem ewigen Kreuzweg zurück, an den ihre Gedanken sie gleich einer zu kurzen Kette fesselten. Nicht rückhaltlos vermochten sie des flüchtigen Augenblicks, des düftegeschwängerten Abends, der Süße der Stunde sich zu freuen. Tief, tief tauchten sich ineinander ihre Blicke, als gälte es eine lange Trennung.

Nie war Anina ihrem Verlobten rührender erschienen. Nie war er ihrem Herzen näher gewesen. All die geheimnisvollen Kräfte des Lebens strömten in ihre Adern. Sie hätten diesem Augenblick die Dauer der Ewigkeit verleihen mögen und fühlten mit unaussprechlichem Bangen den Rausch, der mit jäher Gewalt sie erfaßt, sich verflüchtigen.

Du Breuil zog seine Uhr und horchte auf die eiligen Schläge. Er machte eine Gebärde der Verzweiflung, als er die Flucht der Zeit gewahrte. Der Moment des Abschieds war da, des Abschieds auf wie lange? . . . Zum erstenmal drängte sich, in einer übermächtigen Aufwallung des Gefühls, Brust an Brust. Ihre Gesichter berührten sich, ihre Lippen pflückten von in Purpurröte getauchten Wangen die schon verwelkte Blume des Augenblicks . . .

Als ihre Arme aus der leidenschaftlichen Umarmung sich lösten, empfanden sie mit schmerzlichem Staunen, wie fern sie trotz der Nähe einander waren, durch die ganze Kluft des Ungewissen getrennt. Morgen! Es war nicht mehr die Zeit, die unwiederbringliche Zeit, deren Flucht sie empfanden, es war das Beste ihrer selbst, das mit ihr entfloh, ihr Glück und ihr Leben . . .

•

Den nächsten Tag herrschte in einem der ehemaligen Sekretariatsbureaus von Haußmann ein betäubendes Durcheinander zorniger Stimmen, zuschlagender Türen, das wirre Getöse, das das Rathaus beim Nahen des Endes füllte. Obgleich keiner es sich gestehen wollte, jeder sich den Anschein gab, Paris für unbezwinglich, die Kommune für die Herrin der Situation zu halten, machte sich doch angstvolle Unruhe bemerkbar. In den ungeheuren Sälen sah man Leute eiligen Schrittes ab und zu hasten, als hätten sie gefühlt, daß die Brücke schwankte, das Schiff dem Untergange nahe war. Ihre Blicke wichen